



# Landtag Mecklenburg-Vorpommern

48. Sitzung

4. Wahlperiode

---

Donnerstag, 18. November 2004, Schwerin, Schloss

---

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider, Vizepräsidentin Renate Holznagel und Vizepräsident Andreas Bluhm

**Inhalt**

	Dr. Gerhard Bartels, fraktionslos .....	2765
	B e s c h l u s s .....	2766
Antrag der Fraktionen der SPD und PDS: <b>Weiterentwicklung der Palliativmedizin in Mecklenburg-Vorpommern</b>	Antrag der Fraktionen der PDS und SPD: <b>60. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus und der Beendigung des 2. Weltkrieges</b>	
- Drucksache 4/1406 - .....	- Drucksache 4/1407 - .....	2766
Dr. Norbert Nieszery, SPD .....	Peter Ritter, PDS .....	2766, 2774
Bernd Schubert, CDU .....	Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff .....	2769
Minister Helmut Holter .....	Eckhardt Rehberg, CDU .....	2770
Torsten Koplin, PDS .....	Siegfried Friese, SPD .....	2772
B e s c h l u s s .....	B e s c h l u s s .....	2775
Antrag der Fraktion der CDU: <b>Einhaltung des Verfahrens zum Konnektivitätsprinzip bei Aufgabenübertragung</b>	Antrag der Fraktion der CDU: <b>Kinder- und Jugend-Gesundheitsvorsorgeinitiative des Landes Mecklenburg-Vorpommern – Rauchfreie Schule als erster Schritt</b>	
- Drucksache 4/1409 - .....	- Drucksache 4/1410 - .....	2775
Dr. Armin Jäger, CDU .....	Bernd Schubert, CDU .....	2775, 2783
Minister Dr. Gottfried Timm .....	Minister Dr. Till Backhaus .....	2776, 2778
Heinz Müller, SPD .....	Torsten Renz, CDU ...	2778, 2781, 2783, 2784, 2785
Gabriele Schulz, PDS .....	Angelika Voland, SPD .....	2779, 2781, 2785
	Gerd Walther, PDS .....	2781, 2784
	B e s c h l u s s .....	2785

Antrag der Fraktionen der PDS und SPD:	Alexa Wien, PDS.....	2790
<b>Fortführung des Innovationsprogramms Nachwachsende Rohstoffe und Erneuerbare Energien (IPNREE) in Mecklenburg-Vorpommern</b>	Lilly Kühnel, SPD .....	2791
- Drucksache 4/1408 - .....	B e s c h l u s s .....	2792
Birgit Schwebs, PDS .....		2786
Minister Dr. Till Backhaus .....		2787
Renate Holznagel, CDU .....		2788
Hannelore Monegel, SPD .....		2790
	<b>Nächste Sitzung</b>	
	Mittwoch, 15. Dezember 2004 .....	2792

**Beginn: 9.03 Uhr**

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 48. Sitzung des Landtages. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 13:** Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und PDS – Weiterentwicklung der Palliativmedizin in Mecklenburg-Vorpommern, auf Drucksache 4/1406.

**Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:  
Weiterentwicklung der Palliativmedizin  
in Mecklenburg-Vorpommern  
– Drucksache 4/1406 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Dr. Norbert Nieszery von der Fraktion der SPD.

**Dr. Norbert Nieszery, SPD:** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu früher Stunde muss ich Sie mit einem sehr ernsten und schwierigen Thema behelligen. Beim Schreiben der Rede fiel mir eine alte lateinische Weisheit ein, die noch heute zahlreiche Kirchturn- und Sonnenuhren in Italien ziert. Sie lautet: *Omnia vulnerat ultima necat*.

(Wolfgang Riemann, CDU:  
Und das am frühen Morgen!)

Ja, Herr Riemann, ich übersetze das auch für Sie.

(Heinz Müller, SPD: Für Herrn Riemann musst du das auch.)

Dieses heißt übersetzt in etwas freier Form: Jede einzelne Stunde schmerzt, die letzte tötet. Um den medizinischen Umgang mit eben den letzten Stunden geht es mir heute.

Das Begleiten von unheilbar kranken Menschen in den Tod, die Linderung von Schmerzen, deren Ursache nicht mehr beseitigt werden kann, und die seelische Unterstützung der Angehörigen des Sterbenden stellen eine wichtige und vielleicht die schwierigste Aufgabe eines jeden Arztes dar. Das Bild des Arztes, der nachts mit seinem Pferdewagen zum Haus eines sterbenden Patienten eilt, um ihm beim Kerzenschein eine schmerzlindernde Morphiumspritze zu geben, prägt noch heute die Idealvorstellung vieler in Bezug auf den Arztberuf und auf die Sterbegleitung. Für die moderne Form dieser Behandlung benutzt man heute den Begriff „Palliativmedizin“. Und bei dem Ihnen heute vorliegenden Antrag geht es um die Absicherung und Weiterentwicklung palliativmedizinischer Strukturen in Mecklenburg-Vorpommern.

„Pallium“, Herr Riemann, kommt aus dem Lateinischen und bedeutet „Mantel“. Das Verb „palliare“ bedeutet im übertragenden Sinne „lindern“ beziehungsweise „stützen“. Nach der Definition der WHO ist eine palliativmedizinische Therapie die umfassende und aktive Behandlung von Patienten, deren Erkrankung einer kurativen Therapie nicht mehr zugänglich ist und für die das Behandlungsziel die bestmögliche Lebensqualität für sie selbst und ihre Angehörigen ist. Palliativmedizinische Maßnahmen ermöglichen unheilbar kranken Menschen ein Sterben in Würde, in einer vertrauten Umgebung und ohne Schmerzen. Die Versorgung der Patienten muss sowohl im stationären als auch besonders in einem dünn besiedelten Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern im ambulanten Sektor gewährleistet sein. Die Palliativmedizin be-

schränkt sich nicht nur auf die letzte Lebensphase des Patienten, sie schließt auch die psychosoziale Begleitung der Familie vor und nach dem Tod des Angehörigen mit ein.

Diese umfassende Betreuung der Patienten und deren Angehörigen erfordert ein multidisziplinäres Team, zu dem neben Pflegepersonal und Ärzten auch Sozialarbeiter, Psychologen, Seelsorger und Krankengymnasten gehören können. Eines der eindrucklichsten Beispiele dafür bildet die pädiatrische Palliativmedizin beziehungsweise Hospizarbeit, durch deren Hilfe selbst dauerbeatmete Kinder heute nicht mehr ihre letzten Lebenstage im Krankenhaus verbringen müssen, sondern in den Kreis der Familie zurückkehren können. Ich habe Berichte von betroffenen Eltern im Arbeitskreis dazu gehört, die mich tief berührt haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Patientenbetreuung durch Palliativ-Care-Teams beginnt bereits während des Krankenhausaufenthaltes und setzt sich nach der Entlassung auch am Wochenende und nachts ambulant fort. So lassen sich Krankenseinweisungen allein aufgrund unzureichender Schmerztherapie oder palliativmedizinischer Probleme weitgehend vermeiden. Insbesondere nach der Einführung des Fallpauschalensystems wird die ambulante Versorgung auch von unheilbaren Patienten mehr noch als bisher gefordert.

Enttäuschend ist allerdings die mangelnde Unterstützung, die diese Art der Behandlung nach wie vor durch die Krankenkassen erfährt. In der Folge sind viele Hospiz- und Palliativeinrichtungen chronisch unterfinanziert und arbeiten am Rande des finanziellen Zusammenbruchs. Die stationäre Palliativmedizin ist zudem durch ihre mögliche Einbeziehung in das Fallpauschalensystem bedroht. Nach Aussage des Präsidenten der Bundesärztekammer, Professor Hocke, lassen sich palliativmedizinische Leistungen nicht angemessen durch Fallpauschalen abbilden, was zu weiteren Finanzierungsengpässen führen könnte. Besorgniserregend ist zudem, dass Fallpauschalen in diesem Bereich der Medizin einen Zwang setzen könnten, die Behandlungszeiträume zu kurz zu halten.

Die Krankenkassen sollten die Einführung des Fallpauschalensystems im Palliativ- und Hospizsektor eigentlich verhindern. Leider haben sie das im Rahmen der Anhörung im Bundestag versäumt. Allerdings hat der Bundesgesetzgeber gesetzliche Grundlagen geschaffen, auch palliativmedizinische und Hospizdienste im Rahmen der integrierten Versorgungsmodelle anzubieten und angemessen zu finanzieren. Die Krankenkassen sind nun gefordert, auf regionaler Ebene zusammen mit den Anbietern die vom Gesetzgeber zum Wohle der Patienten geschaffenen Möglichkeiten zu nutzen und entsprechende Modelle zu erarbeiten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir brauchen hauptamtliche ambulante Palliativdienste, die bisher leider in Deutschland kaum existieren. Von den Krankenkassen wurden bisher in größerem Umfang und über einen längeren Zeitraum nur die Arbeit der Brückenschwestern in Baden-Württemberg und der Homepairärzte in Berlin gefördert. Von 1996 bis 2001 liefen Modellprojekte des Bundesgesundheitsministeriums in Vorpommern und Südniedersachsen. Das Einzugsgebiet des Modellprojektes in Mecklenburg-Vorpommern umfasste die drei Landkreise Ostvorpommern, Nordvorpommern und die Insel Rügen sowie die kreisfreien Hansestädte Stralsund, Greifswald und die Stadt Demmin.

Das Palliativ-Care-Team, bestehend aus einem Brückenarzt und einer Brückenschwester, betreute in der Region sowohl stationäre als auch ambulante Patienten in Zusammenarbeit mit den niedergelassenen Ärzten, um Lücken im Übergangsbereich zwischen stationärer und ambulanter Versorgung zu schließen. Entfernungen von 100 Kilometern bis zum Klinikum nach Greifswald sind für Krebspatienten mit einer fortgeschrittenen Erkrankung einfach nicht mehr zumutbar und können von den Betroffenen auch teilweise überhaupt nicht mehr geleistet werden. Deshalb sind gerade in einem Flächenland wie dem unseren kompetente Palliativmediziner zur häuslichen Betreuung der Patienten so wichtig.

Eine unserer Hauptforderungen ist es, dass wenigstens bei jedem Tumorzentrum eine Palliativstation eingerichtet wird, damit Synergieeffekte zwischen der ambulanten und der stationären Versorgung zugunsten der Patienten und zur Entlastung der Kostenträger ausgeschöpft werden können. Das Modellprojekt „Krebsschmerzinitiative Mecklenburg-Vorpommern“ in Greifswald hat gezeigt, dass die Tätigkeit von Palliativ-Care-Teams zur verbesserten Betreuung der betroffenen Patienten führt, das Behandlungsangebot erweitert und gleichzeitig die Behandlungskosten reduziert. Durch zeitgerechte und qualifizierte medizinische Maßnahmen werden auch Krebspatienten im fortgeschrittenen Stadium zu Hause optimal betreut und müssen nicht wiederholt wegen ihrer Schmerzen oder anderer Symptome ins Krankenhaus eingewiesen werden.

Der Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft Hospiz & Palliativmedizin Mecklenburg-Vorpommern e.V., Dr. Wolf Diemer, der auch heute hier anwesend ist, zieht in einem Artikel zu diesem Modellprojekt das folgende Fazit: „Auf diesem Wege kann die verzahnte ambulante Palliativmedizin zum Paradigma eines modernen Gesundheitswesens werden, das sowohl die Lebensqualität der Patienten verbessert als auch zur Kosteneinsparung beiträgt.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, sowohl unter ethischen als auch ökonomischen Gesichtspunkten ist eine Weichenstellung in diese Richtung unverzichtbar. Obwohl das Tabuthema „Sterben und Tod“ weder von den Krankenkassen noch von uns Politikern gern aufgegriffen wird, beschäftigen sich neben vielen engagierten Ärzten, Pflegern, Schwestern und Ehrenamtlichen mittlerweile auch mehr und mehr Institutionen mit der Ethik der Sterbebegleitung, so zum Beispiel der Nationale Ethikrat und die Enquetekommission des Bundestages „Ethik und Recht der modernen Medizin“. Ich bitte Sie, sich ebenfalls dieses Themas anzunehmen, denn, Herr Riemann, „Omnia vulnerat ultima necat“ gilt auch heute noch für uns alle. Ich bitte um Zustimmung für diesen Antrag und wünsche Ihnen ein langes Leben bei guter Gesundheit. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Dr. Nieszery.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Schubert von der CDU-Fraktion.

**Bernd Schubert,** CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch wir stimmen dem Antrag der SPD- und PDS-Fraktion zu, weiterhin eine Absicherung der palliativmedizinischen Versorgung zu ge-

währleisten. Ein Pilotprojekt in Greifswald, das von 1996 bis 2001 lief, hat gezeigt, wie wichtig und sinnvoll eine solche Betreuung und Versorgung ist. Patienten äußerten sich überaus positiv und auch deren Angehörige waren von einer solchen Innovation begeistert. So fällt es todkranken Menschen leichter, in ihrer häuslichen, wohlbekannten Atmosphäre Pflege zu empfangen und in Ruhe und in Würde Abschied zu nehmen.

Das damalige Projekt wurde ausschließlich mit 800.000 Euro vom Bundesministerium für Gesundheit finanziert. Von 1996 bis 2001 gab es keine Förderung vom Land und von den Krankenkassen. Von 2001 bis 2002 blieb das Projekt in der Schwebe und lief erst Mitte 2002 wieder an. Von dieser Zeit an wurde es durch die Krankenkassen finanziert mit einem Budget von 160.000 Euro pro Jahr und Palliativ-Care-Team. Wir, meine Damen und Herren, müssen uns nun einerseits dafür einsetzen, dass diese Projekte keine Modellprojekte bleiben, und andererseits dafür Sorge tragen, dass die finanzielle Absicherung und Unterstützung durch die Krankenkassen weiterhin gewährleistet werden können. Nur mit deren Finanzierung wird es möglich sein, auch zukünftig Palliativ-Care-Teams einzusetzen.

Dieses Projekt sollte flächendeckend im Land zu finden sein und nicht nur in Greifswald. So wären Rostock, Neubrandenburg, Schwerin, Güstrow, Wismar und Pasewalk weitere erstrebenswerte Standorte, so die Aussagen des Leiters dieses Care-Teams. Diese Zentren würden flächendeckend dafür sorgen, dass eine ausreichende Versorgung des Landes gewährleistet ist. Es sollten je Standort drei Teams existieren und jedes müsste mit 250.000 Euro ausgestattet werden, immer entsprechend der Vorstellung des Leiters. Dazu benötigt es unbedingt eine Förderung durch die Krankenkassen. Nur dadurch kann eine ausreichende Versorgung aller Patienten gewährleistet werden.

Dass diese Care-Teams von immenser Wichtigkeit sind, haben die Pilotprojekte in beeindruckender Weise gezeigt. Die Brückenärzte und Brückenschwestern sind zu den Krebspatienten gefahren und haben zu Hause in deren gewohnter Atmosphäre geeignete Therapiemethoden besprochen und eventuell sofort durchgeführt. Die Palliativ-Care-Teams sind speziell ausgebildet und können im Notfall 24 Stunden rund um die Uhr gerufen werden. Das sagte schon Herr Dr. Nieszery. Da sie bereits im Vorfeld über den Krankheitsstand informiert sind, können sie schneller und kompetenter Hilfe leisten als Notärzte oder der Hausarzt. Auch zeitlich und fachlich gesehen sind Hausärzte nicht selten überfordert mit todkranken Krebspatienten und haben in einem Notfall nicht die richtige Ausrüstung, wie sie die Care-Teams vorweisen können. Die Versorgung durch Palliativ-Care-Teams stellt darüber hinaus eine große Kosteneinsparung dar, da weniger Hausbesuche von Haus- und Notärzten erfolgen müssen, die keinerlei fachspezifische Hilfe und Unterstützung leisten können, da die meisten Haus- und Notärzte eben auf diesem Spezialgebiet der Medizin gar nicht ausreichend fortgebildet sind.

Des Weiteren fallen teure Krankentransporte zum Krankenhaus zu etwaigen Untersuchungen weg. Der psychologische Aspekt für die Betroffenen und deren Angehörige spielt hierbei natürlich auch eine nicht zu vernachlässigende und immens wichtige Rolle. Der Patient bleibt in seiner gewohnten Umgebung und empfängt die nötige Hilfe direkt an Ort und Stelle ohne einen ständigen Orts- und Umgebungswechsel zwischen Krankenhäusern und

Ärzten. Er hat die Möglichkeit, Vertrauen zu seinem Care-Team aufzubauen und gleichzeitig die nötige medizinische und psychologische Hilfe in Anspruch zu nehmen. Es ist außerdem erwiesen, dass Patienten in ihrer gewohnten Umgebung weniger psychisch labil werden als in der Fremde und Anonymität eines Krankenhauses, wo nur stundenweise Besuchszeiten existieren.

Es ist auch für die Hinterbliebenen sehr wichtig, ob ihr Verwandter in Ruhe und im Beisein der Familie zu Hause einschläft oder an Schläuchen und Maschinen angeschlossen allein im Krankenhaus sterben muss. Besonders hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang, dass in Pilotprojekten ein Drittel der dokumentierten Patienten sehr jung waren. Für Kinder stellt es selbstverständlich eine enorme psychische Belastung dar, wenn sie nur sporadisch von ihren Eltern im Krankenhaus besucht werden können und sie den Rest der Zeit allein und verängstigt in der Fremde verbringen müssen, ohne ihre gewohnten Spielsachen oder geliebten Haustiere. Für diese Altersgruppe von Patienten ist eine palliativmedizinische Versorgung zu Hause mindestens so vorteilhaft wie für alle anderen Gruppen. Das zeigt, wie überaus wichtig diese Projekte sind.

Ein weiterer Punkt, den die CDU-Fraktion als äußerst wichtig ansieht, ist, dass die einzelnen Teams untereinander in Kontakt stehen müssen, um Erfahrungs- und Gedankenaustausche zu gewährleisten. Diese Vernetzung dient der fachlich übergreifenden Kommunikation zum Wohle der Patienten. Wenn dieser Informationsaustausch nach standardisierten Vorgaben abläuft, wird zum einen dem Patienten schneller und effektiver geholfen und zum anderen ermöglicht es den Ärzten, sich über Neuerungen zu informieren und diese Innovation anzuwenden. So können Ärzte eine umfassende palliativmedizinische Krisenintervention betreiben und unnötige Krankenhausaufenthalte vermeiden. Allerdings kann eine optimale Versorgung nur dann gewährleistet werden, wenn diese Palliativ-Care-Teams bereits während des Krankenhausaufenthaltes Kontakt zum Patienten aufnehmen und ihn daraufhin weiter zu Hause betreuen. Diese engmaschige Betreuung sichert eine qualifizierte Versorgung Schwerstkranker in Kooperation mit Angehörigen, ambulanten Pflegediensten, den Hausärzten und ehrenamtlichen Helfern wie ambulanten Hospizdiensten. Auch sie, die ambulanten Hospizdienste, bedürfen noch einer stärkeren finanziellen Unterstützung durch die Krankenkassen, aber auch durch das Land.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

An dieser Stelle möchte ich ebenfalls ausdrücklich die stationären Hospize erwähnen, denen in der Versorgung sterbenskranker Menschen auch eine zentrale Rolle zukommt. Sie stellen ein weiteres Glied eines umfassenden Versorgungsnetzwerkes dar, das in den nächsten Jahren noch engmaschiger geknüpft werden muss. Nur so kann vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung eine flächendeckende Versorgung in unserem Land dauerhaft gewährleistet werden.

(Beifall Rainer Prachtl, CDU)

Ich bin in diesem Zusammenhang jedoch sehr optimistisch, haben wir doch in den letzten Jahren große Fortschritte erzielt. So wurde vor kurzem die Genehmigung für das vierte stationäre Hospiz erteilt, das seinen Sitz in Greifswald haben wird. Es wird eine Lücke in der Versorgung schließen und stellt eine gute Ergänzung zu den lan-

desweit knapp 20 ambulanten Hospizdiensten dar. Aber auch hier müssen wir auf eine finanzielle Unterstützung achten, denn es gibt gerade im ländlichen Raum große Schwierigkeiten für die ambulanten Hospizdienste. Nach meinem Kenntnisstand gibt es erst ab zehn Betroffene eine finanzielle Unterstützung. Bei Zahlen darunter wird dieser ambulante Hospizdienst nicht gefördert.

Meine Damen und Herren, auch wir halten die Fortführung der Palliativ-Care-Teams-Versorgung für überaus wichtig und sinnvoll und stimmen dem Antrag der SPD- und PDS-Fraktion zu. Allerdings weisen wir nochmals ausdrücklich darauf hin, dass eine finanzielle Absicherung durch die Krankenkassen gesichert werden muss, um eine optimale Versorgung der Patienten zu gewährleisten. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten  
der SPD, CDU und PDS)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Schubert.

Das Wort hat jetzt der Minister für Arbeit, Bau und Landesentwicklung Herr Holter in Vertretung der Sozialministerin.

**Minister Helmut Holter:** Sind Politiker schmerzfrei? So, Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordnete, fragt der Arzt und Autor Dietrich Grönemeyer in seinem Buch „Mensch bleiben“. Der Grund für diese Fragestellung: In den Debatten zur Gesundheitsreform kommt das Thema „Schmerz“ so gut wie nicht vor. Die Palliativmedizin ist untrennbar mit dem Wort „Schmerz“ verbunden. Auch Palliativmedizin oder Sterbebegleitung tauchen in den aktuellen gesundheitspolitischen Debatten nicht auf. Deshalb begrüße ich die Initiative der Regierungsfaktionen und bedanke mich für die Unterstützung der Opposition, die Entwicklung der Palliativmedizin in Mecklenburg-Vorpommern zu einem Thema des Landtages zu machen.

Palliativmedizin – das bedeutet Behandlung von Patienten, die an einer nicht heilbaren und weit fortgeschrittenen Erkrankung leiden. Das Ziel dieser Behandlung ist die Verbesserung ihrer Lebensqualität. Deshalb ist die Palliativmedizin ganzheitlich ausgerichtet. Neben der Schmerz- und Symptomkontrolle umfasst sie auch die psychische, soziale und seelsorgerische Betreuung der Patienten und bezieht die Angehörigen hier ausdrücklich mit ein.

Die Palliativmedizin ist in Deutschland und so auch in Mecklenburg-Vorpommern erst in Ansätzen in die Regelversorgung eingebunden. Im Bereich der stationären Versorgung ist es gelungen, in den letzten Jahren Palliativ-einheiten an allen vier onkologischen Zentren aufzubauen. Dort bestehen die besten strukturellen Voraussetzungen für eine umfassende und auf Schmerztherapie spezialisierte Behandlung.

Diese Forderung des Antrages ist bereits Realität. Die Betten für die Palliativmedizin werden im Krankenhausplan gesondert ausgewiesen. Die erste Palliativeinheit mit zehn Betten entstand bereits 1993 in Neubrandenburg. Weitere gibt es am Rostocker Südstadtklinikum mit sieben Betten, in Stralsund mit vier Betten und in Schwerin mit acht Betten. In diesem Jahr kam das Universitätsklinikum Greifswald mit einer Einheit mit zehn Betten hinzu. Die bestehenden Palliativeinheiten mit insgesamt 39 Betten entsprechen hinsichtlich ihrer Strukturqualität den Empfehlungen, die in einem Modellprojekt des Bundesgesundheitsministeriums erarbeitet wurden.

Wir gehen in Mecklenburg-Vorpommern jedoch von einem Bedarf von 50 bis 55 Betten aus. Daher, Herr Schubert ist darauf eingegangen, stehen wir vor der Aufgabe, die palliativmedizinische Versorgung auszuweiten. Zwei weitere Palliativeinheiten, bevorzugt in den Regionen Güstrow und Waren, sollen aufgebaut werden. Dieses wurde auch von der Ärztekammer so vorgeschlagen.

Ein wesentlicher Teil, meine Damen und Herren, der palliativmedizinischen Arbeit muss ambulant stattfinden, denn die Patientinnen und Patienten wünschen sich häusliche Betreuung und ein würdiges Sterben in vertrauter Umgebung. Die ambulante palliativmedizinische Behandlung ist in Mecklenburg-Vorpommern jedoch unterentwickelt.

In den Jahren 1997 bis 2003 wurde das Modellprojekt „Krebsschmerzinitiative – Palliativ-Care-Teams“ in Mecklenburg-Vorpommern in Anbindung an die Universität Greifswald durchgeführt. Die beiden Vorredner sind darauf schon eingegangen. Über 540 Patienten wurden durch Palliativ-Care-Teams im Krankenhaus und zu Hause betreut. Die Übernahme des fachlich anerkannten Projektes in die Regelversorgung ist jedoch nicht gelungen. Wir brauchen also in Mecklenburg-Vorpommern eine Vernetzung von stationärer und ambulanter Versorgung. Sparen – das ist meine Überzeugung – in der palliativmedizinischen Betreuung halte ich für ethisch nicht vertretbar und aus gesundheitsökonomischer Sicht nicht für sinnvoll. Schließlich soll eine gute ambulante Betreuung auch helfen, Folgekosten durch stationäre Aufenthalte einzusparen.

(Beifall Torsten Koplin, PDS)

Der Antrag enthält einen weiteren wichtigen Aspekt, die Verknüpfung der palliativmedizinischen Betreuung mit den Hospizdiensten. Es ist eine Besonderheit in Deutschland, dass sich die medizinische und sozial-pflegerische Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen nebeneinanderher entwickelt und oftmals nicht miteinander. In Mecklenburg-Vorpommern versuchen wir Fehlentwicklungen zu vermeiden. Alle Palliativeinheiten an Krankenhäusern pflegen eine intensive Zusammenarbeit mit Hospizen und Hospizdiensten. In den vergangenen Jahren sind in allen Regionen des Landes Hospizdienste und Hospizinitiativen entstanden. 14 ambulante Hospizdienste arbeiten inzwischen, 11 davon werden mit insgesamt 196.000 Euro gefördert. Darüber hinaus fördert das Sozialministerium die ambulanten Hospizdienste und Initiativen über die Landesverbände der freien Wohlfahrtspflege. Für die ehrenamtliche Hospizarbeit wurden in diesem Jahr bereits 17.400 Euro Landesmittel zur Verfügung gestellt. Neben der ambulanten Hospizarbeit versorgen drei stationäre Hospize in Bergen auf Rügen, Rostock und Neubrandenburg sterbende Menschen. Ein weiteres entsteht in Greifswald. Herr Schubert hatte das bereits berichtet. Dafür wurden 700.000 Euro aus Landesmitteln bewilligt.

Die im November 2000 gegründete Landesarbeitsgemeinschaft „Hospiz und Palliativmedizin Mecklenburg-Vorpommern“ unterstützt alle im Land tätigen Hospizinitiativen. Das Sozialministerium steht mit der Arbeitsgemeinschaft in engem Kontakt. Durch die heutige Debatte, meine Damen und Herren, erhält die in der Fachwelt schon länger geführte Diskussion mehr Öffentlichkeit. Dieses ist unabdingbar, wenn wir eine gesellschaftliche Wertebestimmung zur Frage der Begleitung schwerstkranker und sterbender Menschen erreichen wollen. Die

Stärkung der Palliativmedizin ist angesichts der Diskussion um eine aktive Sterbehilfe eine echte Alternative, menschenwürdige Bedingungen für Schwerstkranke und Sterbende zu schaffen. Nochmals herzlichen Dank für die Initiative. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Koplin von der PDS-Fraktion.

**Torsten Koplin,** PDS: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Am letzten Donnerstag bekam ich in aller Frühe einen Anruf und hatte dann meinen Freund und Mitstreiter am Telefon. Ich wusste also gleich, was geschehen war. Er sagte mir, dass seine Mutter in der Nacht davor verstorben wäre und er bei allem Schmerz sehr erleichtert sei, dass er sie auf dem letzten Weg begleiten und ihr zum Schluss sagen konnte, dass sie eine gute Mutter war, und sie nun loslassen könne. Mir ist da besonders – manchmal denkt man daran, oftmals nicht, aber da besonders – deutlich geworden, wie wichtig es ist, in einer solchen Lebenssituation Berührung, Begleitung, Ansprache und Fürsorge zu erhalten. Ich denke, in diesem Sinne ist die Initiative, die von den Koalitionären ausgegangen ist und die die volle Unterstützung der Opposition bekommt, sehr ansehenswert, sehr wichtig.

Der Deutsche Schmerztag, der im Jahre 2004 in Frankfurt am Main stattgefunden hat, hat festgestellt, dass von den 250.000 Tumorkranken und -patientinnen, die es in der Bundesrepublik gibt, etwa die Hälfte nicht korrekt betreut wird. Es wäre keine Frage der Medizin, die vorhanden wäre, es wäre eine Frage der Ausbildung der Ärzte, es wäre eine Frage der Defizite von Strukturen und es wäre eben eine Frage der Begleitung und Betreuung auf diesem letzten Weg. Insofern denke ich, dass mit dieser Initiative Lücken geschlossen werden können und Hervorhebenswertes, wie eben dieses Bundesmodellprojekt, das seit 1997 hier im Land aktiv gewesen ist und Großartiges geleistet hat, seine Fortsetzung erhält. Insofern werbe ich auch seitens der PDS-Fraktion für die Unterstützung dieses Antrages und weiß, dass ich offene Türen einrenne.

Ich möchte aber diesen Antrag auch in den großen Zusammenhang stellen, weil es bei der Weiterentwicklung der Palliativmedizin natürlich auch um die Frage der Zukunft des Gesundheitswesens überhaupt geht. Hier steht ja eben die Frage der Verschränkung des Zusammenwirkens von ambulanter und stationärer Medizin in besonderem Maße an. Insofern möchte ich gerne noch einmal darauf verweisen, dass die PDS sich eingebracht hat und weiter einbringen will in den Diskurs über die Zukunft des Gesundheitswesens in der Bundesrepublik. Wir haben einen Vorschlag erarbeitet für eine solidarische Bürgerversicherung, die davon ausgeht, dass alle, aber auch alle einzahlen in diese solidarische Bürgerversicherung entsprechend ihres Einkommens, eingeschlossen natürlich auch die Kapitaleinkünfte. Wir sprechen uns dafür aus, dass die Beitragsbemessungsgrenze zunächst angehoben, später völlig aufgehoben wird. Wir sprechen uns dafür aus, dass Unternehmen paritätisch mit den Versicherten einzahlen in diese solidarische Bürgerversicherung. Wir sind der Meinung, dass es neben der solidarischen Bürgerversicherung keine weitere Vollversicherung geben sollte im Gesundheitswesen, insofern die privaten Krankenkassen durchaus

den Status von Zusatzversicherungen haben sollten. Wir sind der Meinung, dass der Leistungskatalog, der erheblich demontiert wurde im Jahre 2003 ...

(Rainer Prachtl, CDU: Bei diesem Thema könnten Sie wirklich mal Parteipolitik lassen. Das ist beschämend! Das ist beschämend! – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Ich denke nicht, dass das beschämend ist. Man muss das ganz einfach in einen Zusammenhang stellen.

(Rainer Prachtl, CDU: Palliativmedizin ist so ein würdiges Thema.)

Und ich bitte Sie ganz einfach zuzuhören, so, wie ich Ihnen auch zuhöre.

(Rainer Prachtl, CDU: Zum Thema möchten Sie sprechen!)

Ich denke sehr wohl, dass das zum Thema gehört, weil jede Überlegung, Herr Prachtl,

(Rainer Prachtl, CDU: Ich finde es unwürdig, was Sie machen.)

über die Zukunft des Gesundheitswesens

(Rainer Prachtl, CDU: Jaja!)

natürlich auch die Frage in sich birgt, wie geht es weiter im Konkreten.

(Rainer Prachtl, CDU: Dann machen Sie das zum Thema, aber nicht beim Thema Palliativmedizin! – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Und die Verschränkung von ambulanter und stationärer Medizin, insbesondere in der Palliativmedizin, Herr Prachtl, ist auch ein Punkt, der die Zukunft des Gesundheitswesens betrifft. Ich ende an dieser Stelle und bedauere sehr Ihre Einlassung. Aber ich denke, es war wichtig, dass es gesagt wurde. Mir war es wichtig und es war uns wichtig, seitens der PDS-Fraktion unsere Position darzulegen. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Koplin.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 4/1406. Wer dem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 4/1406 einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 14:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Einhaltung des Verfahrens zum Konnexitätsprinzip bei Aufgabenübertragung, Drucksache 4/1409.

**Antrag der Fraktion der CDU:  
Einhaltung des Verfahrens zum Konnexitätsprinzip bei Aufgabenübertragung  
– Drucksache 4/1409 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Dr. Jäger von der Fraktion der CDU.

**Dr. Armin Jäger,** CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Unsere Präsidentin hat sich

wie immer nicht geirrt. Es war wirklich Herr Kollege Ringguth angemeldet, aber der ist erkrankt.

(Reinhard Dankert, SPD: Gute Besserung!)

Ich spreche deswegen zur Einbringung.

Meine Damen und Herren, das Konnexitätsprinzip ist am 4. April 2000 durch Änderung der Landesverfassung in unserem Land eingeführt worden. Damals wurde dieser Schritt als erster Baustein zu einer umfassenden Funktionalreform – ich sage, von uns allen – gefeiert. Mit den kommunalen Landesverbänden waren wir uns einig, dass eine Verlagerung von Vollzugsaufgaben von der Landes- auf die kommunale Ebene nur dann durchführbar ist und auch nur dann durchgeführt werden soll, wenn die notwendigen Kosten den Kommunen erstattet werden.

Wir hatten kurz beim Standardöffnungsgesetz hier von diesem Pult gesagt, das war damals so ein Zwilling, nämlich das eine war das Standardöffnungsgesetz, das andere das Konnexitätsprinzip. Aber ein Jahr später, nachdem dies in die Verfassung aufgenommen war, nämlich genau am 20. April 2001, urteilte der Städte- und Gemeindetag in einer Presseerklärung: Das Konnexitätsprinzip ist ein Versprechen, das nicht gehalten wurde, das ohne Vereinbarung von Umsetzungsverfahren leer läuft. Auch das wussten wir vorher.

Die Landesverfassung, meine Damen und Herren, das wissen Sie, verweist darauf, dass Einzelheiten zum Konnexitätsprinzip durch Gesetz geregelt werden. Das ist auch geschehen. Nach der Kommunalverfassung sind bei Aufgabenübertragungen auf die Kommunen Kostenfolgeabschätzungen unter Beteiligung der kommunalen Landesverbände vorzunehmen. Wie diese Beteiligung zu erfolgen hat, ist im Gesetz nicht geregelt. Aus Sicht der kommunalen Landesverbände jedenfalls erfolgt ihre Beteiligung durch die Landesregierung nach Gutsherrenart, nämlich mal so und mal so, wie es gerade passt.

Um Rechtssicherheit zu schaffen, haben sich die Landesregierung und der Landkreistag sowie der Städte- und Gemeindetag auf gemeinsame Leitlinien zur Umsetzung des Konnexitätsprinzips geeinigt. Dies ist in der Landtagsdrucksache aus der 3. Wahlperiode mit der Nummer 3/2790 nachzulesen. Das haben wir alle zur Kenntnis bekommen. Ich will die auch nicht im Einzelnen vorlesen, denn das würde unsere Zeit überstrapazieren. Aber wichtig ist, dass ich aus dieser Vereinbarung einen Satz zitieren darf, Frau Präsidentin, nämlich dass unter „II. Grundsätze der Kostenfolgeabschätzung“ der Punkt 4. wie folgt lautet: „Rechtzeitig vor der ersten Kabinettsbefassung wird von dem federführenden Ressort unter Beteiligung der kommunalen Landesverbände eine detaillierte Kostenfolgeabschätzung vorgenommen. Einvernehmliche oder streitige Ergebnisse zu den Kostenfolgen werden in der Kabinettsvorlage dargestellt. Streitige Kostenfolgeabschätzungen werden während der folgenden Verbandsanhörung vertiefend zwischen dem federführenden Ressort und den kommunalen Landesverbänden behandelt.“ Und dann steht da noch, und das ist wichtig: „Eine Einigung ist ernsthaft anzustreben.“

Meine Damen und Herren, dieses Land steht vor einer großen Aufgabe, der wir als CDU-Fraktion uns ebenfalls nicht verschließen, sondern wir wollen uns der Aufgabenerfüllung anschließen, nämlich einer umfassenden Funktionalreform. Wir wollen genau wie Sie, wie ich hoffe, die Aufgabenverlagerung von der Landes- auf die kommunale

le Ebene, aber bitte nur so, wie unsere Landesverfassung dies vorsieht, nämlich mit entsprechendem finanziellen Ausgleich, der im Gesetz zu schaffen ist.

(Wolfgang Riemann, CDU: So ist es.)

Meine Damen und Herren, ich finde es peinlich, dass ausgerechnet bei dem ersten, aus Ihrer Sicht großen Vorhaben genau dieses Verfahren nicht eingehalten wird. Sie wissen, die erste Kabinettsbefassung zu dem Verwaltungsmodernisierungsgesetz der Landesregierung erfolgte am 2. November 2004. Bis zu diesem Zeitpunkt sind die kommunalen Spitzenverbände überhaupt nicht an der Kostenfolgeabschätzung beteiligt worden. Sie wurden von der Landesregierung darüber informiert, dass die Fragen der Kosten und des Personalübergangs in dem Gesetz selbst geregelt werden, so teilte es jedenfalls der Landkreistag dem Vorsitzenden des Sonderausschusses „Funktionalreform und Verwaltungsmodernisierung“, Herrn Kollegen Müller, mit Schreiben vom 15. Oktober 2004 mit. Das ist auch der Grund, warum wir dies hier in dieses Hohe Haus bringen. Uns war diese Verfahrensweise bis zu dem Zeitpunkt nicht bekannt. Allerdings hat eine Erörterung im Sonderausschuss bisher nicht stattgefunden.

Mit dem, was hier geschieht, meine Damen und Herren – und das ist schon gravierend und da helfen auch gar nicht die wechselnden Verfassungsrechtslotsen –, wird das, was alle Fraktionen des Landtages gemeinschaftlich getragen in die Landesverfassung hineingeschrieben haben, unterlaufen. Genau dies wird hier unterlaufen.

Wir haben zwischenzeitlich davon erfahren, es gibt jetzt eine Fassung, die uns als Landtag natürlich noch nicht offiziell zugeleitet ist, denn es war die Erste Lesung im Kabinett, die man aber aus dem Internet und dem dort abgestellten oder dargestellten Entwurf – abgestellt ist wohl besser, weil eigentlich im Augenblick nichts daran gemacht wird – entnehmen kann. Aus diesem dem Kabinett vorgelegten Entwurf, der offenbar so beschlossen worden ist, ist jedenfalls keine einzige Einzelheit über den Personalübergang zu entnehmen, so dass daher schon die vorgelegten Berechnungen zur Kostenfolgeabschätzung, soweit sie im Entwurf enthalten sind, fragwürdig sind. Unstreitig ist jedoch, dass die Leitlinien der gemeinsamen Erklärung nicht eingehalten werden. Ich kann und will auch hier nicht auf die Einzelheiten des Gesetzentwurfes eingehen. Das kann man in der Aussprache gern noch tun. Wir reden über einen Gesetzentwurf, der dem Landtag noch nicht offiziell vorgelegt worden ist.

(Wolfgang Riemann, CDU: Es werden schon Hochglanzbroschüren verteilt.)

Ja, richtig, es werden Hochglanzbroschüren verteilt und man fragt sich, warum man das Geld nicht für sinnvollere Dinge ausgibt. Ich sage immer, ein Produkt, das schlecht ist, braucht eine sehr intensive Werbung.

(Beifall Rainer Prachtl, CDU,  
und Eckhardt Rehberg, CDU)

Was Sie daraus ableiten wollen, meine Damen und Herren, können Sie selber tun.

Meine Damen und Herren, wir rügen hier frühzeitig an dieser Stelle, in diesem Landtag, dass die Landesregierung die Verfassung unterläuft. Das ist ein schwerwiegender Vorwurf. Ich bitte Sie, mit mir zusammen, diesen Antrag zu unterstützen, den wir gestellt haben, nämlich, dass der Landtag klarstellt, dass das in der Kommunalverfas-

sung, in der Landesverfassung vorgesehene Reglement wie auch die Vereinbarung der Landesregierung mit den kommunalen Landesverbänden eingehalten werden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ich glaube, das dürfte für Sie nicht schwierig sein, und ich bitte Sie um Zustimmung zu unserem Antrag. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Dr. Jäger.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von zehn Minuten je Fraktion sowie von drei Minuten für den fraktionslosen Abgeordneten Dr. Bartels vereinbart. Ich sehe und höre zu diesem Verfahren keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort gebeten hat zunächst der Innenminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern Herr Dr. Timm.

(Wolfgang Riemann, CDU:

Der steht auf Seite 2 der Hochglanzbroschüre. – Angelika Gramkow, PDS: Dein Oberbürgermeister ist auch drin! – Minister Dr. Wolfgang Methling: Es dauert noch, bis Sie drauf sind, Herr Riemann. – Eckhardt Rehberg, CDU: Setzen Sie sich hier unten hin, Herr Methling, setzen Sie sich hier unten hin, dann dürfen Sie!)

**Minister Dr. Gottfried Timm:** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Konnexitätsprinzip ist das Rückgrat der Verwaltungsreform. Es wird nicht nur eingehalten, sondern es bildet die Leitplanke auf beiden Seiten, zwischen denen sich das gesamte Reformvorhaben bewegen wird, und dabei bleibt es.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ich komme zu drei einzelnen Grundsätzen in diesem Zusammenhang:

Erstens, zum Verfassungsgrundsatz. Die Landesverfassung schreibt in Artikel 72 Absatz 3 vor, dass das Land bei Aufgabenübertragungen auf Kreise und Gemeinden etwaige Mehrbelastungen auszugleichen hat. Dieser Grundsatz der strikten Konnexität ist damals, soweit ich weiß, einstimmig, jedenfalls mit großer Mehrheit, im Jahr 2000 in diesem Landtag angenommen worden.

(Dr. Armin Jäger, CDU:  
Richtig. So ist das! Richtig.)

Und ich sage: Hierauf kann das Land Mecklenburg-Vorpommern stolz sein.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten  
der PDS und Heinz Müller, SPD)

Als Kommunalminister setze ich mich natürlich in besonderer Weise dafür ein, dass dieser Grundsatz beachtet wird.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Zweitens. Ich komme zur Kostenregelung. Herr Dr. Jäger, Sie haben es auch angesprochen. Mit dem Entwurf zum Verwaltungsmodernisierungsgesetz werden im Rahmen der Funktionalreform I Aufgaben und Personal vom Land auf die Kreise, auch auf Ämter und Gemeinden übertragen. Folglich

ist es selbstverständlich, dass eine entsprechende Kostenregelung getroffen wird. Paragraph 101 des Gesetzentwurfes beantwortet alle diesbezüglichen Fragen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das glauben nur Sie! Das glauben nur Sie!)

Ich gehe im Detail darauf gleich noch ein.

Drittens, zur Verfahrensweise. Für das Verwaltungsmodernisierungsgesetz wird die Einhaltung des strikten Konnexitätsprinzips aufgrund der Besonderheiten des Gesetzes, des Umfangs und auch des Zeitpunktes der Aufgabenübertragung, also des In-Kraft-Tretens, und auch dem Umstand, dass das Personal der Aufgabe folgen wird, das heißt, dass auch umfangreiche Personalübertragungen stattfinden werden, durch diesen Gesetzentwurf erfüllt. Und darum geht es im entscheidenden Punkt, Herr Dr. Jäger. Sie haben das ja selbst auch angesprochen.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Zur Kostenregelung.

Wie gesagt, im Paragraphen 101 Absatz 1 des Gesetzentwurfes wird der Grundsatz des strikten Konnexitätsprinzips aufgegriffen und auf die konkreten Übertragungen im Rahmen der Funktionalreform I bezogen. Entsprechend der gesetzlichen Vorgabe werden der Ausgleichsbetrag in Höhe von mehr als 71 Millionen Euro in Absatz 2 beziffert und die Ermittlungsgrundlagen werden benannt. Konkret heißt es: Der finanzielle Ausgleich „beinhaltet den finanziellen Aufwand für das zur Aufgabenerledigung notwendige Personal, zuzüglich eines pauschalen Sachkostenaufschlages von 10 Prozent und abzüglich der erzielbaren Gebühren, Entgelte, Bußgelder und sonstigen Einnahmen.“

Um die konkreten Mehrkosten zu ermitteln, wurde zunächst für alle Aufgaben, die zur Übertragung anstehen, der aktuell von der Landesverwaltung geleistete Aufwand mit Stand Juli 2004 abgefragt. Grundlagen für diese Abfrage waren die Angaben aus den Datenerfassungen zu den einzelnen Aufgabenbereichen nach dem Ergebnis der interministeriellen Arbeitsgruppe Funktionalreform, die von den Ressorts zur Verfügung gestellten Geschäftsverteilungspläne, die Haushalts- und Stellenpläne der betroffenen Behörden sowie ergänzende Hinweise und Erläuterungen aus den einzelnen Ministerien.

Der ermittelte Gesamtpersonalaufwand wird zunächst um 21 Prozent vermindert. Dieser pauschale Abzug ergibt sich aus der Notwendigkeit, das Landespersonal zu reduzieren. Dazu, glaube ich, gibt es auch keinen Widerspruch in diesem Hause.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Tun Sie es doch mal!)

Ein Vergleich der Kosten der Aufgabenerfüllung mit den finanzschwachen Flächenbundesländern Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz zeigt sofort, dass die Landesverwaltung in Mecklenburg-Vorpommern personell überbesetzt ist. Da jedoch nur das zur Aufgabenerfüllung notwendige Personal auf die kommunale Ebene übertragen wird, wird bis zum Vorliegen des abschließenden Vergleichsergebnisses ein pauschaler Abschlag vorgenommen.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Die Höhe orientiert sich an dem Ergebnis des einwohnerbezogenen Vergleichs und dem danach für die Aufgabenerledigung beim Land erforderlichen Personal. Erkenntnisse, die einen differenzierten Abzug für die zur

Übertragung auf die kommunale Ebene vorgesehen Bereiche zulassen, liegen heute noch nicht vor. Der Abzug berücksichtigt deshalb, dass die Finanzverteilung zwischen den Ländern primär einwohnerbezogen erfolgt.

(Wolfgang Riemann, CDU: Aber die Hochglanzbroschüren liegen schon vor.)

Es ist vorgesehen, Herr Riemann,

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja.)

den Ländervergleich bis Anfang 2005 abzuschließen.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Dementsprechend wird der pauschale Abzug dann durch einen konkreten Abzug ersetzt und näher begründet. Diese Vorgehensweise folgt dem Grundsatz, dass bestehende Personalüberhänge jeweils von der verantwortlichen Verwaltungsebene selbst – und das heißt in diesem Fall vom Land – abgebaut werden müssen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Aha! Wann denn?)

Auf die so ermittelten Personalkosten für das zur Erledigung der Aufgaben notwendige – ich komme gleich noch einmal auf dieses „notwendige“ – Personal werden pauschal zehn Prozent für Sachkosten aufgeschlagen.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Mögliche Einnahmen, wie gesagt, werden gegengerechnet, da sie nach der Aufgabenübertragung den kommunalen Trägern dann selber zufließen.

Schließlich wird durch eine Revisionsklausel zum Betrag kurz vor der Aufgaben- und Personalübertragung, selbstverständlich unter Beteiligung der kommunalen Landesverbände, sichergestellt, dass alle bis dahin eintretenden Veränderungen berücksichtigt werden können und die kommunale Ebene einen adäquaten finanziellen Ausgleich erhält. Selbst die zukünftige Anpassung des Ausgleiches an die weitere Entwicklung ist in der Regelung, nämlich in Absatz 7, enthalten. Der Zeitpunkt für die Revisionsklausel wird das Jahr 2009 sein.

Und nun frage ich Sie: Wie wollen Sie im Jahre 2004 ausrechnen, was im Jahre 2009 an Aufgabenübertragung erfolgen wird?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sie behaupten doch, dass Sie 180 Millionen sparen. Wie unseriös sind Sie eigentlich?!)

Herr Dr. Jäger, wir wissen heute auch noch gar nicht, welche Standards zukünftig der Gesetzgeber des Landes oder des Bundes erlässt oder aber auch lockern wird.

(Wolfgang Riemann, CDU: Wie können Sie denn behaupten, dass wir 180 Millionen sparen?! – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Alle diese Dinge sind berücksichtigt und werden rechtzeitig vor der Aufgabenübertragung auch erledigt.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

So sieht es der Gesetzentwurf vor.

Und nun zu der Kritik, Herr Dr. Jäger, die Sie am Verfahren äußern. Sie fordern die Anwendung der gemeinsamen Erklärung der Landesregierung mit den kommunalen Landesverbänden zur Einhaltung des Konnexitätsprinzips.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja!)

Diese sieht unter anderem vor – Sie haben es zitiert –, dass die kommunalen Landesverbände bereits vor einer ersten Kabinettsbefassung in die Erarbeitung einer Kostenfolgeabschätzung einzubeziehen sind. Auf die Verwaltungsreform, insbesondere auf die geplante Funktionalreform im Zusammenhang mit der Verwaltungsreform, ist diese gemeinsame Erklärung allerdings nicht anwendbar.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Aha.)

So besteht bei diesem Gesetzentwurf nicht nur das Problem, dass die Aufgabenübertragung vom Land auf die kommunalen Körperschaften im Wesentlichen – einige Sachen werden vorgezogen – erst im Jahre 2009 erfolgt.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ich habe es erläutert. Viel gravierender ist die Tatsache, dass eine Aufgabenübertragung auf kreisliche Körperschaften erfolgt, die es heute noch gar nicht gibt. Wir schließen ja in die Funktionalreform eine Kreisgebietsreform mit ein. Allein aus diesem Grunde ist es heute eben gerade nicht möglich, die notwendige Kostenfolgeabschätzung seriös und bis in die Stellen nach dem Komma abschließend durchzuführen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Aber Hochglanzbroschüren können wir schon verteilen?!)

Niemand kann heute, mittels welcher Methodik auch immer, zutreffend feststellen, wie hoch der zusätzliche Aufwand für die neuen Körperschaften ab dem Jahr 2009 und in den weiteren Jahren danach tatsächlich sein wird. Trotzdem hat das Innenministerium als federführendes Ressort die Vertreter der kommunalen Landesverbände im September 2004 zu einem Gespräch zu den Finanzierungsfragen im Rahmen der Funktionalreform eingeladen. Dort wurden die geplante Methodik bei der Kostenfolgeermittlung und die notwendigen Regelungen im Gesetzestext selber umfassend erörtert. Dabei wurden auch die genannten Besonderheiten erörtert, die ein Abweichen von der Vorgabe der gemeinsamen Erklärung rechtfertigen, und nicht nur das, sondern eben auch gerade erforderlich machen.

Das Problem, meine Damen und Herren, das die Kommunen befürchten, ist, dass das Land sich seines Personalüberhangs dadurch entledigt, dass es auch diesen auf die Kommunen überträgt. Das nehme ich sehr ernst.

(Wolfgang Riemann, CDU: Seit wann nehmen Sie denn Kommunen ernst, Herr Minister? –  
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Das ist natürlich auch das Motiv für das Schreiben von Herrn Dr. Meyer, das Sie zitiert haben und das dem Sonderausschuss vorliegt. Dieses Problem, dass die Kommunen auf jeden Fall nicht befürchten müssen, dass das Land seine Hausaufgaben zu Lasten der Kommunen erledigt, das nehme ich sehr ernst. Das heißt mit anderen Worten:

(Wolfgang Riemann, CDU: Sie lachen ja sogar Landräte und Landtagsabgeordnete aus!)

Sowohl der Finanzausschuss und sein Vorsitzender als auch alle anderen Landespolitiker – Parlament und Regierung – müssen dafür sorgen, dass der Personalabbau in der Landesverwaltung bei der Landesverwaltung selber geschieht und nicht mit der Funktionalreform verbunden wird.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, machen Sie mal! Fangen Sie doch schon mal an!)

Das ist ein entscheidender Maßstab und dabei wird es auch bleiben.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Am besten, wir schließen eine Vereinbarung, die dann nicht geht.)

Meine Damen und Herren, das Land Mecklenburg-Vorpommern sichert die Finanzierung der zusätzlichen Aufwendungen, die bei der Funktionalreform I durch die Übertragung der Aufgaben und des zur Aufgabenerledigung notwendigen Personals entstehen, vollständig ab. Das ist Sinn und Zweck des Konnexitätsprinzips und das wird eingehalten.

Im Übrigen sind auch tragfähige Finanzierungsregelungen zu den Auswirkungen der nicht konnexen Funktionalreform II einschließlich der sich durch die Einkreisung der jetzt kreisfreien Städte ergebenden Folgen getroffen worden. Sie können es im Gesetzentwurf nachlesen. So bleibt die dritte Säule der Schlüsselzuweisungen der kreisfreien Städte für die dann großen kreisangehörigen Städte erhalten. Es wird eine differenzierte Kreisumlage eingeführt, mit der sichergestellt wird, dass die Städte nicht an den Kosten für Aufgaben beteiligt werden,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wie geht denn das?)

die sie weiterhin alleine alternativ zum Kreis wahrnehmen. Aber schließlich werden sie völlig zu Recht dann auch für die Aufgaben, die der Kreis für sie wahrnimmt, über eine Kreisumlage zu beteiligen sein. Die veränderte Binnenverteilung der Aufgaben innerhalb der kommunalen Familie wird durch die Umschichtung von Mitteln des heutigen Paragraphen 10 d des Finanzausgleichsgesetzes geregelt.

Meine Damen und Herren, das Konnexitätsprinzip ist im Verwaltungsmodernisierungsgesetz vollständig berücksichtigt. Die Finanzverteilung wird bis zum Zeitpunkt der Aufgabenübertragung allerdings in der Diskussion bleiben und ich gehe davon aus, dass wir auch in Zukunft im Landtag Anträge der Opposition zum Thema Konnexität erhalten werden. Dafür habe ich sogar Verständnis.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das war unsere Idee. Sie wollten das doch gar nicht!)

Dafür habe ich sogar Verständnis, weil es nämlich bei der Frage der Finanzierung und der Finanzverteilung dezidiert um das Eingemachte der Verwaltungsreform geht,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

und dieses wird bis zum Jahr 2009, bis die Revisionsklausel zieht, in der öffentlichen Diskussion und insbesondere in der Diskussion zwischen Regierung und kommunaler Ebene jeweils bleiben. Ich habe keine Befürchtungen, dass wir nicht das Konnexitätsprinzip grundsätzlich beachten. Ich muss allerdings sagen, es geht dann letztlich um die Methodik und um das Ausrechnen der Finanzvolumina, und da erwarte ich, Herr Riemann, zum Beispiel auch die Unterstützung des Finanzausschusses.

(Wolfgang Riemann, CDU: Im kreativen Rechnen waren Sie schon immer gut zu Lasten der Kommunen!)

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –  
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Heinz Müller von der SPD-Fraktion.

**Heinz Müller**, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die CDU-Fraktion greift mit dem vorliegenden Antrag zum wiederholten Mal eine von einer nicht dem Parlament angehörenden Organisation vorgetragene Argumentation auf

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, richtig.)

und bringt diese in das Parlament ein.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Einer muss das ja tun.)

Ich habe das bei Ihrem Aufgreifen der Vorstellungen zur Testregion westliches Mecklenburg als legitim bezeichnet

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

und ich bezeichne es hier ebenfalls als legitim, das Schreiben des Landkreistages umformuliert zu einem Antrag zu machen und die Regierung aufzufordern, das Verfahren zum Konnexitätsprinzip einzuhalten.

Legitim ja, aber schauen wir weiter in die Inhalte, meine Damen und Herren. Kernpunkt der Argumentation des Landkreistages und folglich auch der CDU ist die von Herrn Dr. Jäger zitierte gemeinsame Erklärung der Landesregierung und der kommunalen Verbände. Aber der Innenminister hat schon völlig zu Recht darauf hingewiesen, diese gemeinsame Erklärung ist geschaffen worden von den Beteiligten mit Blick auf bestimmte Situationen, wie sie in diesem Parlament nicht unüblich waren und nicht unüblich sind, dass nämlich Aufgaben auf die kommunale Ebene bewusst übertragen werden oder dass man, ohne so recht darüber nachzudenken – der Konnexitätsgrundsatz hat ja auch eine Schutzfunktion für die kommunale Ebene –, Aufgaben auf sie verlagert.

Herr Dr. Jäger, denken Sie an die tierischen Nebenprodukte, die wir neulich im Innenausschuss gehabt haben,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, richtig, natürlich.)

wo wir dann gucken müssen, ist da Konnexität berührt

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

oder ist sie es nicht.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Für eine solche Fallkonstellation, meine Damen und Herren, ist diese gemeinsame Erklärung erarbeitet worden. Für diese Fallkonstellation ist sie gut und sie wird weiterhin beachtet. Aber das, was wir mit dem Verwaltungsmodernisierungsgesetz auf dem Tisch haben, ist etwas, was von seinem Umfang, von seiner zeitlichen Dimension her seinerzeit so nicht im Blick gewesen ist. Und ich glaube, es ist nicht so ohne weiteres möglich, einfach diese Vereinbarung zu nehmen und zu sagen, wir wenden sie hier an. Der Innenminister hat dies im Wesentlichen schon dargestellt. Ich will mich deswegen kurz fassen. Für mich ist entscheidend, wir werden dann eine Spitzabrechnung bekommen, wenn wir wissen, wie groß das Aufgabenvolumen, das überhaupt übertragen wird, denn tatsächlich ist. Wir befinden uns in einer Phase, dass wir die erste Kabinettsbefassung gehabt haben, und niemand weiß im Moment, ob wir tatsächlich dieses Aufgabenvolumen übertragen oder ob wir es verändern, da es in diesem Entwurf steht.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Niemand kennt im Detail die Rahmenbedingungen wie etwa Tarifabschlüsse und so weiter und so fort, die wir bis zum Jahre 2009 erleben werden.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Wir wollen aber – und dieses ist konstitutiver Bestandteil dieses Gesetzentwurfs – den großen Block an Aufgaben im Jahre 2009 übertragen. Von daher macht es Sinn, dann zeitnah eine spitze Abrechnung vorzunehmen. Es macht aber auch Sinn, sich jetzt über Grundsätze zu verständigen, nach denen diese Abrechnung vorgenommen werden wird,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

und diese festzulegen, und genau dies geschieht, meine Damen und Herren.

Ich kann also feststellen, dass das Konnexitätsprinzip von der Landesregierung eingehalten wird, dass die Verfassung selbstverständlich beachtet wird und dass mit den kommunalen Verbänden hier das Gespräch geführt wird. Und weil das so ist, weil ich dieses so feststellen kann, meine Damen und Herren, interessiert mich, und darauf möchte ich jetzt gerne auch Ihre Aufmerksamkeit lenken, vor welchem Hintergrund wir denn eigentlich diese Diskussion hier führen.

Herr Dr. Jäger hat sich eben in der Einbringungsrede zur Funktionalreform bekannt und hat gesagt: Das wollen wir.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Ja, meine Damen und Herren, wenn Sie dies wollen, wäre ich doch sehr glücklich, wenn Sie sich an der Diskussion zu diesen Themen ein wenig konstruktiver beteiligen würden.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Genauer.)

Das, was wir dort erleben durften in den letzten zwei Jahren, war eher mager.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Und ich darf, meine Damen und Herren, mit Genehmigung der Präsidentin Herrn Rehberg zitieren. Eckhardt Rehberg, Vorsitzender der CDU in Mecklenburg-Vorpommern, führte anlässlich, so heißt es in einer Presseerklärung der CDU, der Landespressekonferenz am 4. November 2003 aus, das ist jetzt ein gutes Jahr her: „Am 4. April 2003 erfolgte durch Beschluss des Landesvorstandes der CDU Mecklenburg-Vorpommern die Einsetzung der Kommission ‚Verwaltungsreform‘. Aufgabe der Kommission ist es, Wege aufzuzeigen, die Landesverwaltung effizienter und kostengünstiger zu gestalten.“ Da sind wir uns in der Zielsetzung ein gutes Stück einig. Es geht auch um effiziente und kostengünstige Verwaltung.

Sie haben dafür eine Kommission eingesetzt.

(Vizepräsidentin Renate Holzngel  
übernimmt den Vorsitz.)

Dann heißt es weiter: „Die Kommission hat in den letzten Monaten intensiv gearbeitet. Ich danke allen Mitgliedern und insbesondere dem Vorsitzenden für die solide Herangehensweise. Mit dem Zwischenbericht haben wir erste Hinweise, was zu tun ist, um Mecklenburg-Vorpommern eine bezahlbare und effektiv arbeitende Verwaltung zu verschaffen.“

Vor einem Jahr hatten wir also einen Zwischenbericht Ihrer Kommission. Es heißt dann weiter: „Wir werden die

Vorschläge jetzt in der Partei und mit der Öffentlichkeit diskutieren. Der Zwischenbericht wird den Kreisverbänden, den Mitgliedern des Landesvorstandes und den Delegierten des Landesparteitages übergeben. Wir werden die Anregungen, die aus der Partei kommen, im Landesvorstand bündeln und der Kommission für die weitere Arbeit zuleiten. Ich gehe davon aus, dass die Kommission ihre solide und fachlich untersetzte Arbeit bis zur Mitte des kommenden Jahres abschließen kann.“

So, meine Damen und Herren, da wird uns die große inhaltliche Diskussion der CDU zur Verwaltungsreform angekündigt und da wird uns angekündigt, Mitte des kommenden Jahres – die Ankündigung war im November 2003, gemeint ist also die Mitte des Jahres 2004 – werden uns die großen Ergebnisse der CDU-Überlegungen zur Verwaltungsreform vorgelegt.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Und nun frage ich Sie, meine Damen und Herren: Wo sind die? Das Ergebnis, das bei Ihrer groß angelegten Kommissionsarbeit herausgekommen ist, ist nichts. Sie haben hier keine konstruktiven Vorschläge für eine Verwaltungsreform unterbreitet. Der Berg hat gekreißt und er hat noch nicht einmal ein Mäuslein geboren. Und was ist die Folge einer solchen inhaltlichen Konzeptionslosigkeit? Und was ist die Folge eines solchen Fehlens jeglicher Alternative? Man nörgelt an denen herum, die etwas Konstruktives vorlegen,

(Heiterkeit und Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

und versucht so, von der eigenen Konzeptionslosigkeit abzulenken. Und genau das, meine Damen und Herren, erleben wir hier.

(Beifall Mathias Brodtkorb, SPD, und Siegfried Friese, SPD – Egbert Liskow, CDU)

Es wäre konstruktiv, wenn wir den Sonderausschuss abschaffen.)

Im Orient sagt man dazu: Die Hunde bellen, die Karawane zieht weiter.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das stimmt.)

Die Verwaltungsreform wird durch Genörgel mit Sicherheit nicht aufgehoben, denn wir brauchen sie.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Aber wir hätten es eigentlich ganz gern, und da darf ich auf die guten Seiten der Enquetekommission zurückgreifen, Herr Dr. Jäger,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das wollten Sie ja nicht, Herr Müller.)

wenn wir auch von Ihnen einen konstruktiven Beitrag zu einer solchen Reform bekommen würden.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Bislang bekommen wir sie leider nicht.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Bislang bekommen wir nur das krampfhaftes Suchen nach Punkten,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

nach denen sich halbwegs plausibel in der Öffentlichkeit darstellen lässt, das Ganze sei verfassungswidrig. Mehr kommt an Konstruktivem kaum.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das wissen wir doch auch. Das wissen Sie doch selber!)

Also, meine Damen und Herren, wir wollen den Entwurf, den die Landesregierung vorgelegt hat, intensiv und breit diskutieren.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Wir laden alle dazu ein. Und wenn Sie mich ganz persönlich fragen, ich möchte auch an diesem Entwurf einige Dinge verändern und ich würde sehr gern mit allen Beteiligten darüber in einen konstruktiven Dialog eintreten. Ich weiß, dass andere – ich nenne hier namentlich die kommunalen Verbände, ich nenne hier namentlich die Gewerkschaften – einen solchen konstruktiven Dialog wollen und dass wir uns darin befinden, schon längst befinden.

Die CDU kann ich nur auffordern, aus der Haltung der Fundamentalopposition herauszukommen. Es bringt Ihnen nichts und es schadet am Ende dem Gesamtprozess, es schadet letztlich sogar unserem Land, wenn Sie hier nur eine solche notwendige und sinnvolle Reformbestrebung zu diskreditieren versuchen. Kommen Sie aus Ihrer Ecke heraus und versuchen Sie, sich konstruktiv in die Diskussion mit einzubringen! Das wird uns allen weiterhelfen, so, wie auch andere konstruktiv mitdiskutieren. Ihren Antrag lehnen wir selbstverständlich ab.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Müller.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Schulz von der Fraktion der PDS.

**Gabriele Schulz,** PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der vorliegende Antrag fordert die Landesregierung bildlich gesprochen dazu auf, dem in den Brunnen gefallenen Kind eine Verhaltensregel für wassernahe Bereiche hinterherzuwerfen. Der Antrag der CDU ist zeitlich überholt und kann daher abgelehnt werden.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Schade.)

Aber, meine Damen und Herren, ich möchte noch einmal auf einige schon gesagte Aspekte zurückkommen. Die Landesregierung hat mit Drucksache 3/2790, Herr Jäger hat das bei der Einbringung zitiert, im März 2002 den Landtag in der 3. Wahlperiode über diese „Gemeinsame Erklärung der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern und der kommunalen Landesverbände zum Konnexitätsprinzip“ unterrichtet. Ziel dieser Unterrichtung war es, die Anwendung der Grundsätze der gemeinsamen Erklärung auch bei Gesetzesvorhaben sicherzustellen, die von den Landtagsfraktionen eingebracht werden. Das trifft auf das Verwaltungsmodernisierungsgesetz nicht zu,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das stimmt nicht! Das kann doch nicht sein!)

da es sich dabei um einen Gesetzentwurf der Landesregierung handelt.

Der inzwischen allgemein per Internet zugängliche Entwurf des Verwaltungsmodernisierungsgesetzes entschließt sich in Paragraph 101 Absatz 1 und der entsprechenden Begründung dazu, das möchte ich ausdrücklich sagen, diese gemeinsame Erklärung zum Konnexitätsprinzip, kurz gesagt, zu suspendieren beziehungsweise, ich sage

das in Anführungsstrichen, nur „so weit wie möglich“ zu berücksichtigen.

Die PDS-Fraktion steht dem Gesamtgesetzentwurf in seiner vorliegenden Form kritisch gegenüber, hat der Landesregierung aber signalisiert, sich an einer notwendigen und gründlichen Überarbeitung aktiv beteiligen zu wollen. Der zeitlich überholte Antrag der Opposition, der uns heute vorliegt, gibt mir aber die Gelegenheit, der Landesregierung und uns einige Anregungen mit auf den Weg des weiteren Gesetzgebungsverfahrens zu geben:

Erstens. Nicht alles rechtlich Mögliche muss politisch opportun, also in der gegenwärtigen Situation von Vorteil sein. Das Ziel der Vereinbarung zwischen der Landesregierung und den kommunalen Landesverbänden ist es, Unsicherheiten bei der Kostenfolgeabschätzung sowie Rechtsunsicherheiten bei der Rechtssetzung der Landesregierung zu beseitigen und den Rechtsfrieden mit den kommunalen Verbänden herzustellen.

Der „Nordkurier“ titelte im März 2002 mit einer sehr treffenden Überschrift „Ende eines langes Streites macht Kopf frei für andere Probleme.“ Unsere Finanzministerin sprach in diesem Zusammenhang von den schwierigsten Verhandlungen, die es je mit den Kommunen gab, und betonte, der Verhandlungserfolg habe aber das Klima deutlich verbessert. Der Städte- und Gemeindetag würdigte es als Vertrauensbasis und vor allem als Instrument zur Konfliktbeilegung.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Und, Herr Innenminister, wenn Sie dieses Instrument der Konfliktbeilegung nun gerade bei einem zweifelsfrei aus verschiedensten Gründen konfliktträchtigen Gesetz einseitig ad acta legen, dann besteht die reale Gefahr, dass sich die oben zitierte Klimaverbesserung in ihr Gegenteil verkehren könnte.

(Beifall Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Dafür erwarten wir eine für den Gesetzgeber besser nachvollziehbare Begründung im Gesetzestext, als sie jetzt vorliegt. Bisher ist stattdessen von einmaligen Besonderheiten und dem Umfang dieses Gesetzes die Rede. Das ist eher Lyrik und keine Begründung!

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Und wenn dann noch von einer Berücksichtigung des Übertragungszeitraumes im Jahre 2009 die Rede ist, dann ist das doch wohl eher ein Gegenargument.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Meine Damen und Herren, es gibt ja in der Tat Besonderheiten bei dieser Reform. Bei der Einsetzung des Sonderausschusses beschloss der Landtag auch, dass an allen Beratungen Vertreter des Städte- und Gemeindetages und des Landkreistages teilnehmen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

In seiner Grundkonzeption vom 12. Mai 2004, die wir hier beschlossen haben, haben wir erneut die besondere Beteiligung der kommunalen Verbände hervorgehoben und hier beschlossen. Das alles verdeutlicht, dass sich der Landesgesetzgeber für ein konsensuales Vorgehen entschieden hat.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Es ist daher nicht selbstverständlich davon auszugehen, dass der Landtag konfrontativ geprägte Maßnahmen

und Ziele gewillt ist mitzutragen. Die Absicht jedenfalls, die gemeinsame Erklärung lediglich „soweit möglich“ zu berücksichtigen, mag rechtlich tragbar sein, rechtspolitisch halte ich sie für ein fatales Signal.

(Beifall Dr. Armin Jäger, CDU)

Zweitens, und das übersieht wohl auch der vorliegende CDU-Antrag, fordert der Entwurf des Verwaltungsmodernisierungsgesetzes in seiner Begründung zum Paragraphen 101 Absatz 1 explizit dazu auf, bei Konnexitätsregelungen die Kommunalverfassung nur „soweit möglich“ zu berücksichtigen, und zwar die Paragraphen 4 und 91.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Auch hier wird mit Besonderheiten und Umfang des Gesetzes argumentiert. Eine Rechtfertigung dafür, nun vorsätzlich und bewusst gegen die Kommunalverfassung zu verstoßen, kann ich für mich nicht erkennen. Hier bitte ich ausdrücklich um rechtliche Klarstellung beziehungsweise Aufklärung.

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU)

Eine Gelegenheit dazu, denke ich, bietet schon die nächste Tagung des Sonderausschusses.

Drittens. Und damit befinden wir uns dann alle im Auge des Taifuns, und zwar Landesregierung, Landtag und Kommunen. Es geht einerseits um das in unserer Landesverfassung fixierte strikte Konnexitätsprinzip und andererseits darum, die im Entwurf des Verwaltungsmodernisierungsgesetzes postulierte Effizienzrendite von letztlich 20 Prozent, ebenfalls im Paragraphen 101 zu finden.

Herr Innenminister, das „kommunalpolitische forum – Mecklenburg-Vorpommern“ e.V. hat vor wenigen Tagen, und zwar am 6. November 2004, mit großem Interesse Ihre Vorstellungen des Gesetzentwurfes zur Kenntnis genommen, insbesondere auch Ihre Ausführungen zum Personal. Sie führten aus, dass ausschließlich das zur Aufgabenerfüllung notwendige Personal und ausdrücklich nicht das so genannte Intendantpersonal übertragen wird. Hält man sich vor Augen, dass ein möglicher Großkreis bereits fünf Personalabteilungen, fünf Haushaltsabteilungen et cetera zusammenführen, das heißt, abschmelzen muss, dann ist es einsichtig, dass hierbei zusätzlich übertragene Landespersonal Öl ins Feuer gießen bedeuten würde, also nur aufgabennotwendiges Personal.

Das Problem ist aber nun, dass der vorliegende Entwurf des Verwaltungsmodernisierungsgesetzes genau das Gegenteil aussagt. Und da verweise ich auf die Begründung auf Seite 207. Und mehr noch, die Übertragung von Personal aus dem Querschnitts- beziehungsweise Intendantbereichen der heutigen Landesbehörden auf die kommunalen Ebenen wird zur tragenden Säule für das Ansetzen einer so genannten Effizienzrendite, um es dem Land zu ermöglichen, an Einspareffekten teilzuhaben. Da bleibt nur, als Landesgesetzgeber hier deutlich zu sagen, dass strikte Konnexitätsprinzip, wie es unsere Landesverfassung vorschreibt, ist kein Bierfass, an dem die Landesregierung den feierlichen Anstich vornehmen könnte.

Ich darf Sie bereits heute und an dieser Stelle konstruktiv ermuntern, in die entsprechende Gesetzesbegründung zur Effizienzrendite eine fachlich argumentative Auseinandersetzung mit dem Gutachten von Professor März von der Universität Rostock für den Städte- und Gemeindetag einfließen zu lassen, denn dieses Gutachten be-

scheinigt dem Gesetzentwurf diesbezüglich Verfassungswidrigkeit. Auch der Landesrechnungshof weist in diesem Zusammenhang sehr höflich auf einen Widerspruch im Gesetzentwurf hin.

Meine Damen und Herren, wenn die Landesregierung von Baden-Württemberg eine 20-prozentige Effizienzrendite anpeilt, ist es verständlich, dass auch in Mecklenburg-Vorpommern so manchem das Wasser im Mund zusammenläuft. Die Landesregierung von Baden-Württemberg begreift allerdings die dortigen Landräte als Stützen des Reformvorhabens und die Effizienzrendite als Ergebnis einer gemeinsamen Vereinbarung partnerschaftlicher Kostenfolgeabschätzungen. Das heißt auch, wo kein Kläger ist, ist auch kein Richter.

Diese Chance hat der vorliegende Gesetzentwurf mit seiner eigenwilligen Interpretation des Konnexitätsprinzips bisher nicht erfüllt. Wir sollten uns deshalb, meine Damen und Herren, nicht so sehr darauf verlassen, dass neben dem höchst riskanten Kreisstrukturmodell auch in der Konnexitätsfrage die verfassungsgerichtlichen Uhren in Mecklenburg-Vorpommern anders ticken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es bleibt also viel zu tun zur weiteren Veränderung des Verwaltungsmodernisierungsgesetzes durch Regierung, Landtag, Koalitionsfraktionen, Opposition und durch Anzuhörende, bevor es im Frühjahr 2005 das Parlament erreicht. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Frau Schulz.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Jäger von der Fraktion der CDU.

**Dr. Armin Jäger,** CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Kollege Müller, selektive Wahrnehmungsfähigkeit hatte ich nun gerade bei Ihnen nicht vermutet.

(Wolfgang Riemann, CDU: Doch, doch, doch!)

Nein! Die Diskussionen, die ich bisher mit Ihnen geführt habe, zeichneten sich dadurch aus, dass wir sehr schnell auf den Punkt und auch miteinander ins Gespräch kamen. Was Sie hier vorgetragen haben, ist deutlich. Ihnen ist das richtig peinlich, was hier abläuft, Herr Müller, dafür habe ich auch Verständnis. Wenn sich ein Innenminister hier hinstellt und uns ganz knapp erklärt, das Konnexitätsprinzip in der Verfassung ist hier nicht anwendbar, und dann kommen die Begründungen, dann sträuben sich bei jemandem, der lesen kann, die Haare. Frau Kollegin Schulz, hat auf ein paar dieser Schwachpunkte hingewiesen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Herr Innenminister, wenn das so ist, wechseln Sie dann wieder den Verfassungslotsen, wenn's nicht klappt? Ihnen muss endlich jemand klar machen, Konnexitätsprinzip steht in der Landesverfassung und nicht in Ihrem Belieben!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das müssen Sie endlich einmal lernen! Das macht mich wirklich ärgerlich. Wir preisen alle, was wir gemeinsam gemacht haben, aber beim ersten wirklich wichtigen Schritt in diesem Lande, wo es darum geht, wie werden die Kosten sinnvoll verteilt, da berufen Sie sich – das

haben Sie ellenlang vorgelesen – auf den Text der Begründung zum Paragraphen 101. Sie sollten einmal genau den Absatz 7 lesen, dann stimmt das alles nicht mehr, was Sie uns vorgetragen haben. Ich kann nur entnehmen, dass Sie überhaupt keine Kostenfolgeabschätzung vorgenommen haben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –  
Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig.)

Sie haben nichts anderes getan, als die Kosten des Landespersonals, das jetzt Aufgaben erfüllt, zusammenzurechnen, die Sie übertragen möchten. Sie haben genau diese Kosten zusammengerechnet, von hoher Hand einen leichten Abschlag gemacht und noch Sachkosten draufgelegt. Das ist ...

(Angelika Gramkow, PDS: Und die  
Effizienzrendite nicht vergessen!)

Und die Effizienzrendite, die Sie unterstellen, das ist genauso unsolide wie das Papier über die 180 Millionen, die angeblich gespart werden.

(Hannelore Monegel, SPD: Genau.)

Interessant ist Folgendes: Sie sagen, Sie würden noch Personal abbauen und im Jahr 2009 solle das Ganze in Kraft treten. Haben Sie eigentlich den Tarifvertrag vergessen, den Sie zwischenzeitlich geschlossen haben?

(Beifall und Heiterkeit  
bei Eckhardt Rehberg, CDU,  
und Wolfgang Riemann, CDU –  
Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig.)

Das ist nicht mehr Vergesslichkeit, das ist absolute Unkenntnis! Und die ist fast so schlimm, dass sie strafbar sein müsste.

Aber, meine Damen und Herren, ich würde ja gerne glauben, dass wir uns konstruktiv auseinander setzen. Ich würde sogar glauben, dass Sie das den Kommunen einräumen. Aber, meine Damen und Herren, es liegen uns Schreiben des Herrn Staatssekretärs aus dem Innenministerium vor, die dramatisch und richtig schlimm sind. Es zeigt sich, dass dort jemand überhaupt keine Ahnung hat, was auf der kommunalen Ebene zu beachten ist. Nicht einmal Ladungsfristen für Kreistagssitzungen kriegen sie hin.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig.)

Wenn ich das Schreiben vom 12. November an die Landräte und Landrätinnen in unserem Land lese, denen eine Frist bis zum 4. Februar 2005 für die Stellungnahme zu einem Gesetzentwurf gegeben wird, an dem Sie jetzt zwei Jahre herumgebastelt haben, dann muss ich sagen, meine Damen und Herren, das ist eine Aufgabe nach der Landkreisordnung, übrigens auch nach der Gemeindeordnung. Dies gilt ja auch für die kreisfreien Städte, denen Sie ihre Selbständigkeit nehmen wollen. Glauben Sie wirklich, dass Sie das durchkriegen, dass nur die Oberbürgermeister und die Landräte beteiligt werden? Wie stehen Sie eigentlich zur Vertretung des Volkes auf der Kreisstufe?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –  
Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig.)

Haben Sie eigentlich keinen Grundkurs in Demokratie gemacht? Ich muss Ihnen sagen, ich rege mich jetzt langsam darüber auf, weil ich merke, da gibt es bei Ihnen ein

Verständnis von der kommunalen Selbstverwaltung, da haben Sie aber erheblichen Nachholbedarf, Herr Innenminister.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Man merkt Ihnen an, dass Sie dort noch nie in die Diskussion mit Andersdenkenden, als mit solchen, die Sie unter sich versammeln, getreten sind. Das wird Ihnen nicht durchgehen, das kann ich Ihnen garantieren! So geht das nicht! Und die Begründung, wir wollen dem Landtag bis Ende April 2005 diesen Entwurf zuleiten, ist ja hübsch. Herr Müller, so viel zu der sorgfältigen Diskussion mit den Betroffenen. Und deswegen, meine Damen und Herren, wird den Landrätinnen und Landräten mitgeteilt, die Anmerkungen, die nach dem genannten Termin am 4. Februar 2005 kommen sollten, die können leider nicht mehr berücksichtigt werden.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU –  
Beate Schlupp, CDU: Genau.)

Meine Damen und Herren, was haben Sie für ein Verständnis von unserer Verfassung? Was haben Sie für ein Verständnis von kommunaler Selbstverwaltung? Und was haben Sie für ein Verständnis von Beteiligung der gewählten Vertreter unseres Volkes auf der Kreis- und der Gemeindeebene?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –  
Egbert Liskow, CDU: Genau.)

Ich traue Ihnen jetzt bei diesem Verhalten nicht mehr über den Weg. Jetzt weiß ich auch, warum es keine Enquetekommission gab, sondern einen Sonderausschuss. Und zwar darum, weil die kommunalen Landesverbände doch gar nicht auf Augenhöhe mitstimmen dürfen. Wir dürfen keine Sachverständigen mit in die Kommission nehmen, weil das ein Ausschuss ist, der uns gesagt hätte, dass das alles so nicht geht.

Herr Müller, eins muss ich Ihnen auch sagen, selektives Wahrnehmungsvermögen in allen Ehren, aber hier sich so billig rauszureden, die CDU habe ja keine eigenen Vorstellungen, das ist nicht in Ordnung. Wann haben Sie das letzte Mal unsere Veröffentlichungen aufgenommen? Sind Ihnen die letzten drei Monate gänzlich entgangen?

(Egbert Liskow, CDU: Winterschlaf.)

Dann lesen Sie einmal kräftig nach! Es gibt eine klare Aussage des CDU-Landesverbandes, und zwar aller Vorsitzenden der Vereinigungen, wie wir uns eine Verwaltungsreform vorstellen. Es hat sich nicht sehr verändert. Es liegt einfach daran, dass wir nicht bereit sind, verfassungswidrig zu handeln. Wir möchten gerne, dass dort angefangen wird, wo Verwaltungsreform immer anfangen muss, nämlich bei Aufgabenreduzierung und Aufgabenverlagerung.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und was nötig ist, auf der kommunalen Ebene zu verändern, das sieht man, wenn das so ist. Und, Herr Innenminister, Sie haben ja selber 2009 gesagt. Wir können doch die Kosten überhaupt noch gar nicht abschätzen. Da gibt es zwei Dinge: Sie muten diesem Landtag im April 2005, dann legen Sie ja Ihren Gesetzentwurf in diesem Landtag ab, viel zu. Ich hoffe, dass Sie das nicht so tun werden, sondern dass Sie das sorgfältiger machen. Aber Sie gehen dann davon aus, dass wir die Katze im Sack kaufen. Sie sagen, wir können zwar die Kosten nicht abschätzen,

wir können auch nicht sagen, was wir den Kommunen erstatten, aber ihr Landtagsabgeordneter sollt schon einmal beschließen. Im Übrigen stimmt es ja gar nicht, nicht nur im Jahr 2009, sondern Sie haben ja vor, dass Anfang 2006 die Dinge in Sack und Tüten sind. Die Weichen sind ja schon gestellt,

(Angelika Gramkow, PDS: Richtig.)

denn es werden ja schon Errichtungsbeauftragte ernannt. Da ist richtig was los im Lande.

(Angelika Gramkow, PDS: Ja. Bis dahin wird die Konnexitätsfrage in diesem Land auch geklärt sein.)

Meine Damen und Herren, Sie haben es verdammt eilig. Entschuldigung, Sie haben es zu eilig, die kommunale Selbstverwaltung zu entmachten und uns auf Kreis- und Gemeindeebene zu entmündigen. Das, Herr Innenminister, wird mit uns nicht gehen!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –  
Torsten Renz, CDU: Genau, genau. –  
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Meine Damen und Herren, dieser Paragraph 101, den ich eigentlich nur inoffiziell kenne, weil Sie ihn ja noch in der ersten Phase haben, hat eben diesen Absatz 7. Der ist schon recht eigenartig, denn da wird nämlich gesagt, dass es sehr unterschiedlich mit den Kostenabschätzungen sein wird. Für einen Bereich wird das ein paar Monate vor In-Kraft-Treten sein, irgendwann im Jahre 2009, und für einen anderen Bereich wird es direkt mit dem In-Kraft-Treten sein. Nur, meine Damen und Herren, vorher verursachen Sie riesige Mengen an Kosten für die Umstellungen auf der kommunalen Ebene und dafür ist kein einziger Euro eingesetzt. Das Ganze, was Sie hier tun, Herr Innenminister – das sage ich noch einmal und Sie sollten sich endlich ein wenig daran orientieren –, ist nicht nur Kritik, sondern Besorgnis. Sie richten unser Land zugrunde, wenn Sie so in dieser Art und Weise mit der Verfassung umgehen! Das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen!

Meine Damen und Herren von den Koalitionsfraktionen, wir wollen doch gar nichts anderes, als die Einhaltung des strikten Konnexitätsprinzips von diesem Landtag und von uns allen noch einmal deutlich beschlossen haben. Das wollen wir. Das können Sie doch?! Wenn Sie das nicht können, dann entlarvt das die gesamte Veranstaltung. Dann geht es nur darum: „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass!“ Ich kann als Landesregierung die Aufgaben nicht mehr richtig erfüllen, deswegen runter auf die kommunale Ebene. Wir sparen nicht, sondern wir sparen an den Kommunen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, wenn Sie heute dem nicht folgen, dann muss ich vermuten, dass Sie genau dem Satz folgen. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Dr. Jäger.

Das Wort hat jetzt der fraktionslose Abgeordnete Herr Dr. Bartels.

**Dr. Gerhard Bartels,** fraktionslos: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zu zwei Punkten kurz etwas sagen, was diesen Antrag betrifft. Das eine

ist das Erlebnis, dass ich in diesem Antrag ein Wort gelesen habe, dass ich aus vielfältigen Diskussionen um die Hochschulbudgetierung und um die Budgetierung anderer Einzelhaushalte beziehungsweise von Einrichtungen des Landes schmerzhaft in Erinnerung habe. Im Paragraphen 101 Absatz 3 steht das Wort „Effizienzrendite“. Frau Schulz ist schon darauf eingegangen. Ich möchte aus meiner Erinnerung und auch aus der heutigen Diskussion eines deutlich sagen: Dahinter steckt nach meinem Gefühl die Auffassung, dass wir es nicht zulassen dürfen, dass von „unserem Geld“ bei anderen etwas gespart werden könnte und dass andere mit unserem Geld mehr erledigen könnten, als wir ihnen ausdrücklich zugebilligt haben.

(Dr. Armin Jäger, CDU: So ist es.)

Diese Philosophie, das will ich sagen, habe ich noch nie verstanden und ich verstehe Sie auch heute nicht.

(Beifall Dr. Armin Jäger, CDU)

Ich will auch sagen, selbst wenn es so wäre, dass bei den Kommunen eine insgesamt höhere Gesamteffizienz durch die Verwaltungsmodernisierung entsteht, dann sollten wir uns doch darüber freuen, denn die Kommunen sind Bestandteil des Gesamtphänomens Mecklenburg-Vorpommern und nicht irgendetwas Außenstehendes. Und wenn es den Kommunen etwas besser geht, geht es dem ganzen Land besser.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, richtig.)

Deshalb sollte man diese Philosophie ablehnen, es kann nicht darum gehen, dass von unserem schönen Landesgeld der „Gegner“ – Kommunen – positive Wirkungen verzeichnen würde und wir das dann schlecht finden. Das zu diesem ersten Punkt!

Zum zweiten Punkt. Im Zusammenhang mit der Effizienzrendite – Frau Schulz hat auch darauf schon hingewiesen – verweist Professor März in seinem Gutachten darauf, dass im Unterschied zu anderen Regelungen in anderen Bundesländern in unserer Landesverfassung ausdrücklich der volle Mehrbelastungsausgleich festgeschrieben ist.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig, das haben wir auch so gewollt.)

Und dieser volle Mehrbelastungsausgleich schließt so etwas wie eine Effizienzrendite einfach aus.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Und selbst, Herr Kollege Müller, wenn dieses Verfahren, das die Landesregierung mit den kommunalen Spitzenverbänden vereinbart hat, hier nicht gelten sollte, was ich bezweifle, aber die Verfassung gilt doch wohl. Und darauf sollten wir uns vielleicht doch zurückziehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Das sieht der Kommunalminister aber ganz anders. – Zuruf von Bernd Schubert, CDU)

Ich will auch auf eines verweisen, aus der Sitzung des Sonderausschusses in der vergangenen Woche, wo die kommunalen Spitzenverbände darauf hingewiesen haben, dass die eingeräumte Anhörungsfrist unzumutbar ist,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig.)

dass zumindest erhebliche Zweifel bei den kommunalen Spitzenverbänden bestehen, ob sie verfassungsgemäß sind.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig.)

Ich glaube, auch das sollten wir bedenken.

(Angelika Gramkow, PDS: Dazu gibt es aber Rechtsprechungen.)

Wie in der Zeit bis zum 4. Februar 2005 alle kommunalen Vertretungskörperschaften hier eine Stellungnahme abgeben sollen, ist mir ein Rätsel.

(Angelika Gramkow, PDS: Die Kommunen haben da inzwischen etwas anderes kommentiert. – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Ich bin selbst Mitglied der Bürgerschaft in Greifswald. Wie das funktionieren soll, weiß ich nicht. Herr Präsident, da haben Sie eine Aufgabe.

(Heiterkeit bei Dr. Armin Jäger, CDU – Zurufe von Egbert Liskow, CDU,

Eckhardt Rehberg, CDU und Peter Ritter, PDS)

Den Herrn Präsidenten der Bürgerschaft meine ich.

Lassen Sie mich zum Schluss noch einen Satz sagen, auch darauf hat Frau Schulz schon hingewiesen. Der erste Punkt des Antrages der CDU sollte aus meiner Sicht tatsächlich nicht nur für die Landesregierung gelten, sondern auch für Gesetzentwürfe, die aus dem Landtag heraus eingereicht werden.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Natürlich.)

Und dann verweise ich darauf, ich habe das gestern schon einmal kurz angekündigt, dass das, was zu den finanziellen Folgebelastungen für die Kommunen im Schulgesetzentwurf steht, völlig unzureichend ist. Ich hoffe, dass in der parlamentarischen Befassung diese Frage noch gründlich mit den kommunalen Spitzenverbänden bearbeitet wird. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU und Regine Lück, PDS)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Dr. Bartels.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1409. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1409 mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der PDS bei Zustimmung der Fraktion der CDU und des fraktionslosen Abgeordneten abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 15:** Beratung des Antrages der Fraktionen der PDS und SPD – 60. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus und der Beendigung des 2. Weltkrieges, Drucksache 4/1407.

**Antrag der Fraktionen der PDS und SPD: 60. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus und der Beendigung des 2. Weltkrieges – Drucksache 4/1407 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Ritter von der Fraktion der PDS.

**Peter Ritter,** PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Befreit oder besiegt? Kaum

eine andere Frage in der deutschen Geschichte wurde und wird so kontrovers diskutiert wie diese Frage. Heinrich Graf von Einsiedel, als Jagdflieger bei Stalingrad abgeschossen, Vizepräsident des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ und von 1994 bis 1998 Abgeordneter der PDS im Deutschen Bundestag, schrieb 1995 zum 50. Jahrestag der Befreiung, ich zitiere:

„Die Sieger waren überzeugt, ein Volk von Barbaren besiegt zu haben, deren Zähmung und Umerziehung lange Jahre dauern würde und streng überwacht werden müsse. Kann man es ihnen verdenken? Das Ausmaß der Naziverbrechen, die jetzt bekannt wurden, verschlug doch aller Welt den Atem. Und wir? Die vernichtende Niederlage der Nazis war doch über uns gekommen wie ein Erdbeben. Wir selbst hatten die Erde beben lassen und waren weiter marschiert, bis alles in Scherben fiel. Fast alle deutschen Städte lagen in Trümmern. Elf Millionen marschierten in oft jahrelange Gefangenschaft. Noch einmal weit über zehn Millionen wurden aus ihrer Heimat vertrieben. Millionen mussten ihre Unschuld oder ‚unschuldiges‘ Mitläufertum beweisen oder zu beweisen trachten. Hunderttausende wurden verschleppt. Allgemeine Verachtung schlug jetzt jenen entgegen, die noch wenige Monate zuvor alle anderen Völker als minderwertig erklärt hatten. Und sie alle sollten sich befreit fühlen? Das ist doch wirklich etwas viel verlangt. Nein! Für uns Deutsche konnte der 8. Mai 1945 nur der Beginn der Befreiung von all den Irrlehren des deutschen Imperialismus sein, die uns jahrelang eingetrichtert wurden – von Rassenhass, Nationalismus, Militarismus, Volk-ohne-Raum-Ideen und grenzenloser Selbstüberschätzung.“ Zitatende. Der Beginn der „Befreiung“.

Dieser Beginn der Befreiung liegt nun fast 60 Jahre hinter uns und wir müssen heute die Frage stellen: Haben wir das Ende dieser Befreiung von den Irrlehren erreicht? Ein Blick auf die jüngsten Wahlergebnisse einer Partei, die sich offen in der Tradition des so genannten Dritten Reiches bewegt, lassen starke Zweifel aufkommen. Doch nicht nur die Wahlergebnisse, meine sehr verehrten Damen und Herren, vielmehr lassen die Irrlehren des Rechtsextremismus, des Antisemitismus und der Ausländerfeindlichkeit, die immer wieder mitten in der Gesellschaft auftauchen, Zweifel aufkommen, ob uns diese Befreiung wirklich gelungen ist. Heinrich Graf von Einsiedel stellte 1995 weiter fest: „Der Kampf um die Befreiung geht weiter.“

Der 60. Jahrestag der Befreiung, in Mecklenburg-Vorpommern als einzigem Bundesland offizieller Landesgedenktag, muss also für alle demokratisch verfassten Parteien und Organisationen, für alle demokratisch gesinnten Bürgerinnen und Bürger unseres Landes Anlass sein, das Ringen um die Befreiung von rechtsextremen und ausländerfeindlichen Gedanken zu forcieren. Nazis raus aus den Köpfen!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Dieser Spruch muss endlich Realität in unserem Land werden!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zur Auseinandersetzung mit dem 8. Mai 1945 gehört auch die Auseinandersetzung mit der geschichtlichen Entwicklung nach 1945, in Ost wie in West. Schon bei unserem Vorschlag im Jahre 1999, den 8. Mai als offiziellen Landesgedenktag auszuweisen, hat die PDS-Fraktion darauf hingewiesen, dass das zu einer umfassenden Auseinanderset-

zung mit diesem historischen Datum dazugehört. Und so ist es schon sinnvoll, meine sehr verehrten Damen und Herren, die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen in Ost wie in West einmal zu hinterfragen. Unermessliches Leid und Trümmer gab es auf beiden Seiten der Elbe.

Anders als im Westen konnten die Menschen im Osten von ihrer Besatzungsmacht kein Wirtschaftswunder erwarten. Für die Verwüstungen in der Sowjetunion musste der Osten unvergleichlich höhere Reparationen zahlen. Der Staatsaufbau im Osten hatte dem sowjetischen Modell, auch mit all seinen Unfreiheiten, zu folgen. Auch später, in der Zeit des Kalten Krieges, belasteten die sowjetisch geprägten und bestimmenden Militärdoktrinen die Entwicklung in Politik und Wirtschaft in der DDR. Und erst mit den Veränderungen in der Sowjetunion wurden auch Veränderungen in der DDR möglich.

Und im Westen? Auch im Westen prägten die Besatzungsmächte das neu entstehende politische System. Mit der Durchführung einer separaten Währungsreform wurden rechtzeitig Grundlagen für die Abspaltung der westlichen Besatzungszonen gelegt. Die junge Bundesrepublik fand sich bald in der NATO wieder und wurde in der Zeit des Roll-back zu einer der wichtigsten Speerspitzen des atlantischen Bündnisses. Und erst mit den Veränderungen in der Sowjetunion und der sich damit ändernden sowjetisch-amerikanischen Beziehungen konnte sich die Bundesrepublik ändern. Aber hat sie sich geändert oder ist sie nur größer geworden?

Mit den 2-plus-4-Verhandlungen, mit dem Beitritt der neuen Bundesländer zur Bundesrepublik und mit der Erweiterung der Europäischen Union eröffneten und eröffnen sich neue Möglichkeiten für die Entwicklung eines friedlichen Europas. Ob das dabei in der europäischen Verfassung angestrebte Militarisierungsgebot für die EU-Mitgliedsstaaten allerdings die richtige Schlussfolgerung ist, das muss angezweifelt werden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das alles gehört dazu, wenn man über das Ende des Zweiten Weltkrieges und den 8. Mai 1945 redet. Wer aber über den 8. Mai 1945 und das Ende des Krieges redet, der darf über den 30. Januar 1933, die Machtergreifung der Nationalsozialisten in Deutschland, nicht schweigen. Es darf nicht vergessen werden, dass es vor allem führende Kreise des Großkapitals waren, die die Nazis an die Macht brachten, ihre Verbrechen finanzierten und vom Krieg profitierten. Es darf nicht vergessen werden, dass der Zweite Weltkrieg von Nazideutschland ausging. Die deutschen Faschisten strebten eine Neuordnung Europas und der Welt an. Sie führten dazu einen barbarischen Krieg. Dieser war bis dahin einmalig in seiner Dimension, in seiner Brutalität und seiner Totalität. Er zerstörte Zivilisation und Kultur. Alles war kalkuliert und geplant wie der industrielle Massenmord an Menschen jüdischer Herkunft, die Ausrottung der Sinti und Roma und die Vernichtung von politischen und weltanschaulichen Gegnern, von Menschen mit Behinderungen, von Homosexuellen. Diese Verbrechen, meine Damen und Herren, sind beispiellos in der Weltgeschichte. Sie entsprachen der rassistischen und völkischen Staatsideologie der Nazis. Erst brannten Bücher, dann Menschen!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt aktuelle Anlässe, die aufhorchen lassen und zum Handeln auffordern. Wir erleben, dass der 8. Mai 1945 noch immer

eher als Tag der Niederlage und als Tragödie für Deutschland ins Bewusstsein gerückt wird. Wir erleben, dass rechtsextremistische Parteien und Organisationen, die die faschistische Herrschaft glorifizieren und die Verbrechen des Naziregimes nicht leugnen, an Einfluss gewinnen und gewählt werden. Wir erleben, dass in großen Teilen von Politik und Medien mit der Gleichsetzung von NPD und PDS eine unsägliche Tradition der Volksverdummung wieder aufersteht. Wir erleben, dass viele junge Menschen in unserem Land über die Nazidiktatur, ihre Wegbereiter, über Ausmaß und Folgen dieser Gewaltherrschaft wenig wissen. Und wir erleben auch, dass ein Ministerpräsidentenkandidat der NPD im Sächsischen Landtag nicht nur Stimmen aus seiner eigenen Partei erhält.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist daher dringend notwendig, dass wir uns jetzt gemeinsam diesen gefährlichen Entwicklungen über Parteigrenzen hinweg entgegenstellen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS,  
Reinhard Dankert, SPD, und Beate Mahr, SPD)

Am Wahlsonntag 2006 erschreckt aufzuwachen, ist zu spät. Der 60. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus und der Beendigung des Zweiten Weltkrieges muss daher genutzt werden, um in einem breiten Dialog mit Zeitzeugen die Entstehung des Faschismus, die Geschichte des Krieges und den politischen Neuanfang 1945 zu diskutieren.

Ich bin den Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag an dieser Stelle daher dankbar, dass sie dieses Anliegen in ihrem Antrag vom April diesen Jahres aufgreifen und die Bundesregierung die Regierungen der deutschen Länder und die Bürgerinnen und Bürger, also uns alle, aufruft, sich mit dieser Thematik umfassend und in angemessener Weise auseinander zu setzen. Und mit unserem Antrag, um dessen Zustimmung ich Sie bitte, folgen wir der Intention von SPD und Grünen im Bundestag und wir sollten das in großer Übereinstimmung tun!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der geschichtliche Ablauf bringt es mit sich, dass wir in den Jahren 2004 und 2005 eine Reihe von 60. Jahrestagen begehen, die im Zusammenhang mit dem düstersten Kapitel deutscher Geschichte stehen. Da ist der in diesem Jahr begangene 60. Jahrestag des D-Days, da ist der 60. Jahrestag des Attentats der Männer um Stauffenberg gegen Hitler, da ist der 60. Jahrestag des Aufstandes im Warschauer Ghetto, da sind die 60. Jahrestage der Ermordung von Rudolf Breitscheid und Ernst Thälmann und da ist schließlich der 60. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe die Aufzählung dieser Gedenktage gewählt, um deutlich zu machen, dass der Widerstand gegen das Hitlerregime viele Gesichter und viele Namen und vor allem viele Opfer hatte. Als Landesvorsitzender der PDS und als Mitglied des Landesvorstandes im Bund der Antifaschisten in Mecklenburg-Vorpommern ist es mir besonders wichtig, darauf hinzuweisen. Jede alte oder neue Einseitigkeit in der Bewertung und Würdigung des Widerstandes gegen Hitler und seine Helfer, Gönner und Förderer behindert uns in der heutigen Auseinandersetzung mit den modernen Formen des Rechtsextremismus und der Ausländerfeindlichkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! „Gedenktage sind ohne Sinn, wenn sie nicht in Gegenwart und Zukunft hineinwirken“. Dieser Spruch Ernst Thälmanns gilt auch für die Auseinandersetzung mit dem Gedenktag 8. Mai. Dieser Spruch gilt aber auch für die Gedenkstätten unseres Landes. Auch Gedenkstätten sind ohne Sinn, wenn sie nicht in Zukunft und Gegenwart hineinwirken. Prora, Peenemünde, Alt-Reese, Wöbbelin, Barth, das sind nur einige Stätten mit Geschichte in unserem Land, Geschichte, die es zu bewahren und die es zu vermitteln gilt, Geschichte an Gedenkstätten, an authentischen Orten, die in die Zukunft hineinwirken müssen, um Geschehenes nicht zu vergessen und Wiederholungen auszuschließen! Und so ist allen Versuchen, zum Beispiel Prora einer nur kommerziellen Nutzung zu unterziehen, mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten, und zwar auch und vor allem in Vorbereitung auf den 60. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, meine Fraktion hat schon seit langer Zeit vor dem neuen Erscheinungsbild des Rechtsextremismus in unserem Land gewarnt. Die Strategie der extremen Rechten, über den Kampf auf der Straße nunmehr den Kampf um die Parlamente zu führen, ist aufgegangen. Notwendige Gegenstrategien verhakeln sich oft im unnötigen Klein-Klein der Kräfte im parlamentarischen wie im außerparlamentarischen Raum. Der Landtag ist davon nicht ausgenommen. Es kann nicht darum gehen, wer der bessere Antifaschist ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, es muss darum gehen, gemeinsam in die Gesellschaft hineinwirkende Strategien für Demokratie und Toleranz zu entwickeln.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Die Überarbeitung und finanzielle Untersetzung des Leitfadens der Landesregierung „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken“ aus dem Jahre 2001 gehört genauso dazu wie unser aller alltägliches Auftreten gegen rechtsextreme und ausländerfeindliche Parolen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben im Mai diesen Jahres gemeinsam hier beschlossen, ich zitiere: „... dass es in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus kein Nachlassen geben darf.“ Wir waren uns einig, ich zitiere wieder: „... dass Rechtsextremismus, auch in Form rechtsextrem motivierter Gewalt, nicht nur auf wenige Ursachen zurückgeführt werden kann. Es handelt sich um einen Komplex globaler und lokaler, gesellschaftlicher und individueller Ursachen. Sie resultieren nicht zuletzt aus tief greifendem sozialen und politischen Wandel.“

Und schließlich haben wir gemeinsam in unserem Antrag gefordert, dass Landesregierung, Landkreise, kreisfreie Städte und alle Kommunen zivilgesellschaftliche Gegenstrategien gegen extreme Rechte zu entwickeln haben. Forcieren wir jetzt dieses Ringen, um Gegenstrategien und betten den 60. Jahrestag der Befreiung als einen Bestandteil ein! – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke, Herr Ritter.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Ministerpräsident Herr Dr. Ringstorff.

**Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Aber niemand wird um dieser Befreiung willen vergessen, welche Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai erst begannen und danach folgten, und zwar Flucht, Vertreibung und Unfreiheit. In Ostdeutschland und in Ostmitteleuropa entwickelten sich neue Diktaturen. Für uns folgte auf die Diktatur des Nationalsozialismus die Diktatur in der DDR. Man kann und ich will diese beiden Diktaturen nicht miteinander vergleichen. Aber vergessen wir nicht, mit der Diktatur in der DDR verbunden waren auch Gängelung des Einzelnen, Reiseverbote, Spitzeltum, Gleichmacherei und schlimmstenfalls politische Verfolgung und Verurteilung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU  
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, der Nationalsozialismus war Ursache für alles, für Flucht und Vertreibung, für die europäische Teilung und natürlich auch für die deutsche Teilung, die erst 1990 überwunden werden konnte.

Vor fast 60 Jahren wurde Deutschland von der Herrschaft der Nationalsozialisten befreit. Leider wurde nationalsozialistisches Gedankengut aber nicht ein für alle Mal beseitigt. Schlimmer noch, rechtsextremistisches Gedankengut scheint wieder mehr und mehr gesellschaftsfähig zu werden. Das haben zuletzt die Wahlen in Sachsen und Brandenburg deutlich gemacht. Und das ist vielleicht nur die Spitze eines Eisberges. Zwar ist auf der einen Seite das Problembewusstsein in der Gesellschaft, gerade auch in Ostdeutschland, deutlich gewachsen. Die Landesregierung mit der Landeszentrale für politische Bildung unterstützt vielfältige Projekte zur Aufklärung über Rechts, zur Vermittlung politischer und historischer Kenntnisse und zur Stärkung der demokratischen Kultur. Im Programm zur „Kriminalprävention“, im Handlungsrahmen „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken“ oder im Sonderprogramm „Pro Zivilcourage – gegen Extremismus“ hat die Landesregierung zahlreiche Handlungsansätze gegen Rechtsextremismus entwickelt und gezielte Maßnahmen ergriffen.

Die Polizei des Landes hat sich unter anderem durch die Einrichtung eines Analysen- und Beraterteams sowie die mobilen Einsatzgruppen MAEX auf die Bekämpfung rechtsextremistisch motivierter Straftaten eingestellt. Viele hundert Bürgerinnen und Bürger bei uns in Mecklenburg-Vorpommern engagieren sich in Initiativen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt. Ich glaube, sie können etwas bewirken. Das zeigt zum Beispiel die Hansestadt Rostock, denn dort sind die offenkundigen Aktivitäten der Rechten weiter rückläufig.

Auf der anderen Seite – und das ist es, was mich in der letzten Zeit vor allem beunruhigt – bewegen sich rechts-extreme Parteien und so genannte Kameradschaften schleichend in die Mitte der Gesellschaft. Ein Grund ist wohl in der neuen Taktik der Rechten zu suchen. Sie wollen gesellschaftsfähig werden und – so bitter es ist – sie haben damit Erfolg. Sie veranstalten Kinderfeste, Liederabende in Altenheimen und gestalten Schülerzeitungen. Neonazis in Nadelstreifen versprechen Arbeitsplätze und starten Unterschriftenaktionen mit scheinbar unverfänglichen Titeln, wie zum Beispiel die Bürgerinitiative „Schö-

ner und sicherer wohnen in Ueckermünde“. Dass es in Wahrheit um eine Aktion gegen ein Asylbewerberwohnheim ging, offenbart die versteckte Gefährlichkeit der Extremisten. Durch ihr populistisches Auftreten verändert die Rechte ihr Gesicht, ihr Wesen, meine Damen und Herren, ändert sie nicht.

Deshalb warne ich dringend davor, dass rechtsextremistisches Gedankengut verharmlost wird, dass es Neonazis gelingt, gesellschaftliche und kommunale Themen zu bestimmen. Es ist auch kein gutes Zeichen, wenn dem Auftreten rechter Gruppierungen zunehmend gleichgültig begegnet wird. Es ist auch erschreckend, dass rechte Politiker bei Abstimmungen Unterstützung von anderen Parteien erhalten. Wer derlei als Politiker oder als Wähler in Kauf nimmt, öffnet Brandstiftern Tür und Tor! Demokraten müssen gegen Rechtsextremisten zusammenhalten!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und  
einzelnen Abgeordneten der CDU und PDS)

Rechtsextremisten sind eine Gefahr für die Demokratie. Die Erfolge der Rechtsextremen sind selten das Ergebnis von brillanten Strategen. Sie sind in erster Linie Indikatoren für gesellschaftliche Defizite.

Seit einiger Zeit beobachten wir zunehmend, dass der Vertrauensverlust in die Mechanismen und Institutionen der Demokratie immer breitere Schichten erfasst. Dass diejenigen mit der kürzesten Demokratieerfahrung dafür anfälliger sind, verwundert nicht. Anders als im Westen der Wirtschaftswunderjahre erscheint für viele Ostdeutsche die Demokratie als Zuschussgeschäft. Sie haben das Gefühl, mehr zu verlieren als zu gewinnen, und das wird schnell der Demokratie und ihren Institutionen angelastet. Welchen Wert die Demokratie darstellt, dass sie Teilhabe an politischer Macht, ein friedliches und respektvolles Miteinander, Interessenausgleich, Chancengleichheit und ein Leben in Freiheit ermöglicht, und das alles auch in ökonomisch schwierigen Zeiten, das ist vielen immer noch nicht bewusst genug. Doch wer den Sinn, die Regeln und Zusammenhänge einer demokratisch verfassten Gesellschaft nicht kennt, der wird leichter anfällig für populistische Vereinfacher, die – wenn auch ziemlich abstruse – Erklärungszusammenhänge bieten, für all die Dinge, die so schwer zu verstehen sind von der Globalisierung bis Hartz IV.

Deshalb müssen wir die Inhalte und Werte der Demokratie immer wieder neu ins Bewusstsein der Menschen rücken und unsere Politik erklären! Wieder und wieder, wenn es sein muss! Die etablierten Parteien dürfen das Feld nicht den Radikalen überlassen. Natürlich hängt die Wertschätzung der Demokratie in der Bevölkerung zu einem guten Teil auch von der Glaubwürdigkeit der politisch Handelnden ab. Glaubwürdig ist, wer sagt, was er tut, und tut, was er sagt. Das sollten wir im politischen Alltag beherzigen!

Meine Damen und Herren, Rechtsextremisten sind eine Gefahr für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Sie säen Neid, Hass, Verachtung und rassistischen Dünkel. Sie instrumentalisieren und schüren Ängste vor realer oder vermeintlicher Ausgrenzung von der Gesellschaft und ihrem Wohlstand. Das Gefühl, zu kurz zu kommen, verbunden mit einer Rückwendung hin zur vermeintlich hellen DDR-Idylle, verstärkt die Abwendung von der Gesellschaft. Statt in Ostalgie zu schwelgen, ist eine ehrliche Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit notwendig.

(Martin Brick, CDU: Auch in den Schulen. –  
Beate Mahr, SPD: Richtig.)

Und die Wahrheit ist: Die DDR war eine Diktatur! Der Staat traute seinen eigenen Bürgern nicht, errichtete Mauer und Stacheldraht. Und zuletzt war das DDR-System völlig marode und am Ende.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten  
der SPD und CDU)

Meine Damen und Herren, im politischen Alltag und Handeln müssen wir alle darauf achten, dass Maßnahmen, die Vorurteile bestätigen, vermieden werden! Gesellschaftliche Auseinandersetzungen dürfen nicht ausgrenzend, sondern müssen sachlich und zivil geführt werden! Aktionen wie Unterschriftenlisten gegen den EU-Beitritt der Türkei sind, glaube ich, eine Steilvorlage für rechte Rattenfänger,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

aber auch Montagsdemonstrationen, die militante Neonazikameradschaften und NPD-Funktionäre mitlaufen lassen mit dem Argument: Wir wollen niemanden ausschließen, solange er gegen Hartz IV und nicht verboten ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD  
und einzelnen Abgeordneten der CDU)

Hier ist mehr Verantwortungsbewusstsein aller politischen Akteure dringend notwendig. Soziale Probleme verstärken die Anfälligkeit für rechte Propaganda. Aber wir wissen alle, Populisten haben auf alles eine Antwort, aber für nichts eine Lösung. Deshalb setzen wir alles daran, Arbeit, Perspektiven und Wohlstand für die Menschen in unserem Land zu schaffen. Internationale Zusammenarbeit spielt dabei eine Schlüsselrolle. Wir werben um internationale Investoren, die hier Arbeitsplätze schaffen. Wir fördern die internationale Zusammenarbeit in Forschung und Entwicklung und wir profitieren davon, zum Beispiel in der Biotechnologie. Wir freuen uns über ausländische Studenten und Wissenschaftler an unseren Hochschulen und wir wollen, dass sich ausländische Urlaubsgäste bei uns wohl und sicher fühlen. Und das, meine Damen und Herren, lassen wir uns durch Rassismus und Ausländerfeindlichkeit nicht zerstören!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, PDS  
und einzelnen Abgeordneten der CDU)

Rechtsextremisten schaden der Wirtschaft, schaden dem Ansehen des Landes und schaden den Menschen, die gerne in Mecklenburg-Vorpommern leben. Und das werden wir nicht zulassen!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD  
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Weltoffenheit und Toleranz entscheiden heute mehr denn je über die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Und deshalb werden wir allen Formen von Rechtsextremismus, Rassismus und Aggression entschieden entgegenzutreten. Dazu brauchen wir ein breites gesellschaftliches Engagement. Denn nur gemeinsam werden wir ein Klima der Toleranz, des Respekts und der Offenheit erzeugen können, in dem menschenverachtender Ideologie der Nährboden entzogen wird.

Deshalb rufe ich alle gesellschaftlichen Kräfte, alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes auf, sich gemeinsam an der Vorbereitung und würdigen Feier des 60. Jahrestages der Befreiung vom Nationalsozialismus und der Be-

endigung des Zweiten Weltkriegs zu beteiligen! Die Würdigung dieses Anlasses ist der Schwerpunkt der Arbeit in der Landeszentrale für politische Bildung im kommenden Jahr. Geplant sind unter anderem ein großer Schülerwettbewerb und eine Dokumentation mit Erlebnisberichten in Zusammenarbeit mit dem NDR. Darüber hinaus ist die Landeszentrale dabei, Ideen und Projekte unterschiedlichster Träger zu sammeln und zu sondieren. Ich bitte Sie, meine Damen und Herren Abgeordnete, Ihre Kontakte und Möglichkeiten zu nutzen, um die Vorbereitung dieses Gedenktages zu unterstützen! Gedenktage sind wichtig. Ebenso wichtig aber ist, dass jeder Einzelne von uns immer wieder deutlich macht: Wir werden weder Rassismus noch Ausgrenzung hinnehmen, sondern überall und immer mit all unseren Möglichkeiten bekämpfen! Gemeinsam wollen wir ein Zeichen setzen gegen Gleichgültigkeit sowie für ein respektvolles und tolerantes Zusammenleben! – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD  
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke, Herr Ministerpräsident.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende Herr Rehberg von der Fraktion der CDU.

**Eckhardt Rehberg, CDU:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Der vorliegende Antrag zeigt, dass das Ende des Zweiten Weltkrieges, mit dem Europa und Deutschland von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft befreit wurden, ein dauerhaftes Thema für uns Deutsche im Umgang mit unserer Geschichte und der sich daraus ergebenden Verantwortung ist.

Fraglos: Auch der 60. Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkrieges wird für uns alle Anlass sein, innezuhalten, innezuhalten im Gedenken an einen Tag, der die tragischste und fragwürdigste Paradoxie unserer Geschichte darstellt. „Weil wir erlöst und vernichtet in einem gewesen sind“. So brachte es Theodor Heuss, der ehemalige Bundespräsident, einst auf den Punkt. Wir halten inne im Gedenken an die Opfer in unseren eigenen Familien und den Familien unserer Landsleute, an die unendlichen Opfer, die vor allem das jüdische und russische Volk bringen mussten, im Gedenken an die Opfer in den von Krieg und Gewaltherrschaft überzogenen Staaten und Völkern. Wir gedenken aber ebenso der unzähligen Opfer und des unsagbaren Leids, das für viele erst mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges begann und, meine Damen und Herren, für die der 8. Mai kein Tag der Befreiung war. Wir gedenken den aus ihrer Heimat Vertriebenen, den auf Flüchtlingstrecks verhungerten, erfrorenen und den zerbombten Kindern, Frauen und Männern, die nicht nur ihre Heimat verloren haben.

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle ein sehr persönliches Wort. Man Vater stammt aus Ostpreußen und meine Mutter aus dem Sudetenland. Mir haben sie erzählt, dass meine Mutter als 15-Jährige im August 1945 raus musste und mein Vater sich als 15-Jähriger alleine von Ostpreußen bis nach Berlin durchschlagen musste. Sie haben mir einmal eins gesagt: Dies darfst du in der Schule aber nicht erzählen. Das war nicht erwünscht bis 1989, nicht nur nicht erwünscht, sondern das konnte einem Kopf und Kragen kosten.

(Dr. Martina Bunge, PDS: Meine Mutter kommt aus Schlesien. Das war nie für uns ein Nachteil.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Kopf und Kragen in der Schule, ich meine das bildlich, sinnbildlich gesprochen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir gedenken all denen, die nach dem Ende des Krieges in Gefangenschaft und in Konzentrationslager gezwungen wurden, all denen, die als Opfer von Gewalt und Vergewaltigung mit Leib und Seele Buße tun mussten, und zwar für ein faschistisches System und dessen Verbrechen, die sie nicht zu verantworten hatten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mir hat hier, wenn wir über Gedenkstätten reden, Fünfeichen gefehlt,

(Beifall Rainer Prachtl, CDU –  
Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

mir hat hier Buchenwald gefehlt, und zwar nach 1945, und mir haben hier auch Bautzen und Waldeck gefehlt. Dieses alles hat mir gefehlt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Übrigens, Herr Kollege Ritter, all dieses fehlt auch im Antrag, der im Bundestag verabschiedet worden ist. Und wenn Sie sich die Debatten zu diesem Antrag mit Blick auf den 60. Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkrieges angucken, dann sage ich Ihnen, die Union hat sich bemüht, dies mit hineinzubringen.

(Vizepräsident Andreas Bluhm  
übernimmt den Vorsitz.)

Dies ist nicht gewollt gewesen. Und insoweit, denke ich, sollte sie, wenn sie sich auf den Antrag des Deutschen Bundestages bezieht, das insgesamt so sehen.

Meine Damen und Herren, mit der bedingungslosen Kapitulation endete am 8. Mai 1945 das dunkelste Kapitel der deutschen Geschichte. Die damals und auch heute noch gestellten Fragen nach dem wie konntet ihr das zulassen, warum habt ihr nichts getan, und das nach dem Ende des Krieges von vielen reklamierte Nichtwissenkönnen über die Dimension des Schreckens und der Gewalt, trotz der warnenden Stimmen oder zumindest kursierenden Informationen und Gerüchte,

(Bodo Krumbholz, SPD: Genau.)

sind genauso wie die Trauer um die Opfer Bestandteil der schmerzhaften Auseinandersetzung, die wir zu führen haben und führen. Wir führen diese Auseinandersetzung genauso, wie wir darauf verweisen müssen, dass für einen Teil des deutschen Volkes 1945 die Zeit der Diktatur noch nicht vorbei war und weitere 40 Jahre totalitärer Herrschaft erduldet werden mussten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Herr Ministerpräsident, weite Teile Ihrer, ich will sagen, Regierungserklärung hatten mit dem Antrag nicht viel oder gar nichts zu tun. Ich darf Ihnen aber an dieser Stelle die Frage stellen: Warum hat die Landeszentrale für politische Bildung im Jahr 2003, als sich zum 50. Mal der Tag der Wiederkehr des 17. Juni 1953 jährte, nicht das gleiche Engagement an den Tag gelegt, was Sie für das kommende Jahr, für die kommenden Monate mit Blick auf den 8. Mai 2005 hier eben angekündigt haben?

(Beifall Rainer Prachtl, CDU)

Ich finde das positiv, was Sie angekündigt haben. Aber die Frage muss gestattet sein, wenn ich Geschichte nicht nur einseitig sehen will, dann hätte auch der 17. Juni 1953

in gleicher Art und Weise in den Blickwinkel der Aktivitäten der Landeszentrale für politische Bildung gehört.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten  
der CDU – Zuruf von der CDU)

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Frage stelle ich an die Sozialdemokratische Partei Deutschlands: Warum haben Sie nicht am 17. Juni 2003 wie die CDU dieses Tages gedacht in einer offiziellen Veranstaltung?

(Siegfried Friese, SPD: Haben wir doch. –  
Hans-Heinrich Jarchow, SPD: Wir waren  
im Theater. – Bodo Krumbholz, SPD:  
Ich bin sogar extra hierher gefahren.)

Als Partei, Herr Kollege, als Partei.

Warum haben Sie sich nicht Zeitzeugen geholt? Darum geht es. Es geht nicht nur darum, Geschichte einseitig zu sehen. Wir sollten ja auch keine Geschichtsdebatte führen. Aber ich denke, es kommt darauf an, wenn wir dem Anspruch des Antrages gerecht werden wollen, dann ist der 8. Mai nicht Endpunkt, sondern Schnittpunkt von Geschichte nach unserem Dafürhalten. Und das muss im Antrag auch sehr deutlich werden, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn man sich den Antrag durchliest, dann muss man sich fragen: Ist es legitim, dass der Landtag die Bevölkerung auffordert, oder klingt das nicht etwas sehr nach Verordnen? Meine Damen und Herren, wir in der CDU haben ein sehr klares Bewusstsein zur Bedeutung des 8. Mai 1945, zu unserem Umgang mit diesem Datum.

(Angelika Gramkow, PDS: Herr Rehberg,  
Sie wollen wohl den Antrag ablehnen?)

Frau Kollegin Gramkow, mir lagen viele Zwischenrufe auf der Zunge, als Herr Ritter geredet hat. Sie haben keinen Zwischenruf von der CDU-Fraktion gehört. Wir können hier gerne eine lebendige Debatte führen.

(Angelika Gramkow, PDS:  
Ich habe eine Frage gestellt.)

Dann stehen Sie bitte auf und gehen ans Mikrofon! Das muss ich als Zwischenruf werten. Wenn Sie jetzt Fragen stellen im Sitzen, ohne ans Mikrofon zu gehen, dann haben wir eine neue Kultur im Parlament. Dann müssen Sie beantragen, dass die Geschäftsordnung geändert wird. Ich habe das als Zwischenruf gewertet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden unseren Kindern und unserer Jugend eine Auseinandersetzung mit unserer Vergangenheit des deutschen Faschismus nicht ersparen. Das ist uns ein inneres Anliegen. Das haben wir bereits in der Vergangenheit sehr klar und deutlich nicht nur in den politischen Debatten zum Ausdruck gebracht.

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch hier eine Frage an uns alle: Wer ist in den letzten Jahren im Sozialkundeunterricht an Gymnasien, an Schulen in Mecklenburg-Vorpommern zu den verschiedensten Daten unterwegs gewesen? Wer hat es gemacht?

(Angelika Gramkow, PDS: Ich.)

Höchstens eine Hand voll oder noch weniger. Ist es nicht auch eine Verantwortung von uns, selbst hinauszugehen?

gehen, mit jungen Menschen zu diskutieren, aber – das sage ich ganz deutlich – auch mit Lehrerinnen und Lehrern, gerade was das totalitäre System der DDR betrifft, was Sie, Herr Ministerpräsident, zu Recht hier angeführt haben? Ich will Ihnen sagen, dieser Antrag – und deswegen werden wir ihn nicht mittragen –

(Torsten Koplin, PDS: Alles klar!)

klings sehr nach verordnetem Antifaschismus, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Und ich will Sie davor warnen: Dieses Ansinnen wird scheitern. Dieses Ansinnen wird deswegen scheitern, weil es auch in der DDR gescheitert ist. Das ist schlichtweg gescheitert.

(Angelika Gramkow, PDS:  
Ah ja, das war jetzt richtig.)

Und, meine Damen und Herren, der 8. Mai war staatlich verordneter Feiertag als Tag der Befreiung, aber eine wirklich innere Auseinandersetzung mit dem Faschismus erfolgte ebenso wenig, wie Trauer, Schmerz und kritische Fragen zugelassen wurden.

(Torsten Koplin, PDS: Das, was Sie da beschreiben, stimmt doch gar nicht!)

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, wie verlogen dieser verordnete Antifaschismus und der damit einhergehende Internationalismus eigentlich war, zeigt ein Blick in die jüngsten Veröffentlichungen der Birthler-Behörde. Die DDR hat Antifaschismus gefordert und gleichwohl 22.000 ehemalige Nazis und Kriegsverbrecher gedeckt. 11.000 ehemalige Angehörige von Polizei und Sondereinheiten, 8.000 Gestapo- und 3.000 SS-Leute haben im antifaschistischen Musterländle unbehelligt leben können.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –  
Dr. Armin Jäger, CDU: Eben.)

Es waren nicht wenige, es waren nicht einige Dutzend, es waren Hunderte, es waren Tausende. Und auch das gehört zur Wahrheit mit dazu, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Der Staatssicherheit war dies alles bekannt, und nicht nur ihr, auch der Partei- und Staatsführung. Das belegen die Dokumente. Doch statt an einer Verfolgung interessiert zu sein, wurde die Anwerbung ehemaliger Nazis als inoffizielle Mitarbeiter vorgezogen. Und was ich besonders schlimm finde, auch das ist dokumentarisch historisch belegt: Ebenso wurden belastete Naziärzte in den medizinischen Dienst übernommen.

(Rainer Prachtl, CDU: Eine Schande ist das, eine Schandel)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, warum führe ich das nun alles an? Wenn wir die Historie der DDR in den Zusammenhang mit dem hier zu besprechenden Antrag bringen, wird eines klar: Ein historisches Bewusstsein kann nicht politisch verordnet werden. Auch 40 Jahre des indoktrinierten Antifaschismus haben im Bewusstsein der Bevölkerung imaginär keine Wurzeln geschlagen. Was wir brauchen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist eine ehrliche, eine persönliche und eine direkte Auseinandersetzung mit dem Datum des 8. Mai 1945. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke schön, Herr Rehberg.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Friese. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

**Siegfried Friese,** SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Herr Rehberg, zwei notwendige Vorbemerkungen an Ihre Adresse: Den 17. Juni 1953, das heißt den 40. Jahrestag, haben die Sozialdemokraten mit großem Respekt und öffentlich bedacht. Ein Bild ging durch alle großen Zeitungen. Auf denen waren der Bundespräsident Herr Rau, der Präsident des Bundestages Herr Thierse und der Bundeskanzler Herr Schröder zu sehen, wie sie am Mahnmahl für die Opfer des 17. Juni Kränze niedergelegt haben.

(Eckhardt Rehberg, CDU:  
Hier in Mecklenburg-Vorpommern.)

Damit haben Sozialdemokraten dieses Tages in Ehren gedacht.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Eine zweite Vorbemerkung. Natürlich gab es in der DDR Nazis, nur der Unterschied zur alten Bundesrepublik ist doch der, dass diese Nazis keine staatstragende Rolle spielen konnten.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –  
Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU –  
Dr. Armin Jäger, CDU: Ach nee?! –  
Rainer Prachtl, CDU: Was soll denn das?)

Das war doch wohl in den alten Bundesländern anders. Was sollte man denn mit diesen tausenden ehemaligen Nazis machen? Sollte man sie erschießen?

(Martin Brick, CDU:  
Wo haben Sie gelebt damals?)

Das kann doch wohl nicht sein! Schauen Sie sich an, wie Adenauer mit den ehemaligen Nazis umgegangen ist!

(Beifall Beate Mahr, SPD: Richtig. –  
Zurufe von der CDU)

Das Problem liegt doch ganz woanders.

Meine Damen und Herren, Sie entschuldigen diese Vorbemerkung. Ich komme zu meiner Rede.

Der Landtag wird heute beschließen, diesen Jahrestag in angemessener Weise zu begehen. Ich frage mich: Welches ist denn die angemessene Weise, in der wir diesen Tag begehen wollen? Die bisherigen Reden haben mir gezeigt, dass wir ganz unterschiedlich darangehen. Wollen wir den 8. Mai 2005 mit den Ritualen der DDR und damit verbundenen ideologischen Eingrenzungen fortsetzen, ebenso wie mit den Unsicherheiten diesem historischen Datum gegenüber in Westdeutschland? Der Antrag soll bei der jungen Generation das Bewusstsein für Ursachen, Geschichte und Folgen des Krieges schärfen. Jawohl, das wollen wir. Aber sind wir uns hier, die zweite und dritte Nachkriegsgeneration, denn einig in der Bewertung der Ursachen und Folgen? Ich glaube, nein. Deshalb ist die Debatte, die wir unter uns zunächst führen wollen, so unwahrscheinlich wichtig. Die Vorbereitung auf den 8. Mai nächsten Jahres sollte deshalb genutzt werden, bisherige Sichtweisen in Ostdeutschland wie in Westdeutschland zu prüfen und notwendige Neubewertungen

vorzunehmen beziehungsweise als zu lösende Fragen in die öffentliche Debatte zu bringen. Jeder Versuch, jede Form des Verharmlosens, des Relativierens, des Gegen-einandraufrechnens, des Umdrehens von Ursachen und Wirkung wird diesem Tag nicht gerecht.

(Beifall Frank Ronald Lohse, SPD)

Eine große Rede aus deutscher Sicht hat der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985 vor dem Bundestag und dem Bundesrat gehalten. Ich halte diese Rede für wichtig und möchte deshalb die wichtigsten Sätze noch mal ins Bewusstsein bringen, Herr Präsident, wenn ich zitieren darf.

Richard von Weizsäcker sagte Kernsätze wie: „Der 8. Mai ist für uns Deutsche kein Tag zum Feiern. ... Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung.“ Allein dieses hat große Wellen in der alten Bundesrepublik geschlagen. „Wir gedenken insbesondere der sechs Millionen Juden, die ... ermordet wurden. Wir gedenken aller Völker, die im Krieg gelitten haben, vor allem der unsäglich vielen Bürger der Sowjetunion und der Polen, die ihr Leben verloren haben. ... Als Deutsche ehren wir das Andenken der Opfer des deutschen Widerstandes, des bürgerlichen, des militärischen und glaubensbegründeten, des Widerstandes in der Arbeiterschaft und bei Gewerkschaften, des Widerstandes der Kommunisten. ... Den vielleicht größten Teil dessen,“ – so Richard von Weizsäcker weiter – „was den Menschen aufgeladen war, haben die Frauen der Völker getragen.“ Und weiter der Bundespräsident: „Das geheime Zusatzprotokoll“ zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom 23.08.1939 „regelte die bevorstehende Aufteilung Polens. ... Die Sowjetunion nahm den Krieg anderer Völker in Kauf, um sich am Ertrag zu beteiligen.“ Und ein letzter Satz von Herrn Weizsäcker: „Heimatliebe eines Vertriebenen ist kein Revanchismus.“

Mit dieser Rede hat Weizsäcker nicht nur Zustimmung gefunden. Das vereinte Deutschland hat sich aber heute über alle demokratischen Parteien hinweg darauf verständigt, dass diese Rede Aufarbeitung von Geschichte und Wegmarke zugleich ist. Ich werbe dafür, dass diese klaren Worte in Zukunft von allen politischen Lagern als zum geistigen Grundbestand des 8. Mai gehörend anerkannt werden. Diese Übereinstimmung hindert uns ja nicht daran, dass geschichtliche Ereignisse immer von Erfahrungen und persönlichen Prägungen aus betrachtet und bewertet werden. Das wird auch in Bezug auf den 8. Mai 2005 nicht anders sein. Eine vergleichbare partei- und meinungsübergreifende Rede aus der Sicht der DDR und ihr Verständnis des 8. Mai hat es nicht gegeben.

Die Erfahrungen der Menschen im geteilten Deutschland mit dem 8. Mai waren sehr unterschiedlich. Westdeutsche verbanden mit dem 8. Mai 1945 zwiespältige Gefühle. Für die meisten war er der Tag, an dem der Krieg aufhörte und endlich der Frieden Einzug hielt. Darüber waren alle glücklich. Der 8. Mai war auch der Tag, an dem das NS-Schreckensregime sein Ende fand. Als Tag der Befreiung wurde er jedoch nicht von allen empfunden. Wer seine Heimat in Hinterpommern, Ostpreußen oder Schlesien verloren hatte, empfand dieses nicht als Befreiung, sondern als schmerzlichen Verlust.

Das Gefühl, verloren zu haben, war aber auch in Westdeutschland ausgeprägt. Der 8. Mai wurde in der alten Bundesrepublik, soweit ich das beurteilen kann, eher als Tag der größten Niederlage Deutschlands, als Tag der bedingungslosen Kapitulation, als Tag des vollständigen

Verlustes der deutschen Souveränität gesehen. Der 8. Mai war für viele Westdeutsche auch deshalb kein Tag der Befreiung, weil das Land an diesem Tag vollständig von fremden Truppen besetzt war. Im Osten standen die Sowjets, vor denen man Angst hatte und über die allerlei Berichte über tatsächliche oder vermeintliche Gräueltaten umgingen. Im Westen standen die Engländer und US-Amerikaner, die zwar als zivilisiert galten, aber dennoch eher Besatzer als Befreier waren. Als Befreier galten auch nicht die Franzosen, die zwar weniger als die Sowjets gefürchtet waren, aber deshalb noch lange nicht geschätzt wurden.

An den 8. Mai wollte man in Zeiten des Wirtschaftswunders nur noch ungern erinnert werden. Wer dieses Tages gedachte, tat dies mit dem Gefühl der Trauer und des Unwohlseins, nicht aber in dem Bewusstsein, damals die Freiheit gewonnen zu haben. Die 68er sprengten diese Betrachtungsweise und fragten schonungslos nach der Schuld der Väter und den Versäumnissen staatlicher Aufarbeitung faschistischer Zeit.

Im Unterschied zu dieser breit gefächerten Empfindungsweise des 8. Mai in Westdeutschland war der Tag der Befreiung, wie er offiziell hieß, in der DDR in seiner politischen Bedeutung vom Staat klar und eng definiert und wurde in pathetischen Ritualen gefeiert. Die Sowjetunion war Befreier, die Rote Armee die Heldenarmee. Den Alliierten kam bestenfalls eine Statistenrolle zu, aber – auch das muss man sehen – Verursacher der Verbrechen waren nicht zuerst die Deutschen, sondern war der Hitlerfaschismus. Und die DDR in ihrem Selbstverständnis als antifaschistischer Staat gehörte bald mit zu den Bezwingern des Faschismus. Der enge Kreis war geschlossen und man konnte in der DDR den Tag der Befreiung mitfeiern. Einige Verfolgte zu Recht, aber die Mehrheit des Volkes in der DDR gehörte nicht dazu.

Ein Vertriebenenproblem gab es in der DDR nicht. Die Mütter und Frauen der Gefallenen deutschen Soldaten hatten keinen Ort der Trauer. Das Ausblenden der menschlichen Dimension aus dem Ereignis des 8. Mai, seiner Vorgeschichte und seinen Folgen führte zu einer weiteren Entfremdung der Staatsführung der DDR zum Empfinden des Volkes, dessen Menschen in seiner Mehrheit eben nicht Antifaschisten waren.

Zu den unbewältigten Kapiteln dieser deutschen Geschichte gehört auch die Frage nach dem Anteil der Parteien der Weimarer Republik am Scheitern der ersten deutschen Demokratie. Natürlich trugen auch die Kommunisten zum Untergang Weimars bei. Darüber wurde in der DDR am 8. Mai nie gesprochen. Diese Auseinandersetzung mit der Schuld, die die KPD wie andere demokratische Parteien und natürlich auch die SPD auf sich geladen haben, gehört zur angemessenen Weise der Würdigung des 8. Mai, wie wir sie uns vorgenommen haben.

In Aufmärschen und festlichen Staatsakten feierte die Staatsführung der DDR mit Vertretern der Roten Armee diesen Sieg, während wir als das Volk entweder daneben standen oder diesen arbeitsfreien Tag auf unserer Datsche verbrachten. Nach Aufhebung der Arbeitsfreiheit des 8. Mai Anfang der 80er Jahre blieben die Rituale und ideologischen Prämissen unverändert. Das Volk aber fragte angesichts zunehmender wirtschaftlicher Probleme nach dem Sinn des Wortes „Befreiung“ und warum Befreiung Ausgangspunkt neuer Unfreiheit war und als solche nicht enden wollte.

Der Dramatiker Heiner Müller hat den Antifaschismus der DDR-Führung und das ihr eigene Zeremoniell der Befreiung, die von einer neuen Generation als Perversion empfunden wurde, in die Worte gefasst: Der „verordnete Antifaschismus“ der DDR „war ein Totenkult. Eine ganze Bevölkerung wurde zu Gefangenen der Toten. Durch den nachträglichen Gehorsam der überlebenden Besiegten gegenüber den siegreichen Toten der Gegenpartei“ – nach dem Modell Friedrich des Zweiten, der nach seiner Zähmung ein wirklicher Soldatenkönig wurde – „verloren die Toten des Antifaschismus ihre Aura.“

Nein, die DDR und wir Bürgerinnen und Bürger haben den 8. Mai 1945 in seiner vielschichtigen Bedeutung nicht verarbeitet beziehungsweise verarbeiten können. Wie oft in unserer deutschen Geschichte liegen in der Würdigung des 8. Mai aber positive Ansätze und historisch weniger richtig Gelungenes dicht nebeneinander. Der staatlich verordnete Antifaschismus der DDR mag als eben verordnet und als Element der Diktatur des Proletariats empfunden werden. Faktisch trug er dazu bei, dass Antifaschismus Staatsdoktrin war, Nationalsozialisten des Dritten Reiches aus öffentlichen Ämtern entfernt und soweit mit Schuld beladen von Gerichten verurteilt wurden. Politisch Verfolgte wurden materiell entschädigt.

Der Wahrheit ins Auge des gesamten Deutschlands schauen heißt auch, nicht zu vergessen, dass – und ich zitiere – „nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland 1949 die Opfer der Nazidiktatur und ihre Angehörigen noch jahrelang von Sozialhilfe lebten, als Naziwitwen bereits hohe Renten bezogen“. So Hildegard Hamm-Brücher 1995 in der Evangelischen Akademie Weimar.

Meine Damen und Herren, zur angemessenen Würdigung des 8. Mai im nächsten Jahr gehört auch die Kenntnisnahme aktuell anwachsender Erinnerungsflut von Medienprodukten zum Dritten Reich. In immer größer werdender Vielzahl bringen Fernsehanstalten, Verlage und auch das Kino historische Bruchstücke der Nazizeit und ihrer Figuren und Vorgänge ins öffentliche Bewusstsein. Das ist zunächst begrüßenswert, aber auch problematisch, wenn zum Beispiel von den Filmbildern eines Diktators, der liebevoll seinen Schäferhund tätschelt und nach dem Essen dezent die Lippen mit der Serviette abtupft, eine Intimität ausgeht, die den Mythos des teuflischen Ungeheuers gefährlich ins Wanken bringt. Und machen wir uns nichts vor, die gekonnten Filmaufnahmen von Massenaufritten und Paraden der Nazis, die Leni Riefenstahl drehte, haben nicht nur in der Nazizeit ihre Faszination gehabt. Sie wirken auch heute und oft heroisierend.

Meine Damen und Herren, zum Vorhaben der PDS und SPD, den 8. Mai angemessen zu würdigen, gehört auch die Frage, warum auf die Befreiung von der Nazidiktatur in Deutschland eine erneute Diktatur folgen musste, die von heute betrachtet eben nicht die richtigen Lehren aus dem Kapitel Deutschland 1933 bis 1945 zog. Mit dem 8. Mai 1945 begann für deutsche Sozialdemokraten zuerst durchaus noch freiwillig, dann aber repressiv und gewaltsam von Seiten der KPD die dritte Verfolgung in der über hundertjährigen Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Wir Sozialdemokraten wollen deshalb am Tag der Befreiung nicht ausblenden, dass an diesem Tag politisch Andersdenkende in der sowjetischen Besatzungszone und ab 1945 in der DDR von eben diesem DDR-Machtapparat verfolgt wurden.

Meine Damen und Herren, nach allen Unterschieden in der Sicht auf den 8. Mai in Ost und West wird aber auch

dieses deutlich: Die Auseinandersetzung und der verantwortliche Umgang mit unserer Geschichte, die Annahme der historischen und politischen Verantwortung ist gewachsen, so dass wir heute sagen können, die freiheitlich-demokratische Grundordnung, das Bekenntnis zu unveräußerlichen, unverletzlichen Menschenrechten, zu Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit in der offenen Gesellschaft sind Grundlage der politischen Kultur in der Bundesrepublik Deutschland. Artikel 1 unseres Grundgesetzes wird heute angenommen. Das ist die Botschaft, die es zu verteidigen gilt. Der politische Auftrag, den wir mit dem 8. Mai verbinden, ist mit dem Artikel 1 unseres Grundgesetzes hinlänglich formuliert. Wir müssen uns diesem Auftrag alle Tage wieder stellen. Das Wiederaufstellen bereits einmal abgeräumter Heldendenkmäler der Roten Armee mag demgegenüber zurücktreten. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD  
und Dr. Martina Bunge, PDS)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke schön, Herr Friese.

Es hat jetzt noch einmal das Wort für die Fraktion der PDS der Abgeordnete Herr Ritter. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

**Peter Ritter**, PDS: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Werter Herr Rehberg, sicherlich hat jeder von uns hier im Raum über seine Familie Beziehungen zu dem, was 1945 und später stattgefunden hat. Mein Vater wurde in Danzig geboren, musste als 18-Jähriger an die Ostfront und kam erst 1949 aus der Gefangenschaft wieder zurück. Ich bin froh, dass mir ein solches Schicksal erspart geblieben ist, und ich will, dass auch meinem Sohn ein solches Schicksal erspart bleibt. Insofern haben Sie Recht, wenn Sie eine ehrliche Auseinandersetzung fordern. Das, was Sie hier aber getan haben, war nicht mehr als eine Schwarz-Weiß-Malerei, die dem Anliegen nicht gerecht wird.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich hätte mir in Ihrem Redebeitrag, Herr Rehberg, schon gewünscht, auch etwas darüber zu hören, wie Sie sich angesichts der aktuellen Wahlerfolge von NPD und DVU stärker mit dem Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern auseinander setzen wollen. Leider habe ich davon nichts gehört.

(Gesine Skrzepski, CDU: Aber auch mit dem  
Linksextremismus! – Wolfgang Riemann, CDU:  
Davon reden wir nicht.)

Das war nun wieder weit unter der Gürtellinie.

Eine Bemerkung zu den Demonstrationen, zu den angesprochenen Montagsdemonstrationen, Herr Ministerpräsident.

(Wolfgang Riemann, CDU:  
Darüber reden wir nicht.)

Ich habe mich gefreut, in Neubrandenburg miterleben zu können, wie sich die Jugendorganisationen von SPD und PDS gemeinsam auf dem Marktplatz positioniert haben, und zwar so, dass von den Nazis in Neubrandenburg bei den Anti-Hartz-Demonstrationen nichts zu sehen und zu hören war.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS,  
und Torsten Koplín, PDS)

Das war Zivilcourage und die erwarte ich von uns allen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in den letzten Tagen wurde aus Anlass des 10. Jahrestages des In-Kraft-Tretens unserer Landesverfassung viel über die Verfassung und Verfassungsänderungen geredet. Das hauptsächliche Interesse findet dabei offenbar die Verlängerung der Legislaturperiode auf fünf Jahre. So habe man mehr Zeit, sich hier im Landtag mit Politik zu befassen. Abgesehen davon, dass ich bisher immer davon ausgegangen bin, dass wir alle vom ersten Tag an hier intensiv Politik betreiben, reicht mir nur eine solche Verfassungsänderung bei weitem nicht aus.

Mein Kollege Andreas Bluhm hat in seiner Festrede am Montag aus Sicht der PDS erneut vorgeschlagen, eine antifaschistische Klausel in die Landesverfassung aufzunehmen. Demnach sollten Handlungen, die in der Absicht vorgenommen werden, rechtsextremes oder neofaschistisches Gedankengut zu verherrlichen oder zu verbreiten, als verfassungswidrig erklärt werden.

(Dr. Armin Jäger, CDU, und  
Eckhardt Rehberg, CDU:  
Das ist verfassungswidrig.)

Ich möchte diesen Vorschlag heute hier erneut unterbreiten. Ich bin mir darüber im Klaren, Herr Dr. Jäger, dass auch eine solche Klausel, die das noch einmal in der Landesverfassung verdeutlicht,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Nein,  
das ist verfassungswidrig! Es ist  
verfassungswidrig, Herr Ritter!)

kein Allheilmittel im Kampf gegen den Rechtsextremismus ist. Aber sie wäre aus unserer Sicht ein wichtiges und deutliches Zeichen und deshalb bitte ich Sie noch einmal alle, diesen Vorschlag ernsthaft zu prüfen.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS,  
und Birgit Schwebs, PDS)

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir schon heute wissen, dass Rechtsextreme für den 8. Mai in Rostock und für den 8. Mai in Berlin Demonstrationen und Aufmärsche angemeldet haben,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, richtig.)

dann ist doch dringender Handlungsbedarf geboten. Und deshalb muss ich hier mit Bedauern und Unverständnis zur Kenntnis nehmen, dass Sie den Antrag ablehnen. – Danke schön.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS,  
und Torsten Koplín, PDS –  
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke schön, Herr Ritter.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf der Drucksache 4/1407. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 4/1407 bei

Zustimmung durch die Fraktionen der SPD und PDS und des fraktionslosen Abgeordneten Dr. Bartels sowie Gegenstimmen durch die Fraktion der CDU angenommen.

Die beiden Koalitionsfraktionen sind damit einverstanden, an dieser Stelle noch nicht in die Mittagspause einzutreten.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 16:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Kinder- und Jugend-Gesundheitsvorsorgeinitiative des Landes Mecklenburg-Vorpommern – Rauchfreie Schule als erster Schritt, auf der Drucksache 4/1410.

**Antrag der Fraktion der CDU:  
Kinder- und Jugend-Gesundheitsvorsorgeinitiative des Landes Mecklenburg-Vorpommern –  
Rauchfreie Schule als erster Schritt  
– Drucksache 4/1410 –**

Das Wort zur Begründung des Antrages hat der Abgeordnete Herr Schubert von der Fraktion der CDU. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

**Bernd Schubert, CDU:** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Gesundheit unserer Kinder und Jugendlichen geht uns alle an, denn sie stellen die Zukunft unseres Landes dar. Aber nicht nur das Land Mecklenburg-Vorpommern ist krank, sondern auch dessen Nachwuchs. Ganz besonders Alkohol und Nikotin, aber auch illegale Partydrogen gefährden die Gesundheit der heranwachsenden Generation. Da können wir, meine Damen und Herren, nicht tatenlos zusehen. Daher fordert die CDU-Fraktion eine Gesundheitsinitiative für Kinder und Jugendliche. Heutzutage greifen bereits Zwölfjährige oder noch jüngere Kinder zur Zigarette oder zu anderen Suchtmitteln. Dieser frühe Einstieg in die Sucht gefährdet die Entwicklung der Heranwachsenden und führt nicht selten zu einer lebenslangen Abhängigkeit.

Nicht wenige von Ihnen, meine Damen und Herren, haben in der letzten Zeit mit dem Rauchen aufgehört – ich eingeschlossen –

(Beifall Gesine Skrzepski, CDU)

und wissen, wie schwer es ist, dies durchzuhalten. Daher müssen wir verhindern, dass so junge Menschen überhaupt erst damit beginnen. Das heißt, man muss nicht nur die Symptome behandeln, sondern deren Ursachen. Und die Ursache hierbei ist nicht, dass Kinder und Jugendliche zur Zigarette oder zu anderen Suchtmitteln greifen, das sind nur die Symptome, sondern wie sie da rankommen und was sie dazu bewegt. Es kann doch nicht sein, dass Zwölfjährige ohne Probleme an Zigaretten und andere Drogen kommen, obwohl es laut Jugendschutzgesetz erst mit 16 möglich sein sollte. Meiner Meinung nach ist hierbei die Vorbildwirkung jedes Einzelnen sehr, sehr wichtig. Da nützen auch keine erhöhten Zigarettenpreise, der Nikotinkonsum steigt dennoch stetig.

Daher fordern wir die Landesregierung auf, unverzüglich eine landesweite Kinder- und Jugendgesundheitsvorsorgeinitiative zu starten. Damit verbunden sein sollen:

1. rauchfreie Schulen, auch für Lehrer, um deren Vorbildwirkung zu unterstützen
2. eine Trendwende für das Rauchereinstiegsalter bis 2006
3. die Senkung der Raucherquote bei Jugendlichen in Mecklenburg-Vorpommern um 25 Prozent bis zum Jahre 2010

Dies soll ein erster Schritt sein, die Gesundheit der Kinder und Jugendlichen dieses Landes zu schützen, denn immer mehr jüngere Menschen erkranken an typischen Alterserkrankungen wie Altersdiabetes oder Atemwegserkrankungen. Dem kann allerdings nur entgegengewirkt werden, wenn wir die Heranwachsenden motivieren, aktiv etwas für ihre Gesundheit zu tun, das heißt in erster Linie, Sport zu treiben, für gesunde Ernährung zu sorgen und dem Konsum von Drogen abzuschwören. Besonders für die zukünftige Entwicklung unseres Landes ist es wichtig, die Gesundheit der arbeitenden Generation von morgen zu schützen und zu verbessern, denn nur gesunde Kinder und Jugendliche von heute werden gesunde Erwachsene und Arbeiter von morgen sein. Wenn allerdings bereits heute die neuen Generationen durch Nikotinkonsum erkranken, können wir nur angsterfüllt in die Zukunft schauen. Daher fordern wir die rauchfreie Schule als ersten Schritt in die richtige Richtung.

Warum soll es in einer Einrichtung, die in erster Linie zur Bildung und zum Erwerb sozialer Kompetenzen vorgesehen ist, möglich und nötig sein zu rauchen? Schüler sollten anders gefordert und gefördert werden als mit dem Betätigen des Feuerzeugs und dem Heraussuchen der Zigaretten. Schüler sollten in der kurz bemessenen Zeit zwischen dem Lernen und Stillsitzen und dem nächsten Pausenklingeln Besseres zu tun haben, als in einer Ecke des Schulhofes zu stehen. Schüler sollten gesündere Alternativen haben, als in riesigen blauen Nebelschwaden ihre Pausen zu verbringen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ihnen diese Alternativen und sinnvollere Zeitvertreibe aufzuzeigen, ist in erster Linie Aufgabe der Erwachsenen. Wenn allerdings selbst die Lehrer und andere Vorbildpersonen diese Rolle nicht übernehmen können oder wollen, da sie selbst in Anwesenheit der Schüler ihrer Sucht fröhnen, kann es jeder verstehen, dass Schüler gleichberechtigt behandelt werden wollen. Daher fordert die CDU-Fraktion ein generelles Rauchverbot auf dem gesamten Schulgelände nicht nur für Schüler, sondern auch für Lehrer, eine rauchfreie Schule für gesündere Schüler!

Da die bisherigen Aktivitäten der Landesregierung keinen befriedigenden Erfolg erzielten, im Prinzip gleich null waren, stiegen die Krankheitskosten insbesondere bei Kindern und Jugendlichen ins Unermessliche. Dem kann man nur mit einem vernünftigen Konzept zur Prävention entgegenwirken. Aufklärung in Schulen und Freizeiteinrichtungen, vielleicht sogar schon in Kindergärten, gemeinsam mit dem Projekt „Rauchfreie Schule“ werden dabei helfen, langfristig etwas gegen die wachsenden Ausgaben durch erhöhte Atemwegserkrankungen bei immer Jüngeren zu tun.

Meine Damen und Herren, wir dürfen nicht länger zusehen, wie die heranwachsenden Generationen unsere Laster übernehmen. Es ist an der Zeit, endlich umzudenken, etwas gegen die Verschlechterung des Allgemeinzustandes unserer Kinder und Jugendlichen zu tun. Asthma und Allergien sind heute in jeder Familie, ja sogar bei Neugeborenen ein Thema und lassen sich auf die stetig steigenden Belastungen im Umfeld der Kleinsten zurückführen. Dem können wir nur entgegenwirken, wenn in der Einrichtung, in der die Kinder und Jugendlichen des Landes fast 50 Prozent ihrer Zeit verbringen, ein generelles Rauchverbot herrscht. Nur so ist es gewährleistet, dass sie nicht ständig mit Nikotin und den damit verbundenen Giften konfrontiert werden. Gesundheit sollte eine Selbstver-

ständlichkeit, aber auch ein hohes Gut für jeden Menschen sein. Enthalten wir sie auch unseren Folgegenerationen nicht vor, nur weil wir sie eventuell bereits durch gewisse Süchte aufgegeben haben! Daher stimmen Sie unserem Antrag zu und setzen sich ein, dass die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns die Gesundheit unseres Landes und ganz besonders der jungen Generation nicht auf die leichte Schulter nimmt! Zeigen Sie, meine Damen und Herren, Ihr Engagement im Kampf gegen Sucht und Krankheit mit nur einer Handbewegung, indem Sie zustimmen!

(Torsten Koplín, PDS: Sind die Leute jetzt alle rauchen gegangen? – Holger Friedrich, SPD: Aber die müssen auch zustimmen, die aus der CDU. Die rauchen alle draußen.)

Stimmen Sie für die rauch- und qualmfreie Schule und sagen wir gemeinsam den stinkenden blauen Nebelschwaden an den Bildungseinrichtungen des Landes den Kampf an! – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke schön, Herr Abgeordneter Schubert.

Im Ältestenrat ist eine Aussprache mit einer Dauer von jeweils zehn Minuten für jede Fraktion vorgesehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erster hat ums Wort gebeten der Minister für Ernährung, Landwirtschaft, Fischerei und Forsten Herr Dr. Backhaus. Bitte schön, Herr Minister, Sie haben das Wort.

(Beate Mahr, SPD: Die sind alle beim Tabakanbau. – Heiterkeit bei Holger Friedrich, SPD)

**Minister Dr. Till Backhaus:** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich darf an dieser Stelle die Sozialministerin vertreten, die sich auf der Arbeits- und Sozialministerkonferenz befindet. Ich bitte Sie um Verständnis, dass ich diesen Redebeitrag im Wesentlichen natürlich auch so, wie er aus dem Sozialministerium vorbereitet worden ist, halte.

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU: Wenn Sie zustimmen, ist das okay. Wenn Sie zustimmen, ist das okay.)

Ich kann Ihnen nur eins sagen, meinen persönlichen Beitrag für dieses Thema habe ich vor gut zehn Jahren geleistet und habe aufgehört zu rauchen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Torsten Koplín, PDS: Das ist was! – Zuruf von Torsten Renz, CDU – Heinz Müller, SPD: Seitdem sieht er viel blühender aus. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Insofern ist es so, wenn man sich diese Intention des Antrages anschaut, dann ist doch klar, das ist eben von Herrn Schubert schon gesagt worden, Prävention muss zur nationalen Aufgabe werden und im direkten Lebensumfeld der Menschen verankert werden. Das muss unser gemeinsames Ziel sein. Das heißt eben ausdrücklich auch Gesundheitsförderung und Prävention müssen in den Kindergärten – ich fange mal ein Stückchen vorher an –, in den Familien beginnen, in den Kindergärten weitergeführt werden durch die Schulen, an den Arbeitsstellen und natürlich ausdrücklich im öffentlichen Bereich unserer Städte

und Gemeinden angesiedelt und auf gemeinsame Ziele ausgerichtet werden. Das sagte nicht die Opposition, sondern das sagte die Bundesministerin für Gesundheit Ulla Schmidt, und zwar am 20. Oktober 2004, und ein paar Sachen habe ich einfach dazugesetzt.

In dem noch im Jahr 2005 zu verabschiedenden Präventionsgesetz, das wissen Sie auch, Herr Schubert, sollen drei wesentliche Handlungsfelder abgegolten werden:

Erstens. Auf der Bundesebene sollen 20 Prozent der 152 Milliarden Euro Gesamtmittel verwendet werden. Durch eine Stiftung der Sozialversicherungsträger sollen Präventionsziele und Qualitätssicherung geregelt, Modellprojekte und gegebenenfalls ergänzende Maßnahmen im Einvernehmen mit den Ländern geregelt sowie bundesweite Kampagnen durchgeführt werden. Ich glaube, das sind Ansätze, die auch von der Opposition ausdrücklich befürwortet werden.

Zweitens. Der Landesebene werden 40 Prozent der Gesamtmittel aus diesem Stiftungsvermögen zugewiesen. Hier werden dann unter anderem Aktivitäten gemeinsam mit den Sozialversicherungsträgern und in den Regionen zusammengeführt. Künftig werden im Übrigen Kranken-, Renten-, Unfall- und Pflegeversicherung gemeinsam mit den Ländern entscheiden, welche Maßnahmen die Präventionsziele am besten erreichen können. Den spezifischen Bedarfslagen wird dann auch in diesem Rahmen Rechnung getragen. Diese Arbeit organisieren die Länder in der Zukunft selbst.

Drittens. Der Ebene der Sozialversicherungsträger werden ebenfalls 40 Prozent der Gesamtmittel zugewiesen. Diese bewährten Maßnahmen der individuellen Verhaltensprävention und Maßnahmen der betrieblichen Gesundheitsförderung sollen auf die Präventionsziele ausgerichtet und weiterhin eigenverantwortlich von den Sozialversicherungsträgern erbracht werden. Ich komme nachher auch noch auf ein paar interessante Zahlen, die aus meiner Sicht deutlich machen, was gerade in den nächsten Wochen und Monaten getan werden muss.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, seit langem fordern Gesundheitsexperten ein Präventionsgesetz, und nicht nur die Gesundheitsexperten, sondern natürlich auch andere. Prävention und Gesundheitsförderung müssen aufgewertet und ausgebaut werden, um Vorrang vor Kuration, Rehabilitation und Pflege zu erhalten. Der Grundsatz „Vorbeugen ist besser als Heilen“ stammt schließlich aus der Medizin. Er fordert – und das erfordert auch einen Paradigmenwechsel in unserem Gesundheitssystem, das heißt im deutschen Gesundheitswesen –, das leider noch dominierende Krankheitsansatzsystem muss zunehmend durch den Gesundheitsansatz verändert werden.

Auf der 77. Gesundheitsministerkonferenz am 17. und 18. Juni dieses Jahres wurde man sich parteiübergreifend einig, dass Prävention und Gesundheitsförderung als eigenständige und gleichwertige Säulen im Gesundheitswesen zu etablieren sind. Es wurde eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe eingerichtet, die ein gemeinsames Eckwertepapier für ein Präventionsgesetz zu erarbeiten hat. Bereits im Sommer 2003 hat die Bundesregierung ein Präventionsgesetz angekündigt. Die Verhandlungen zwischen Bund, Ländern und Sozialversicherungsträgern haben sich doch schwieriger gestaltet, als erwartet war, insbesondere bezüglich der Aufgabenverteilung und Abgrenzung der Zuständigkeit. Dieses ist jetzt aber wohl

im Wesentlichen ausgeräumt, so dass es jetzt vorwärts gehen wird.

(Torsten Renz, CDU: Na, na, da hab ich meine Zweifel!)

Nun haben sich die genannten Beteiligten gemeinsam mit vielen wichtigen Akteuren ...

(Torsten Renz, CDU: Die haben so viele Probleme, die kommen gar nicht zu dem Thema.)

Ja, hören Sie mal zu, Herr Renz!

(Torsten Renz, CDU: Die haben so viele Probleme, die werden das weiter verschleppen.)

Man hat sich mittlerweile geeinigt, so dass man sich jetzt in die gleiche Richtung bewegt. Der Zug in Richtung Prävention hat endlich Fahrt aufgenommen. Von daher kommt der Antrag der Opposition einfach ein bisschen spät.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Er hinterlässt den Eindruck, als wollte man hier Trittbrettfahrern glauben machen, man sei selbst die Lokomotive. Die Lokomotive ist auf dem Weg.

Was unternimmt denn nun die Landesregierung, meine sehr geehrten Damen und Herren?

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU)

In Ihrem Antrag zur Kinder- und Jugendvorsorgeinitiative laufen Sie der Landesregierung jedenfalls offene Türen ein. Kinder- und Jugendgesundheit liegt uns schon immer sehr am Herzen und dazu haben wir auch Initiativen unterschiedlicher Zielrichtungen auf den Weg gebracht. Unbestritten sein dürfte, der Tabakkonsum ist die Gesundheitsgefährdung Nummer eins in der gesamten industrialisierten Welt, so auch in Deutschland und insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern.

Umfragen nicht nur hier im Lande, sondern europa- und weltweit, bestätigen, Kinder beginnen durchschnittlich, man darf sich das noch mal auf der Zunge zergehen lassen, in einem Alter von zehn bis zwölf Jahren mit dem Rauchen. Und das ist leider, betone ich ausdrücklich, in Mecklenburg-Vorpommern so. Zumindest in unserem Land ist es auch so. Grundlagenforscher haben festgestellt, weil der Körper dieser jungen Menschen noch nicht ausgereift ist, reagiert das jugendliche Gehirn auf Drogen besonders empfindlich, gleichgültig, ob es sich nun um Nikotin, Alkohol, Cannabis oder andere Drogen handelt. Es ist auch mittlerweile bestens dokumentiert, aus dem Konsumverhalten und den Lebensgewohnheiten der heutigen Kinder und Jugendlichen resultiert schließlich ein hoher Gesundheitskostenablauf in den nächsten 20 bis 30 Jahren.

Auf der Kindergesundheitskonferenz 2003 wurden vier prioritäre Gesundheitsziele für Kinder und Jugendliche festgelegt:

1. Bewegungsförderung
2. Förderung des richtigen Ernährungsverhaltens  
Auch dies ist ja hier schon angesprochen worden.
3. Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Gesundheitsförderung in der Schule  
Ich glaube, da haben wir gerade auch mit dem, was wir in den letzten Stunden diskutiert haben, einen wichtigen Beitrag geleistet.

#### 4. Stärkung und Fähigkeit zur Stressbewältigung, hierin enthalten auch die Suchtvorbeugung

Ich will hier nur einige wichtige Programme nennen. Da gibt es unter anderem das Kooperationsprogramm „Gemeinsam Sport in Schule und Verein“ sowie die Modellprojekte „Sport, Jugend, Kinder“ oder „Bewegte Kinder“. Es wird mit dem Ziel durchgeführt, die Bewegungsförderung im Vorschulalter schrittweise zu verbessern und zu erhöhen. Auf der Grundlage des Gesetzes zur Sportförderung werden jährlich immerhin 8,2 Millionen Euro zur Unterstützung sportlicher Aktivitäten in Mecklenburg-Vorpommern zur Verfügung gestellt.

(Beifall Detlef Müller, SPD)

Das ist ja auch kein Pappentier.

Zur Verbesserung des Ernährungsverhaltens werden mit der Deutschen Gesellschaft für Ernährung, in deren Programm wir natürlich auch sehr eng eingebunden sind als Landwirtschaftsministerium, Aktivitäten umgesetzt. Das gilt auch für die Verbraucherzentrale. Dies alles dient zur Vorbeugung der Folgen von Übergewicht und Bewegungsmangel bei unseren Kindern und Jugendlichen. Insofern sind Sport, Bewegung und gesunde Ernährung Hauptthemen, um natürlich auch die Kosten im zukünftigen Gesundheitssystem weiter in den Griff zu bekommen.

Das gemeinsam vom Sozialministerium und von der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten mit jährlich immerhin 75.000 Euro finanzierte Projekt zur Prävention von Essstörungen hier in Schwerin sei ebenfalls an dieser Stelle genannt. Im Rahmenplan für die zielgerichtete Vorbereitung von Kindern in Kindertageseinrichtungen auf die Schule vom 1. August 2004 nimmt die Bewegungserziehung einen außerordentlich wichtigen Platz ein.

Meine Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen, es hieße, Eulen nach Athen zu tragen, wollte ich hier über die Strukturen der Suchtprävention im Land referieren. Federführend ist, wie Sie sicherlich alle wissen, die Landeskoordinierungsstelle für Suchtvorbeugung LAKOST.

Gibt es jetzt eine Frage?

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Ja, Herr Minister.

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Herrn Renz?

**Minister Dr. Till Backhaus:** Ja, Herr Renz, dann mal los!

**Torsten Renz,** CDU: Ich bedanke mich, Herr Minister. Ich werde auch bei meiner Fragestellung Rücksicht nehmen, dass es nicht unbedingt ...

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Herr Renz, keine Kommentare! Bitte die Frage.

**Minister Dr. Till Backhaus:** Wir sind hier nicht in der Schule, Herr Renz.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

**Torsten Renz,** CDU: Sehr geehrter Herr Minister, der Antrag lautet: „Kinder- und Jugend-Gesundheitsvorsorgeinitiative des Landes Mecklenburg-Vorpommern – Rauchfreie Schule als erster Schritt.“ Könnten Sie aus Ihrer Sicht mal darstellen, wie Sie den momentanen Stand an unseren Schulen bezogen nur auf die Problematik „Rauchfreie Schule“ sehen?

**Minister Dr. Till Backhaus:** Ja, das werden Sie nachher gleich noch hören, wenn Sie einen Augenblick Platz

nehmen. Darauf komme ich jetzt gleich, weil ich auch der Auffassung bin, dass ich das, was in anderen Regionen Deutschlands zu dem Thema gemacht wird, das Freiwilligkeitsprinzip, mit den Schulen, mit den Eltern in eine solche präventive Entwicklung einzutreten, für richtig halte. Auf der anderen Seite wissen Sie als Lehrer das ja auch ganz genau, insofern werden Sie mich hier nicht aufs Glatteis bewegen.

(Dr. Ulrich Born, CDU:

Dazu ist es auch viel zu warm.)

Sie wissen, dass die Direktoren der Schulen ausdrücklich nach dem Schulgesetz – und sie machen ja vom Hausrecht sowohl auf den Schulhöfen als auch in den Schulen Gebrauch – heute das Rauchen in den Schulen, auf den Schulhöfen bereits untersagen können. Leider ist es so, dass davon vielleicht nicht in umfassendem Maße Gebrauch gemacht wird. Aber auf der anderen Seite glaube ich auch, dass wir Aufklärung und diese präventiven Aktivitäten weiter verstärken müssen, um auf das Freiwilligkeitsprinzip zu setzen, in der Hoffnung, dass das im Bewusstsein deutlich wird, dass man seine eigene Gesundheit durch Konsum von Nikotin, Alkohol oder anderen Drogen aufs Spiel setzt. Ich hoffe, Sie haben mich verstanden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Heiterkeit und Zuruf von Gabriele Schulz, PDS)

Und deswegen würde ich, wenn ich darf, Herr Renz, fortführen, und zwar in der Rede der Sozialministerin. Ich will hier ausdrücklich betonen, dass wir in der Prävention im Lande mit den Krankenkassen, der Ärztekammer, der GEW, diversen Forschungseinrichtungen des Landes, der Industrie- und Handelskammer sowie dem Sozial-, Bildungs- und Landwirtschaftsministerium intensiv zusammenarbeiten. Dieses Bündnis gibt sich jährlich Aufgabenschwerpunkte. Es setzt sich für Rauchverbote in der Öffentlichkeit, so in Verwaltungsgebäuden, in Kliniken und natürlich ausdrücklich in Schulen, ein.

Unterstützt wird schon seit Jahren das Schulprojekt „Be smart – don't start“, das in Deutschland entwickelt wurde und inzwischen europaweit großen Anklang gefunden hat. Den Schulen ist der Entwurf einer Hausordnung zur Verfügung gestellt worden, die gemeinsam mit dem Bildungsministerium erarbeitet worden ist. Das habe ich Ihnen im Wesentlichen schon gesagt. Die Aktion „Rauchen und Schwangerschaft“ will ich hier ausdrücklich noch mal ansprechen.

(Zuruf von Holger Friedrich, SPD)

Diese soll dazu beitragen, dass bereits Schäden von Kindern abgewendet werden, bevor sie geboren werden. Leider müssen wir immer noch konstatieren, dass rund die Hälfte aller Kinder in Deutschland zum passiven Rauchen verdammt ist, nur weil rauchende Eltern den Kindern dieses vormachen.

(Holger Friedrich, SPD: Jaja.)

Ich halte das nicht für richtig. Im KiföG wurde verankert, dass aus Gründen der Gesundheitsfürsorge und -vorsorge und der Suchtvorbeugung in Räumen, die von Kindern genutzt werden, nicht geraucht werden darf. Ich glaube, das ist auch ein richtiger und wichtiger Ansatz.

Nicht weniger aktiv ist die Landesregierung bei der Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen in der Alkoholprävention. Die Verstärkung des Jugendschutzes durch

das Gesetz zum Schutz junger Menschen vor Gefahren des Alkohol- und Tabakkonsums wurde von uns ausdrücklich begrüßt. Die Sondersteuer für die Alkopops zeigt, wie Sie hoffentlich auch wissen, bereits deutliche Wirkung, ebenso die Steuererhöhung auf Zigaretten. Insofern ist das, glaube ich, ein richtiger Weg.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Das Projekt des Bundes wird mit Unterstützung des Landes an zwei Standorten – in Rostock und Greifswald – verwirklicht. Dem Land wurden 262.532 Euro vom Bund für dieses Projekt zur Verfügung gestellt. Am 2. Dezember findet zu diesem Projekt und zu den so genannten Alkopops eine Tagung statt, die von LAKOST durchgeführt wird. Ich darf Sie im Namen der Sozialministerin herzlich einladen, daran teilzunehmen.

Außerdem haben wir das Projekt der Bertelsmann-Stiftung – ich glaube, das ist auch noch mal ein wichtiger Hinweis –, die Aktion „Anschub.de“ nach Mecklenburg-Vorpommern holen können. Hier beteiligt sich die Bertelsmann-Stiftung mit jährlich 100.000 Euro, das Bildungsministerium mit 50.000 und das Sozialministerium zusammen mit den gesetzlichen Krankenkassen mit weiteren 50.000 Euro. 14 Schulen in Mecklenburg-Vorpommern bemühen sich um das Prädikat „Gesunde Schule“. Auch wir sind daran beteiligt.

Meine Damen und Herren, mit der Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns zu dem „Gesundheitsland Mecklenburg-Vorpommern“ wird nicht nur für das Land Mecklenburg-Vorpommern verstärkt geworben, sondern natürlich zugleich an das Gesundheitsbewusstsein im Lande selbst appelliert. Dass es da noch viel zu tun gibt, steht außer Frage. Wir stehen aber hier nicht erst am Anfang, wie es zum Teil aus dem Antrag der CDU deutlich wird. Mit dem Präventionsgesetz des Bundes werden sich die Möglichkeiten also deutlich verbessern. So haben die Länder dem Aktionsplan „Drogen und Sucht“ der Bundesregierung bereits zugestimmt, die CDU-geführten Länder auch.

Seitens des Bundes wird an einem Tabakpräventionsprogramm mittlerweile intensiv gearbeitet. Prävention braucht Strukturen und Mittel zur Entwicklung und Durchführung von Maßnahmen. Dies werden wir dann sicherlich auch im Rahmen des Präventionsgesetzes deutlich verbessern können. Darin ist man sich zum Glück inzwischen parteiübergreifend auch einig.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir einige abschließende Worte zum generellen Rauchverbot. Grundsätzlich sind alle Bemühungen, den Zigarettenkonsum von Jugendlichen einzuschränken, unterstützenswert. Mit Verboten allein – ich glaube, ich habe das auch deutlich gemacht – werden jedoch keine Probleme gelöst. Vielmehr sollen Aufklärung und Eigeninitiativen in den Elternhäusern, den Schulen und den öffentlichen Einrichtungen gefördert werden. So stellte die GEW in Berlin bis zum generellen Rauchverbot an Berliner Schulen fest, dass die Flucht der rauchenden Schüler und auch der Lehrer –

(Heiterkeit bei Frank Ronald Lohse, SPD)

leider, betone ich – auf das Straßengelände eher ein kontraproduktives System darstellt und damit die Auseinandersetzung auf einen anderen Teil der Regionen verlagert hat. In Bayern ist man mit dem Versuch einer freiwilligen Vereinbarung an 30 Schulen dagegen sehr erfolg-

reich. Dort will man erst dann zu Verboten übergehen, wenn die Freiwilligkeit nicht zum Ziel geführt hat.

Ich denke, dass die Ausführungen meiner Kollegin, und das habe ich damit vorgetragen, die ich heute vertretungsweise hier dargestellt habe, deutlich machen, dass der Antrag der CDU in der aktuellen Situation kaum irgendetwas befördern kann.

(Torsten Koplín, PDS: Staatlich verordnete Rauchfreiheit. – Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU)

Ich kann es nur noch mal wiederholen, hier will man offensichtlich auf einen bereits fahrenden Zug aufspringen. Das ist aus meiner Sicht nicht mehr unbedingt notwendig.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Präsident! Prävention muss zur nationalen Aufgabe gemacht werden. Ich hoffe – und ich habe das hoffentlich deutlich gemacht –, dass Sie das Ansinnen der Sozialministerin und damit der Landesregierung nachvollziehen können. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke schön, Herr Minister.

Sie haben das so umfangreich gemacht, dass die CDU-Fraktion jetzt sechs Minuten mehr Redezeit hat.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Voland für die Fraktion der SPD. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

**Angelika Voland, SPD:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich muss auch wirklich sagen, das war von unserem Minister so umfangreich, dass es mir schwer fällt, jetzt überhaupt noch irgendetwas entgegensetzen.

(Frank Ronald Lohse, SPD, und Gerd Walther, PDS: Dazuzusetzen! – Zuruf von Torsten Renz, CDU – Heiterkeit bei Reinhard Dankert, SPD)

Dazuzusetzen, Entschuldigung.

Ich wollte der CDU eigentlich die Chance gegeben haben, mit einem Entschließungsantrag ihre Intention zu unterstützen. Wir wissen, und das hat Herr Backhaus jetzt noch mal sehr deutlich gemacht, dass uns das Problem sehr wichtig ist und wir dieses Problem generell übergreifend über alle Fraktionen gern aufgegriffen hätten, aber viele Dinge in Ihrem Antrag fast utopisch erscheinen.

(Heiterkeit bei Egbert Liskow, CDU: Sie sind nicht zukunftsfähig.)

Und wenn ich dann dazusagen muss, dass unser Antrag vom 17.03.2004 mit Ihrem Änderungsantrag bis auf den letzten Punkt auch angenommen worden ist und daraus Konsequenzen gezogen worden sind, wie es hier ganz bewusst von dem Minister ausgeführt worden ist, dann muss ich erwähnen, dass es eigentlich darum schade ist, dass wir uns im Moment über diese Anträge streiten, statt wirklich präventive Maßnahmen ganz konkret durchzusetzen. Und ich glaube, wir sind uns einig, dass das notwendig ist und wir an diesem Thema auch immer dranbleiben müssen. Das heißt überhaupt nicht, dass wir das nächste Jahr ad acta legen können oder in zwei oder in zehn Jahren. So sehe ich das.

Ich denke, dass der Bund das neue Präventionsgesetz verabschieden wird, und hoffe, dass er uns recht bald die Chance geben wird, auch eine finanzielle Komponente zu haben, um zu sagen, hier lässt sich noch mehr Geld für präventive Maßnahmen für unsere Kinder einsetzen. Und auch das ist gesagt worden: Prävention beginnt eigentlich schon vor der Geburt. Und weil wir gut waren, haben wir im Kita-Gesetz ganz bewusst im Paragraphen 9 die Gesundheitsversorgung unserer Kinder verankert und im Paragraphen 9 Absatz 4 auch deutlich gemacht, dass Rauchen in den Räumen einer Kita nicht erlaubt ist.

Wenn das im Schulgesetz möglich ist und wir es tun würden, dann muss ich dazu sagen, mit Verboten, und das ist hier deutlich gemacht worden, erreichen wir eigentlich gar nichts. Die Raucher verlagern sich auf ein anderes Territorium. Solange wir die Überlegung nicht haben, dass das ein gesellschaftliches Problem ist, dass nicht nur unsere Kinder sich verändern müssen, sondern das in den Kopf unserer Erwachsenen auch hineingehört, so lange bleibt das Problem des Rauchens, wie das im Antrag der CDU gefordert wird, 25 Prozent bis 2010 einzuschränken. Also wenn wir einen Jugendlichen oder ein Kind als Raucher erreichen könnten, wäre das für mich schon ein Fortschritt. Wo Sie 25 Prozent hernehmen wollen, weiß ich nicht. Wir können den Antrag, den Sie von Hamburg abgeschrieben haben, dann als Mecklenburg-Vorpommern fordern, wir machen das mit 30 Prozent. Mal sehen, was wir dann erreicht haben. Ich finde, das ist unsinnig, das ist utopisch.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Ich will Ihnen andere Probleme aufzeigen. Ohne dass es diesen Antrag gab oder den Antrag 2003 gab, ist die Hansestadt Rostock in einer kommunalen Aktion auf der Grundlage des kommunalen Städteförderungsgesetzes dem gesunden Städtenetz beigetreten. Das ist schon fünf Jahre so. Es wird auch jedes Jahr eine Auswertung in der Hansestadt Rostock dazu durchgeführt.

Wir haben uns erlaubt, vor acht Jahren eine hauptamtliche Kinderkoordinatorin einzusetzen, die auch diese Probleme über die Gesundheit von Kindern aufgreift. Kennen Sie die UNO-Rechtskonvention der Kinder? So steht es da schon drin. Und wir haben uns damit auch erlaubt, Kinderortsbeiräte zu gründen, so dass die Kinder vor Ort – es hat eine Aktion in Rostock gegeben –, sich ganz genau die Schulen angesehen und die Zigarettenautomaten vor den Schulen genau aufgelistet haben und diejenigen, die dann kommerziell daran verdienen, beauftragt haben, diese Automaten zu entfernen. Das haben wir geschafft. Das ist ein richtiger Ansatz und dazu brauchen wir nicht immer wieder einen zusätzlichen Antrag im Landtag. Ich denke, das Problem ist uns bewusst, das sollten wir aufgreifen. Aber wir sollten hier nicht mit Schaufensteranträgen

(Torsten Renz, CDU: Na, das ist aber unser Begriff. Der ist geschützt.)

von 30 Prozent Rauchereinschränkung in irgendeiner Form erwarten, dass das auch funktioniert.

Alle meine fünf Kinder rauchen. Das ist für mich als Elternteil – ich selbst bin Nichtraucher – nicht gut. Langsam fangen sie aber an, vernünftig zu werden. Ein bis zwei haben gesagt, wir probieren es mal, ob es nicht anders geht. Ich denke, das ist auch der richtige Schritt, denn die Eltern müssen diesen Schritt mit begleiten. Für die Kinder und Jugendlichen allein wird das nicht funktionieren.

Dann sind Dinge in Ihrem Antrag aufgeführt worden wie das Problem des Alkohols, die Ernährungsprobleme für unsere Kinder sowie Drogenprobleme. Der Stressfaktor spielt in Ihrem Antrag keine Rolle,

(Torsten Renz, CDU: Änderungsantrag!  
Das ist ein Änderungsantrag.)

den ich auch als sehr unterstützenswert ansehen würde. Wir hatten Ihnen eine Möglichkeit gegeben, mit einem Entschließungsantrag dieses Problem ganz konkret zu bereden. Aber wenn die CDU das nicht tut, Herr Renz, dann tut es mir Leid, dass wir vielleicht über konkrete Dinge nicht nachdenken können.

(Zurufe von Detlef Müller, SPD,  
und Torsten Renz, CDU)

In der Entschliebung sind utopische Ansätze, die wir einfach nicht mittragen können, denn ich denke, dass das Problem Alkohol nicht nur ein Problem unserer Kinder ist, sondern dass das ein gesellschaftliches Problem ist. Ich denke, wir müssen einfach weiter gehen, als hier nur das Problem Schule herauszugreifen. Wenn wir unsere Kinder und unsere Gesellschaft nicht als Gesamtheit betrachten und unsere Kinder nur aus dem Bereich Schule herausnehmen, dann ist der Ansatz von vornherein falsch. Dort ist für mich der Fehler in Ihrem Ansatz.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Auch wenn ich jetzt den Faktor Stress noch mit einem Änderungsantrag hineinbringen könnte, ist das Grundproblem damit nicht geändert. Ich denke, wir sind im Moment dabei, systematisch die Problematik abzuarbeiten. Aber wenn wir das nicht als ganz gesellschaftliche Überlegung ansehen, da gehört dann auch die gesunde Ernährung dazu.

(Ute Schildt, SPD: Genau.)

Wenn ich in jedem Ortsteil so eine Fast-Food-Geschichte vor die Nase gesetzt bekomme, dann müssen wir vielleicht auch anders wirtschaftlich denken, wenn wir an gesunde Ernährung denken. Wenn ich überlege, dass Medien auch dazu beitragen, dass unsere Kinder mehr vor dem Fernseher hocken und mehr mit einem Computer spielen, als dass Eltern ihnen vielleicht eine Gute-Nachtgeschichte vorlesen oder mit ihnen irgendwo im Wald eine Fahrradtour unternehmen, dann muss ich schon sagen, hat auch Rostock wieder eine Vorreiterrolle übernommen. Wir sind einem neuen EU-Projekt beigetreten, wo wir die Fahrradwege in Rostock und außerhalb der Landkreise verbessern werden. Ich denke, das ist ein Ansatz dazu, dass nicht nur Kinder, sondern die kompletten Familien ihre Gesundheit verbessern und möglicherweise auch einen anderen Ansatz zum Essen finden.

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Frau Volland, gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Herrn Renz?

**Angelika Volland,** SPD: Können wir das hinterher machen, Herr Renz?

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Sie haben mich jetzt ein bisschen durcheinander gebracht. Ich war gerade so schön ...

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Nein, nein, wir machen trotzdem weiter. Ich wollte einfach noch einmal auf das Problem Drogen aufmerksam machen.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Sie klammern das jetzt so aus. Ich stelle hier einfach die Frage: Was sind denn Drogen? Ist Alkohol keine Droge? Ist Rauchen auch keine Droge?

(Gabriele Schulz, PDS: Richtig.)

Die jetzt aus dem Umfeld der ganzen Sache herauszunehmen, erscheint mir eigenartig.

(Beifall Gabriele Schulz, PDS)

Ich denke, wir sollten das im Zusammenhang sehen. Drogen sind all das, was wir hier eigentlich vor der Nase sitzen haben.

(Beifall und Heiterkeit bei Gabriele Schulz, PDS: Genau!)

Um all diese Probleme sollten wir uns kümmern. Ich denke jetzt nicht nur an Ecstasy, Cannabis oder andere Sachen. Ich finde, wenn wir unsere Männer und Frauen vor den Kaufhallen mit einem Bier in der Hand stehen sehen, ist das wahrscheinlich auch nicht die beste Vorbildwirkung, die wir unseren Kindern geben können. Auf der einen Seite haben wir Gesetze, die auch jetzt die Möglichkeit bieten, Alkohol und Drogen bei Kindern zu verbieten, aber ob Polizeipräsenz nun immer die richtige Wirksamkeit bringt, das mag ich bezweifeln.

Sie wissen, dass ich Vorsitzende der „Stubnitz“ bin. Das Schiff ist nicht immer hundertprozentig clean und sauber. Das Schiff ist eher ein Umfeld, wo sich die Jugendlichen relativ wohl fühlen. Dort machen wir Angebote zu präventiven Sachen bei Drogen und Alkohol.

Oh, ich habe ein rotes Licht. Das war das erste Mal.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS – Torsten Koplín, PDS: Das verzeihen wir Ihnen.)

Ich denke, das ist die richtige Überlegung, dass man mit Kindern darüber spricht. Man muss die entsprechende Vorbildwirkung aber für einen sehr langen Zeitraum durchhalten können. Das müssen die Eltern, das müssen Lehrer und das müssen auch viele im Umfeld der Kinder durchhalten können. Sie wissen ganz genau, dass eine Clique oftmals mehr Einfluss hat, als das, was wir als Eltern überhaupt noch erreichen können.

Und als Frage würde ich gerne im Raum stehen lassen: Haben bei Ihnen Verbote eigentlich geholfen? Erinnern Sie sich bitte!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Heiterkeit bei Gabriele Schulz, PDS)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Frau Voland, gestatten Sie jetzt die Anfrage des Abgeordneten Herrn Renz?

**Angelika Voland,** SPD: Aber natürlich.

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Bitte schön, Herr Renz.

**Torsten Renz,** CDU: Sehr geehrte Frau Voland, Sie haben in Ihren Ausführungen gesagt, dass Sie unseren Ansatz, gezielt in der Schule zu beginnen, ablehnen. Meine Frage ist jetzt: Wo sehen Sie konkreten Handlungsbedarf und wo möchten Sie beginnen?

(Heiterkeit bei Peter Ritter, PDS: Bei Ihrem Antrag.)

**Angelika Voland,** SPD: Ich möchte gerne, wie Herr Backhaus das schon gesagt hat, bei den rauchenden Frauen in der Schwangerschaft beginnen. Ich würde die vorkindliche Geburt schon als Problem auffassen, damit unsere Kinder gesund geboren werden. Und wenn wir es schaffen, wie es das Kita-Gesetz und das Schulgesetz durchaus zulassen, dieses Problem in den Griff zu bekommen, dann können Sie von mir aus anfangen, wo Sie wollen. Nur beginnen Sie mit der Möglichkeit, dass wir das gemeinsam tun, damit wir ein Kind und einen Jugendlichen auf seinem ganzen Weg begleiten und nicht nur in dem Bereich Schule.

**Torsten Renz,** CDU: Gestatten Sie eine Nachfrage zu den jetzigen Ausführungen?

**Angelika Voland,** SPD: Aber natürlich.

**Torsten Renz,** CDU: Wenn Sie die Vorbildwirkung der werdenden Mütter so betonen, sehen Sie denn keine Vorbildwirkung von Vätern?

(Gerd Walther, PDS: Na selbstverständlich!)

**Angelika Voland,** SPD: Aber natürlich sehe ich die Vorbildwirkung der Väter. Ich erwarte auch von dem werdenden Vater, dass er dazu beiträgt, dass seine Partnerin auch ohne Probleme aufhören kann zu rauchen. Es gehören immer beide dazu, das weiß ich aus der eigenen Familie.

**Torsten Renz,** CDU: Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke schön, Frau Voland.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der PDS der Abgeordnete Herr Walther. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

**Gerd Walther,** PDS: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Werte Gäste! Gesundheitsgefährdungen, und zwar insbesondere bei Kindern und Jugendlichen, im täglichen Leben nehmen auch bei uns im Land zu. Die Bandbreite der Gefährdungen wird immer vielfältiger. Ehemals haben wir über das Rauchen und das Trinken als Schwerpunkt gesprochen, aber heute kommen sehr oft ungesunde Ernährung, Bewegungsarmut und neben dem Alkohol auch andere Drogen in einer großen Vielfalt hinzu. Beim Alkohol selbst kommen die Modedrogen, Alkopops, wie sie richtig heißen, hinzu, die uns nicht erst seit dem heutigen Tage im Landtag beschäftigen. Die immer rasantere Entwicklung bei den Modedrogen erschwert natürlich den offensiven Umgang mit dem Thema. Deswegen brauchen wir Lösungen, die realistische Zielvorgaben machen und auch die Spezifik unseres Landes widerspiegeln.

Rauchen an den Schulen ist ein ernsthaftes Problem, dem sich keiner verschließen darf und dem auch wir uns nicht verschließen wollen. Allerdings setzen wir zunächst auf Prävention. Zur Prävention ist heute schon einiges gesagt worden. Prävention heißt für uns auch, dass wir zunächst einmal – ich betone, zunächst einmal – auf den Weg der Freiwilligkeit setzen. In den Schulen würde ein striktes Rauchverbot von oben, ohne dass es von den Betroffenen selbst mitgetragen wird, im wahrsten Sinne des Wortes verpuffen. Der Weg über Freiwilligkeitsvereinbarungen sollte zumindest über einen begrenzten zeitlichen Korridor favorisiert werden. Erfahrungen anderer Bundesländer belegen das. Das Einführen eines Erlasses

in Berlin hat zum Beispiel zu einer strikten Ablehnung an den Schulen geführt und teilweise sogar ein Ignorieren des Erlasses mit sich gebracht, während an bayerischen Schulen eine befristete Freiwilligkeitsphase den Effekt mit sich brachte, dass sich dort 30 Schulen freiwillig in so ein Projekt begeben haben. Deshalb setzen wir auch auf Freiwilligkeit bei uns im Land. Die Freiwilligkeit kann mit einer Frist unteretzt werden, um dem Ansatz Nachdruck zu verleihen.

Ich möchte hier auch ganz deutlich sagen, der Konflikt der CDU wurde heute wieder deutlich. Sie plädieren mit dem heutigen Antrag auf ein staatlich verordnetes Rauchverbot und haben noch vor wenigen Minuten hier im Landtag propagiert, dass staatliche Verordnungen nichts bringen. Beim Antifaschismus war das der Fall. Sie müssen sich hier schon entscheiden, welchen Weg Sie wollen, den Weg der Freiwilligkeit oder den Weg der Verordnungen.

(Karin Strenz, CDU: Ihr Niveau ist nicht zu unterbieten!)

Übereilt ist der CDU-Antrag leider auch in einer anderen Hinsicht, denn ein Mangel ist das Abschreiben der Quotenziele vom bayerischen Gesetzentwurf, und zwar mit den 25 Prozent. Ja, aber das Abschreiben ist nicht weiter schlimm, das ist in Ordnung.

(Heiterkeit bei Alexa Wien, PDS)

Allerdings, Herr Renz und Herr Schubert, müssten Sie uns hier noch einmal eine Ableitung zum Besten geben, die diese 25-prozentige Quote konkret für unser Land Mecklenburg-Vorpommern untersetzt, wie Sie hier ganz konkret, und zwar mit Fakten untersetzt, diese Quote um 25 Prozent senken wollen.

Zu dem Problembewusstsein in der Thematik von Gesundheitsgefährdungen an den Schulen gehört sicherlich auch der Alkoholkonsum. Gerade in unserem Land Mecklenburg-Vorpommern ist der Alkoholkonsum ein immer stärker werdendes Problem. Egal, ob wir es jetzt unter den Modebegriffen Koma-, Kampfrinken oder Rauschtrinken bezeichnen, wir wissen, dass auch diese Form des exzessiven Genusses von Alkohol eine immense Herausforderung darstellt.

Allerdings werden wir hier nicht mit einseitigen Deklarationen im kritischen Raum Wirkungen erzielen. Wir brauchen eine Allianz aller Verantwortlichen bei uns im Land und dazu gehören nicht nur die Schulen. Sie sind sicherlich wichtig, aber neben den Schulen, glaube ich, brauchen wir, gerade was den Lebensraum von Kindern und Jugendlichen angeht, Ansätze, die weit darüber hinausgehen. Wenn wir das ganz konkret fassen, dann gehören Jugendeinrichtungen, öffentliche Einrichtungen, gastronomische Einrichtungen und auch Einrichtungen im Freizeitbereich dazu. Und wenn wir zum Beispiel bei der Großraumdisco keinen Ansatz finden, nützt uns das Agieren im Schulbereich nichts.

(Beifall Alexa Wien, PDS)

Und wir brauchen natürlich auch eines, und zwar müssen wir viel, viel mehr auf das Zusammenarbeiten mit den Elternhäusern hinwirken. Solange die Einbahnstraße im schulischen oder auch im Freizeitbereich gefahren wird und wir den Elternbereich nicht mit einbeziehen, sind die Ansätze an der Stelle nicht konsequent.

Noch einmal mit einem Blick auf den Verbotsansatz der CDU muss ich Ihnen ganz ehrlich aus jahrelanger eigener

Erfahrung in der freien Jugendarbeit sagen, in der freien Jugendarbeit, in der Jugendverbandsarbeit und in der Arbeit im Bereich der Ferienfreizeiten kann ich Ihnen garantieren, dass Verbote alleine die Probleme nicht nachhaltig lösen. Sie bekämpfen vielleicht die aktuellen Erscheinungsformen, aber das Problem selbst wird damit nicht gelöst. Sie verschieben Konsumenten viel eher in die Illegalität beziehungsweise kriminalisieren den Konsum und verbauen mit der Kriminalisierung den Zugang zu den Betroffenen selbst, der aber wichtig ist, wenn wir die Probleme wirklich lösen wollen. Als Pädagoge wird mir Herr Renz sicherlich zustimmen, nur mit den Betroffenen selbst können wir das Problem lösen, nicht gegen sie.

(Torsten Koplín, PDS: Herr Renz will eine staatliche Verordnung.)

Noch einmal zum Thema Alkohol. Hier, glaube ich, brauchen wir ein absolut neues Problembewusstsein in Mecklenburg-Vorpommern. Wenn wir hier nicht mit der Vorbildwirkung der Eltern vorangehen, dann werden wir gar nichts lösen in unserem Land Mecklenburg-Vorpommern. Mecklenburg-Vorpommern ist das Land mit der höchsten Quote der Alkoholabhängigen beziehungsweise der Menschen, die latent von der Abhängigkeit gefährdet sind. Man spricht mittlerweile von bis zum einem Drittel bei uns im Land. Wenn wir das Problem nicht aus dem Elternhaus heraus angehen, werden die Verordnungsansätze gar nichts bringen.

Ich möchte noch kurz etwas zur Übergewichtigkeit sagen, denn auch sie wird ein zunehmendes Problem in unserer Gesellschaft. Die Schule allein wird es beispielsweise über das Versorgungsangebot, welches dort gegeben wird, nicht lösen können. Wir wissen, die Fast-Food-Angebote nehmen in der heutigen Gesellschaft ständig und permanent zu und zur falschen Ernährung kommt auch noch die Bewegungsarmut hinzu. Wir müssten uns an der Stelle auf das besinnen, was eigentlich Konsens ist: Mehr Bewegung im täglichen Leben, mehr Bewegung im schulischen Bereich und mehr Bewegung im persönlichen Bereich wäre hier die beste Möglichkeit, den Gesundheitsgefährdungen entgegenzuwirken.

Weil der CDU-Antrag – Frau Voland hat das eben schon einmal ganz kurz angerissen – noch einmal den Bereich des Drogen- und des Alkoholkonsums trennt, möchte ich eins ganz deutlich sagen: Die größte, gefährlichste und auch härteste Droge in Mecklenburg-Vorpommern ist der Alkohol. In diesem Sinne müssen wir auch eine gesellschaftliche Diskussion wagen, die sich damit beschäftigt, warum denn diese härteste und gefährlichste Droge aller Drogen in Deutschland gesellschaftlich akzeptiert, toleriert und teilweise sogar im Gebrauch verniedlicht wird, während andere weichere Drogen zu den illegalen Drogen gehören und aus einer rein politischen Motivation in diese Kategorie gesteckt wurden. Ein Umdenken ist hier, wenn wir das Thema wirklich offensiv angehen wollen, nötig.

Einiges, was im Land begonnen wurde, hat Herr Minister Backhaus vorhin schon dargestellt, geht in die richtige Richtung. Wir hatten beispielsweise letztes Jahr die Kindergesundheitskonferenz 2003 hier bei uns im Land. Angebote von LAKOST werden offeriert und Kampagnen zum Nichtrauchen. Ich selbst habe beispielsweise in meinem Wahlkreisbüro in Ueckermünde im Frühjahr eine Kampagne zum Nichtrauchen angeboten. Allerdings, und das sage ich auch ganz offen, war die Resonanz im öffentlichen Raum eher gering. An der Stelle müssen wir uns

also darüber verständigen, auf welche Pferde wir setzen, damit sie auch effektiver arbeiten.

Ich gebe der CDU Recht, wenn sie davon ausgeht, dass vieles bei uns im Land nötig ist, aber man sollte dann auch deutlich sagen, mit welchen Ansätzen wir dieses umsetzen wollen. An der Stelle sage ich auch noch einmal ganz deutlich, dass beispielsweise das Aufzeigen des Rauschtrinkens oder des Komatrinkens als Problematik alleine nicht ausreicht, wenn ich das nicht mit Maßnahmen untersetze, wie ich diesem Komatrinken als Modebewegung entgegentreten möchte. Ich bedauere sehr die mangelnde Kooperationsbereitschaft der CDU. Ich habe gestern und auch heute früh noch einmal sehr intensiv versucht, über den Weg des Entschließungsantrages hier im Landtag eine Lösung zu finden, wo wir interfraktionell zeigen können, dass uns dieses Thema sehr wichtig ist. Aber der CDU-Antrag hat einen riesengroßen Mangel, er benennt Problemfelder, zeigt aber viel zu wenig Lösungsansätze auf und ist deshalb an der Stelle auch viel zu kurz gedacht. Aus diesem Grunde bleibt für uns nur die Ablehnung des CDU-Antrages.

(Lorenz Caffier, CDU: Dann überweisen Sie doch den Antrag! Dann überweisen Sie doch den Antrag!)

Ich möchte Sie auch noch einmal bitten, Herr Renz wird sicherlich noch darüber sprechen, gleichzeitig noch den redaktionellen Fehler Ihres Antrages auf Seite 3 zu korrigieren. Sie haben den zweiten Absatz zweimal drin, der ist gedoppelt in der Drucksache. Ich bitte Sie, dass Sie an der Stelle wenigstens die Drucksache noch auf den aktuellen Stand bringen. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke schön, Herr Walther.

Es hat jetzt noch einmal für die Fraktion der CDU das Wort der Abgeordnete Herr Schubert. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

**Bernd Schubert,** CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte auf einen Redebeitrag zurückkommen, und zwar auf den Beitrag von Frau Voland. Ich denke, wenn man den Antrag richtig gelesen hat, dann steht auch darin: Nikotin, Alkohol und illegale Drogen. Wir haben also alle Probleme aufgeführt. Wir sehen es genauso, dass Alkohol auch eine Droge ist. Das haben wir nicht abgestritten. Das zeugt davon, dass man den Antrag vielleicht gar nicht richtig gelesen hat.

Ein weiterer Punkt. Natürlich kann man das per Gesetz machen, aber es gibt auch die Möglichkeit, per Rechtsverordnung zu regeln. Diese Möglichkeit, dass man eine Verordnung erlassen kann, die hat der Minister heute schon. Uns ist auch bekannt, dass in einigen Schulen Schulordnungen ein Rauchverbot aussprechen. Aber nach unserer Meinung und nach Recherchen haben wir herausbekommen, dass dieses nicht gefasst und nicht gefruchtet hat. Wollen Sie, dass es rauchfreie Schulen gibt und im gleichen Zuge wieder Raucherschulen, an denen geraucht werden darf? Das wollten wir im Antrag flächendeckend regeln. Wie es geregelt wird, ist eine ganz andere Sache.

Wenn Sie meinen, unser Antrag geht nicht weit genug, dann lassen Sie uns doch diesen Antrag in die Ausschüsse überweisen, damit wir darüber diskutieren können!

Lehnen Sie ihn nicht einfach ab, dann sehen wir Ihre Bereitschaft! Wir können ja Ergänzungen vornehmen und gemeinsam an diesem Antrag arbeiten. Ihn hier heute aber einfach abzulehnen, das ist gerade bei den Schülern nach außen kein gutes Zeichen, denn viele Schüler sitzen hier, damit wir dem die Zustimmung geben.

(Gerd Walther, PDS: Ich kann den Schülern gerne die Entschließung geben.)

Die Entschließung, die Sie uns vorgelegt haben, die entspricht nicht einmal unserem Antrag. Deswegen habe ich gesagt, wir bieten Ihnen an,

(Heiterkeit bei Karin Schmidt, PDS – Peter Ritter, PDS: Deswegen haben wir ja eine Entschließung gemacht.)

Ihnen die Möglichkeit zu geben, dass wir gemeinsam diesen Antrag in die Ausschüsse überweisen, um darüber noch einmal zu diskutieren

(Heiterkeit bei Reinhard Dankert, SPD: Sie kennen das Lied von den Königskindern?!)

und dann können wir ihn vielleicht noch einmal erneut einbringen.

Sie sollten aber daran denken, es gibt ein Jugendschutzgesetz, wenn Sie sagen, dass Verbote nicht helfen. Wollen wir jetzt sagen, wir brauchen dieses Jugendschutzgesetz auch nicht, weil Verbote nicht helfen? Ich glaube, diese Argumentation stimmt irgendwie nicht. Als Erwachsene haben wir die Pflicht, wir haben Schutzbefohlene, denn es sind Kinder, die an den Schulen sind.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und die Vorbildwirkung unserer Lehrer, die sollten wir eigentlich so ausstatten, dass wir ihnen die Möglichkeit geben, auch wenn es dort Raucher gibt, dass wir sagen, nein, rauchen an Schulen grundsätzlich nein. Das nur noch einmal zu den Dingen, die vorher angesprochen wurden. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke schön, Herr Schubert.

Es hat das Wort für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Renz. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

(Mathias Brodkorb, SPD: Sagen Sie mal laut, was Sie eben gesagt haben!)

**Torsten Renz,** CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als Erstes sollten wir sicherlich unseren Antrag in dem genannten Sinne reparieren, denn der Absatz, den Herr Walther angesprochen hat, ist hier tatsächlich doppelt in die Begründung hineingekommen. Wenn das der Beweggrund für die Ablehnung ist, dann hätten wir das hiermit repariert. Wir werden dann in diesem Fall sicherlich Zustimmung, zumindest bei der Fraktion der PDS, erwarten.

(Gerd Walther, PDS: Das ist eine falsche Deutung meiner Worte.)

Es hat mich natürlich gefreut, dass Herr Dr. Backhaus hier signalisiert hat, dass er schon aktiv war, und zwar dass er mit dem Rauchen aufgehört hat. Diese Vorbildwirkung ist eigentlich das, wo wir hinwollen. Leider ist er nun kein Lehrer. Er betont es ja immer wieder, dass andere Lehrer sind. Langsam gewinnt man den Eindruck, dass

ihn das etwas bedrückt, weil er es vielleicht auch gerne gewesen wäre.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Minister Dr. Till Backhaus: Mein Großvater war Lehrer.)

Ich möchte an dieser Stelle einfach einmal anregen, Herr Dr. Backhaus, dass Sie vielleicht darüber nachdenken sollten, in diesem Fall nicht rauchfreie Schulen, sondern vielleicht ein rauchfreies Kabinett einzuführen.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Minister Dr. Till Backhaus: Ich habe nicht geraucht.)

Das wäre doch auch schon einmal ein erster Schritt auf dem Wege dorthin.

(Peter Ritter, PDS: Im Kabinett gibt es keine Cabinet. – Heiterkeit bei Reinhard Dankert, SPD – Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Meine Damen und Herren Minister! Bitte keine Rufe von der Regierungsbank, Herr Backhaus.

Bitte schön, Herr Renz.

**Torsten Renz,** CDU: Ansonsten hat es sich gezeigt, wie es häufig der Fall ist, wenn ein sehr sinnvoller Antrag durch die CDU-Fraktion hier gestellt wird, dem man normalerweise nur zustimmen kann,

(Heiterkeit bei Peter Ritter, PDS: Wenn, die Betonung liegt auf wenn.)

dann ist es dieser politische Spagat, den Sie heute auch wieder hinbekommen müssen, mehr oder weniger für unseren Antrag zu sprechen, ihn dann aber nachher doch abzulehnen und auch Scheinargumente zu finden.

(Zuruf von Birgit Schwebs, PDS)

Das hat mir die Diskussion doch recht deutlich gezeigt. Ihnen wird es sicherlich gelingen. Mein Kollege Schubert hat aber gesagt, wir wollen noch einmal eine goldene Brücke in dem Sinne schlagen, dass ich hiermit offiziell beantrage, diesen Antrag zur weiteren Beratung in den Innenausschuss,

(Birgit Schwebs, PDS: In den Bildungsausschuss auch.)

den Bildungsausschuss und federführend in den Sozialausschuss zu überweisen.

Frau Voland hat sicherlich richtig ausgeführt, dass es hier nicht nur, wenn wir diese Problematik in der Gesamtheit betrachten, die Schule treffen kann. Es ist schon richtig, dass es ein gesamtgesellschaftliches Problem ist. Und ich sage auch immer wieder, dass die Schule im Prinzip ein Spiegelbild dieser gesellschaftlichen Verhältnisse ist. Mir ist aber nicht klar geworden, Frau Voland, wo Ihr Lösungsansatz liegen soll. Wenn wir konkrete Schritte benennen, hier in der Schule zu beginnen, dann ist das, denke ich, ein richtiger Schritt. Ich habe auch nicht die Allheilösung parat, dass ich sage, wie es sein muss. Aber warum wehren Sie sich dagegen, hier im Bereich Schule einen aus unserer Sicht richtigen Schritt zu vollziehen und ihn dann auch weiterzuentwickeln? Das erschließt sich mir persönlich nicht.

Herr Walther hat auch wieder sehr stark dieses Freiwilligkeitsprinzip betont. Prävention ist sicherlich die eine

Schiene, aber aus unserer Sicht, und da unterscheiden wir uns sicherlich klar von PDS und wahrscheinlich auch von SPD, sagen wir, Freiwilligkeit alleine wird nicht ausreichen. Sie müssen sich eines Tages auch der Situation stellen, wenn Sie das feststellen. Wenn man die gesellschaftliche Entwicklung betrachtet, dann kann man schon fast den Schluss ziehen, dass die Freiwilligkeit alleine nicht ausreichen wird. Sie müssen sich der Situation stellen und die Frage beantworten: Was wollen wir tun, wenn die Freiwilligkeit alleine nicht greift? Ich möchte an dieser Stelle auch noch einmal deutlich für unsere Fraktion sagen, dass Gefühlsduselei in vielen Bereichen der Gesellschaft aus unserer Sicht bei solchen Themen nicht ausreicht. Ich sage ganz deutlich, dass Verbote auch mit zum Leben gehören.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

In diesem Fall sollten Sie darüber nachdenken, ob Sie mit Ihrer Freiwilligkeit dann nicht scheitern werden!

Ich möchte anhand eines praktischen Beispiels verdeutlichen, weil ich noch zu der Generation gehöre, da es im Moment einfach so ist, dass ich morgens meine achtjährige Tochter zur Schule bringe. Und wenn ich auf diesem Schulweg, der circa 1,5 Kilometer beträgt, laufend schon, ich schätze einmal, 12-Jährige sehe, wie sie mit einer Selbstverständlichkeit die Zigarette auf dem Weg zur Schule in der Hand tragen und dass unmittelbar vor dem Schulhof eine Vielzahl von Kindern aus diesem Altersbereich dort steht und raucht, dann frage ich mich: Ist es nicht höchste Zeit und auch notwendig, auf diesem Gebiet etwas zu tun? Ich persönlich muss mich jeden Morgen überwinden und ärgere mich über diese Situation. Das kann ich einfach nicht gutheißen. In diesem Zusammenhang sehe ich nicht nur die Notwendigkeit, die Freiwilligkeit zu betonen, sondern wenn es sein muss, dann müssen auch Verbote greifen.

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Herr Renz, gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Herrn Walther?

**Torsten Renz,** CDU: Ja.

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Bitte schön, Herr Walther.

**Gerd Walther,** PDS: Ich habe zwei Fragen. Herr Renz, sind Sie darüber informiert, dass die zwölf Abgeordneten der PDS-Fraktion allesamt Nichtraucher sind?

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

**Torsten Renz,** CDU: Nein, Herr Walther. Ich begrüße das aber und möchte an dieser Stelle hinzufügen, dass ich mein Leben lang schon Nichtraucher bin.

(Peter Ritter, PDS: Noch besser.)

**Gerd Walther,** PDS: Das geht mir ebenso, Herr Renz.

Meine zweite Frage lautet: Herr Renz, haben Sie vorhin an der Stelle, als ich über eine zeitlich befristete Freiwilligkeitsvereinbarung gesprochen habe, meinem Ansatz folgen können, dass ich durchaus die Möglichkeit eingeräumt habe, nach einer endenden Freiwilligkeitsphase auch mit stringenteren Mitteln wie beispielsweise mit Verbote arbeiten zu können?

**Torsten Renz,** CDU: Das habe ich so deutlich nicht wahrgenommen.

(Zuruf von Gabriele Schulz, PDS)

**Gerd Walther**, PDS: Danke.

**Torsten Renz**, CDU: Ich habe sehr wohl die Rede verfolgt, aber in dieser Eindeutigkeit habe ich das nicht wahrgenommen. Ich werde dann im Protokoll noch einmal nachlesen, inwieweit Sie sich dort konkret geäußert haben.

Aber lassen Sie mich bitte in meinen Ausführungen fortfahren. Ich möchte noch einmal für diesen Antrag werben, damit Sie doch diesen Schritt gehen und ihn in die Ausschüsse überweisen, um Initiativen im Bereich der Kinder- und Jugendpolitik zu ergreifen. Ich kann es von der Warte aus auch nicht ganz nachvollziehen, denn auf der einen Seite, dazu hat der Minister auch referiert, haben Sie selbst als Fraktion das KiföG auf den Weg gebracht. Aufgrund dieser Tatsache kann ich es nicht verstehen, da auch im KiföG über Gesundheitsvorsorge in Kindertagesstätten konkrete Sachen festgeschrieben sind, dass Sie hier nicht bereit sind, das aufzunehmen und mit uns gemeinsam weiterzuentwickeln. Das sollten Sie tun!

Ich bin einfach davon überzeugt, weil es die Vergangenheit gezeigt hat, wenn wir einmal Anträge hatten wie zur Problematik, dass wir hier eine Initiative zum Thema „Werbung von Ärzten“ starten wollten, haben Sie vor einer gewissen Zeit gesagt, dort ist keine Notwendigkeit, dieses zu tun. Im Nachgang haben Sie dann als Sozialministerin die Initiative ergriffen und diesen Weg beschritten. Ich sage Ihnen hiermit voraus: Sie wollen unseren Antrag ablehnen und es wird so kommen, dass Sie die Initiative aus dem Sozialministerium ergreifen werden.

(Torsten Koplín, PDS: Sie haben ja einen Entschließungsantrag. Sie haben die ausgestreckte Hand ausgeschlagen.)

Diese Initiative wird konkret so aussehen, dass die Sozialministerin eines Tages in Kindereinrichtungen auftauchen wird und für die Gesundheitsvorsorge wirbt.

(Torsten Koplín, PDS: Das ist auch vernünftig so.)

Dann werden Sie genau dieses Thema aufgreifen und das, was Sie uns heute erklären, dass es nicht notwendig ist, dann selber vorführen.

(Gerd Walther, PDS: Das macht sie ja schon längst. Das macht sie ja schon längst.)

**Vizepräsident Andreas Bluhm**: Herr Renz, gestatten Sie eine Anfrage der Abgeordneten Frau Voland?

**Torsten Renz**, CDU: Das gestatte ich sehr gerne.

**Vizepräsident Andreas Bluhm**: Bitte schön, Frau Voland.

**Angelika Voland**, SPD: Herr Renz, eine Anfrage. Sie haben selber eben klargestellt, dass Sie ärgerlich darüber sind, dass die Kinder vor der Schule oder auf dem Schulweg rauchen. Sie sehen doch, dass Ihr Antrag da zu kurz greift. Auch wenn Sie uns diese „goldene Brücke“ bauen wollen, würde ich ganz gerne fragen: Könnten wir das nicht in der Hinsicht anders machen, dass wir gemeinsam an dem Problem dranbleiben? Aber da die Brücke im Moment nicht zu überwinden ist, denke ich, sollten wir im Vorfeld eine andere Überlegung aufgreifen.

**Vizepräsident Andreas Bluhm**: Keine Kommentare bitte, Frau Voland.

Herr Renz, bitte.

**Torsten Renz**, CDU: Frau Voland, wenn Sie meine Ausführungen des praktischen Beispiels so werten, dass die Kinder nun unmittelbar vor der Schule gestanden und geraucht haben, und Sie das Gesamtproblem hier dann verniedlichen

(Torsten Koplín, PDS: Aber das hat sie doch gar nicht gemacht. – Birgit Schwebs, PDS: Das machen Sie doch! Das hat sie doch nicht gemacht. Das machen Sie doch! – Zuruf von Karin Schmidt, PDS)

und nicht erkennen wollen, dass Handlungsbedarf in diesem Bereich besteht, hier das Haar in der Suppe finden wollen und Auswege finden wollen, um unserem Antrag nicht zuzustimmen, dann muss ich sagen, tut es mir einfach Leid an dieser Stelle.

(Zuruf von Alexa Wien, PDS)

Zurück zu unserem konkreten Antrag, um das auch noch einmal deutlich zu sagen zu Ihrer Entschließung, die Sie uns hier angeboten haben.

(Torsten Koplín, PDS: Ja, aber Sie haben es nicht gemacht.)

Das ist sicherlich akzeptabel, dass Sie das so getan haben. Sie können uns aber nicht vorwerfen, dass wir das einfach nur nicht wollen. Ich sage das hier ganz deutlich, der Kollege Schubert hat es angedeutet: Das, was Sie in der Entschließung konkret formuliert haben, dass Sie hier eindeutig sagen, Verbote allein lösen erfahrungsgemäß Probleme nicht nachhaltig, entspricht nicht unserer Intention.

(Gerd Walther, PDS: Ja, aber der als Lehrer. Als Lehrer wissen Sie das.)

Sie wollen das, was wir als Position haben – aber das werden wir als CDU nicht tun, wir stehen auch klar zur Verbotsregelung –, Sie wollen das hier verniedlichen

(Torsten Koplín, PDS: Aber das haben wir heute schon anders gehört.)

und aus diesem Grunde können wir inhaltlich nicht mitgehen. Das sollten Sie einfach akzeptieren! Ich gehe persönlich davon aus, dass Sie eines Tages dort hinkommen werden, auch Verbotsregelungen mit einzuführen. Wir finden es schade, wenn Sie unseren Antrag hier ablehnen sollten.

(Gerd Walther, PDS: Verbotene Früchte sind besonders gut.)

Aber wir sehen ihn als inhaltlich ausgreift und gut formuliert und wir halten ihn aufrecht.

Ich bitte hier noch einmal um Zustimmung im Namen der CDU-Fraktion. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

**Vizepräsident Andreas Bluhm**: Danke schön, Herr Renz.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion der CDU zur federführenden Beratung in den Sozialausschuss und zur Mitberatung in den Innenausschuss und in den Bildungsausschuss zu überweisen.

Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist die Überweisung bei Gegenstimmen durch die Fraktionen der SPD und PDS, Zustimmung durch die Fraktion der CDU, eines Abgeordneten der SPD und einer Abgeordneten der PDS sowie zwei Enthaltungen der Fraktion der PDS abgelehnt.

Wir kommen damit zur Abstimmung über den Antrag in der Sache. Wer dem Antrag auf Drucksache 4/1410 zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU bei Zustimmung durch die Fraktion der CDU und einer Abgeordneten der PDS sowie Gegenstimmen der Fraktionen der SPD und PDS und des fraktionslosen Abgeordneten Dr. Bartels abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 17**: Beratung des Antrages der Fraktionen der PDS und SPD – Fortführung des Innovationsprogramms **Nachwachsende Rohstoffe und Erneuerbare Energien in Mecklenburg-Vorpommern**, Drucksache 4/1408.

**Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:  
Fortführung des Innovationsprogramms Nachwachsende Rohstoffe und Erneuerbare Energien (IPNREE) in Mecklenburg-Vorpommern  
– Drucksache 4/1408 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Schwabs von der Fraktion der PDS. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

**Birgit Schwabs**, PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Beschäftigung mit erneuerbaren Energien und nachwachsenden Rohstoffen hat eine lange Tradition in diesem Hause. Seit der 1. Wahlperiode zieht sich diese Thematik durch alle Legislaturperioden, mal wurde sie einvernehmlich diskutiert, mal gab es kontroverse Auffassungen. Da aber über den grundsätzlichen Einsatz nachwachsender Rohstoffe und erneuerbarer Energien Konsens besteht, möchte ich mich kurz fassen und versuchen, den Antrag der Koalitionsfraktionen zu begründen und gleichzeitig Anregungen und Visionen zu vermitteln.

Wenn wir uns die Entwicklung des Einsatzes in den letzten 15 Jahren anschauen, so kann man einige Fortschritte erkennen. Der Blick auf die Anbaustatistik verrät, dass Industriepflanzen heute deutschlandweit auf rund 850.000 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche wachsen. Der Anbau nachwachsender Rohstoffe insgesamt hat eine Million Hektar bereits überschritten und ist damit größer als die Anbaufläche von Zuckerrüben und Kartoffeln zusammengenommen. Es werden von fast jedem zehnten Hektar der deutschen Ackerfläche nachwachsende Rohstoffe geerntet. Knapp 60 Prozent aller erneuerbaren Energien stammen aus Biomasse. Auch der Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtenergiehaushalt steigt jährlich an. All dies ist sicherlich ein Indiz für die zunehmende Bedeutung nachwachsender Rohstoffe und erneuerbarer Energien.

Aus Sicht der PDS ist damit ein erster Zwischenstand erreicht, auf dem sich einerseits aufbauen lässt, der aber andererseits ausgebaut werden muss, denn wir brauchen Alternativen zur bestehenden Energie- und Stromversorgung auf der Basis fossiler oder atomarer Träger. Damit sind Anbau und Verarbeitung nachwachsender Rohstoffe und erneuerbarer Energien praktizierter Klimaschutz. Das

Ziel der Bundesregierung, bis 2020 den Anteil erneuerbarer Energien auf 20 Prozent zu erhöhen, genügt aber bei weitem nicht, um die in Kyoto vereinbarten Klimaschutzziele zu erreichen, und ist auch nicht realistisch, wenn man sich die endgültige Verknappung fossiler Ressourcen vor Augen hält. Notwendig wäre eine Ablösung fossiler und atomarer Ressourcen bis 2025 um bis zu 80 Prozent.

Schauen wir nach Mecklenburg-Vorpommern, so bietet sich auch kein Bild ungetrübter Freude. Der Anteil der erneuerbaren Energien am Energieverbrauch in Mecklenburg-Vorpommern hat zwar den beträchtlichen Anteil von rund 30 Prozent erreicht und ist damit jetzt schon besser als das von der Bundesregierung beschriebene Ziel. Dies ist aber zum größten Teil auf die umstrittene Nutzung der Windenergie mit rund 85 Prozent zurückzuführen und zum anderen liegt es auch am relativ geringen Energiebedarf hierzulande. Die Nutzung weiterer regenerativer Energien, wie Biomasse mit zehn Prozent und Deponie-, Bio- und Klärsatz zusammen mit sechs Prozent, sind leider nur unzureichend. Zwar steigt der prozentuale Anteil der Ackerfläche, auf der nachwachsende Rohstoffe angebaut werden, weiter an und sicherlich haben die Landwirte unseres Landes die Chancen und Möglichkeiten entdeckt, die sich hier bieten, trotzdem kann der erreichte Stand nicht befriedigen.

Die Gründe hierfür sind vielfältiger Natur. Mecklenburg-Vorpommern ist zum Beispiel das Rapsanbaugebiet Nummer eins in Deutschland. Ganz sicher ist damit die ökologisch vertretbare Grenze beim Anbau dieses Rohstoffs im Lande erreicht und nach wie vor wird die Ernte zum größten Teil außer Landes verarbeitet. Die drei kleineren Mühlen, die es inzwischen im Land gibt, sind für die Installation von funktionierenden regionalen Kreisläufen nicht ausreichend, aber sie sind ein Anfang und sie zeigen bereits deutlich die gewünschten Nebenwirkungen der Verarbeitung nachwachsender Rohstoffe. Es entstehen regionale energieautarke Kreisläufe. Energieerzeugung passiert dort, wo sie verbraucht wird. Wertschöpfung wird vor Ort realisiert. Diese Kreisläufe müssen stärker unterstützt, vernetzt und ausgebaut werden. Ein Strommix aus erneuerbaren Energien könnte eine weitgehende autonome Versorgung ländlicher Räume zur Folge haben. Das wäre ein anzustrebendes Ziel. Es ist ehrgeizig, aber es ist nicht unrealistisch.

Zurück zum aktuellen Innovationsprogramm. Auch der Markt für kalt gepresstes Rapsöl entwickelt sich dank der Förderpolitik des Bundes und des Landes positiv. Dafür gibt es modellhafte Beispiele. Nennen möchte ich das Krankenhaus Wolgast, das sich seit 2001 an einer besonders innovativen Kraft-Wärme-Kopplungsanlage versucht. Damit soll die Versorgung mit Strom, Wärme und Kälte sichergestellt werden, indem kalt gepresstes Rapsöl verfeuert wird. Zunehmend mischen auch Landwirte dem Agrar- und Biodiesel Rapsöl bei, aus rein ökonomischen Gründen, wie wir alle wissen, denn es gibt genügend enttäuschte Hoffnungen, wie das 100-Traktoren-Programm, an dem sich auch Landwirtschaftsbetriebe aus unserem Land beteiligen. Vor allem verstärkte Schadstoffemissionen und die technische Zuverlässigkeit der Motoren entsprechen eben nicht den hohen Erwartungen und den Anforderungen. Notwendig sind jetzt intensive Forschungen durch die technischen Universitäten und Hochschulen, um innovative Lösungen zu finden, die sich in der breiten Anwendung rechnen. Da gibt es auf der Anwenderseite sowie auf der Seite der Erzeuger noch ein großes nicht ausgeschöpftes Potential.

An Fördermöglichkeiten und Förderprogrammen, meine Damen und Herren, mangelt es vor allem nach der Novelle des EEG sicherlich nicht und es mangelt sicherlich auch nicht an der Ackerfläche zum Anbau nachwachsender Rohstoffe. In Mecklenburg-Vorpommern mangelt es vor allem an der unzureichenden Infrastruktur, sprich an ausreichender Verarbeitungs- und Veredelungskapazität für nachwachsende Rohstoffe. Im Vergleich zu Bayern schneiden wir da sehr schlecht ab. Der Einsatz von Holz für die Wärmeversorgung im gewerblichen und privaten Bereich ist bundesweit stark im Aufwind, vor allem die modernen Anlagen zur Verfeuerung von Pellets erreichen einen hohen Wirkungsgrad und sind genauso einfach im Einsatz wie Gas- oder Ölheizungen. Wieder ist unter anderem Bayern Vorreiter.

In Mecklenburg-Vorpommern sieht es da auch bescheidener aus. Hauptursache ist hier die fehlende regionale Bereitstellung des Brennstoffs. Eine Perspektive für eine Ansiedlung wäre das aus meiner Sicht schon. Gerade ein Holzverarbeitungsstandort wie Wismar bietet sich nahezu ideal an. Mit dem Innovationsprogramm muss es möglich werden, den Landwirten eine klare Alternative zu eröffnen, denn von der Produktion von Nahrungsmitteln allein werden sie in der Zukunft nicht leben können. Hinzu kommen auch die derzeit sehr schwierigen Rahmenbedingungen, unter denen die Landwirte produzieren. Das sind unter anderem die neuen Regelungen für Agrardiesel, die globale Öffnung der Agrarmärkte, die zukünftige Reduzierung der EU-Agrarsubventionen und nicht zuletzt die durch die EU durchgesetzte Regulierung des Zuckermarktes. Und als Chance, als Rahmenbedingung, die eine Chance bietet, ist die Novellierung des EEG zu sehen.

Deshalb kommt es aus unserer Sicht vor allem darauf an, das Innovationsprogramm Nachwachsende Rohstoffe und Erneuerbare Energien flexibel an die sich verändernden Rahmenbedingungen anzupassen. Es muss eine klare Perspektive zum Wandel des Landwirtes hin zum Energiewirt und zum Produzenten für nachwachsende Rohstoffe bieten und es muss einfach, überschaubar und unbürokratisch sein. Die PDS-Fraktion kann sich durchaus vorstellen, dass als Anhang an dieses Programm eine Aufstellung der relevanten Förderprogramme der EU, des Bundes und des Landes mit den entsprechenden Ansprechpartnern erfolgt, vielleicht auch in Form einer Förderfibel.

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und bitte um Zustimmung zum Antrag der Fraktionen von PDS und SPD.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS  
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke schön, Frau Schwebs.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erster hat ums Wort gebeten der Minister für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Fischerei Dr. Backhaus. Bitte schön, Herr Minister, Sie haben das Wort.

**Minister Dr. Till Backhaus:** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich, dass das Thema nachwachsende Rohstoffe heute wieder einmal auf der Tagesordnung steht. Das in Rede stehende Inno-

vationsprogramm ist in den Jahren 1999 und 2000 im Landwirtschaftsministerium entstanden und ich glaube, dass das so auch richtig war. Im Februar 2001 wurde dieses Innovationsprogramm vom Kabinett bestätigt und im Anschluss daran veröffentlicht. Bereits damals hatte ich im Vorwort zu diesem Programm darauf hingewiesen, dass die Nutzung nachwachsender Rohstoffe und erneuerbarer Energien einen wichtigen Beitrag leisten kann, um die Zukunft des Landes Mecklenburg-Vorpommern weiter zu gestalten, Arbeitsplätze, Einkommen, Wertschöpfung zu sichern und natürlich insbesondere die unverwechselbaren Naturreichtümer nachhaltig in unserem Lande zu schützen. So damals in dem Vorwort.

Diese Aussage ist aus meiner Sicht nach wie vor hochaktuell. Angesichts der Umsetzung der neuen Agrarpolitik, die im nächsten Jahr mit dem 01.01.2005 beginnen wird, gewinnt, glaube ich, das Thema Anbau nachwachsender Rohstoffe oder überhaupt das Thema, von der Natur zu lernen und diese zum Wohle der Menschen zu nutzen, im Zusammenhang mit der Entkopplung neu an Bedeutung.

Mit der Verabschiedung des Innovationsprogramms durch das Kabinett war das Thema für mich beziehungsweise für die Landesregierung selbstverständlich nicht beendet, ganz im Gegenteil. Die Landesregierung hat sich bei der Ausgestaltung der Rahmenbedingungen für die Nutzung nachwachsender Rohstoffe und zum Ausbau der stofflichen und energetischen Verwertung erfolgreich eingesetzt. Die Liste unserer Initiativen auf allen Ebenen ist im Übrigen doch relativ lang. Insofern ist es gut, dass wir das hier heute noch einmal ansprechen dürfen.

Ich denke an die Erarbeitung der EU-Richtlinie zur Förderung und Verwendung von Biokraftstoffen. Sie wissen, ab dem nächsten Jahr gibt es die Beimischregelung von 5,75 Prozent und dann hochlaufend mit dem Jahr 2010 die Möglichkeit, biogene Treibstoffe bis über 10 Prozent beizumischen. Damit wird sich die Nachfrage nach biogenen Treibstoffen deutlich weiter erhöhen. Ich glaube, das war eine richtige Entscheidung, dass wir uns hier intensiv eingebracht haben und dabei sowohl die Vorgaben der Mengenziele als auch die zusätzliche steuerliche Vergünstigung im Blick haben. Im Übrigen ist bis 2009, auch dies sei angemerkt, der Biokraftstoff steuerfrei.

Ich denke auch an die Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, von dem hier schon oftmals die Rede war, das aus der Ökosteuer gespeist wird. Dadurch können immerhin 200 Euro jährlich in die erneuerbaren Energien und die stoffliche Verwertung von nachwachsenden Rohstoffen eingesetzt werden.

Ich erinnere im Zusammenhang mit der Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes aber auch an die Diskussion über die Festigung der Vergütungssätze für die Verstromung aus Biomasse. Ich glaube, hier ist uns im Frühjahr etwas Richtiges gelungen, damit die Biomasse endlich dem Solarstrom und der Windenergie gleichgesetzt wird. Aktiv haben wir uns natürlich auch in die Diskussion zur Beibehaltung jener Regelung eingebracht, wonach auch künftig der Anbau nachwachsender Rohstoffe auf den Stilllegungsflächen zulässig sein wird. Das war und ist nicht selbstverständlich, das haben wir erfolgreich durchsetzen können, ebenso wie die neue Regelung, für den Anbau von Energiepflanzen auf Basisflächen die Hektarprämie von 45 Euro bereitzustellen. Ich kann daher mit gutem Recht behaupten, dass die Rahmenbedingungen für die Erzeugung von Bioenergie – ich betone

aber ausdrücklich, auch für die stoffliche Verwertung von Biomasse – noch nie so gut waren wie heute. Das eröffnet Chancen für unsere landwirtschaftlichen Unternehmen, zum einen durch die Errichtung von Einrichtungen zur Verarbeitung von Biomasse im landwirtschaftlichen Betrieb, zum anderen durch die gezielte Produktion von Energiebiomasse für verschiedene Verwertungsrichtlinien. Darauf bin ich schon kurz eingegangen.

So geben Biogasanlagen unseren Landwirten die Möglichkeit, ihr Betriebseinkommen durch den Verkauf von Wärme und Strom oder auch die Weiterveredlung zu ergänzen und damit zu stabilisieren. Ich glaube, das ist ein Thema, das den neuen Bundesländern, insbesondere Mecklenburg-Vorpommern, geradezu auch technologisch neue Anreize geben wird, und das zeichnet sich schon ab. Dabei sichert im Übrigen das EEG, das Energie-Erneuerungs-Gesetz, die Abnahme und Vergütung des Stroms und der Wärme von immerhin bis zu 20 Jahren. Das heißt, damit haben die landwirtschaftlichen Unternehmen eine Kalkulationssicherheit, wie sie sonst auf keinem anderen Sektor des Marktes gegeben ist. Darüber hinaus ergeben sich wirklich gute Chancen für die Belieferung größerer Biogasanlagen oder natürlich auch die Verarbeitung von Raps oder anderen aus der Landwirtschaft stammenden Rohstoffen.

Weitere Absatzchancen für Biomasse resultieren aus dem Bau von Anlagen zur Produktion von Biokraftstoffen. Bei dem Thema sind wir ja zurzeit intensiv dabei. In Malchin ist dies bereits realisiert, in Rostock ist es in Planung, um zwei markante Beispiele aus dem Land zu nennen. Im Übrigen sind wir in der Planung mit einer großen Äthanolanlage am Standort Rostock, mit deren Bau hoffentlich in Kürze begonnen wird. Aber auch die Anlagen in Schwedt, in Hamburg und in Wittenberge erhöhen natürlich die Nachfrage insbesondere beim Raps für die Rapsmethyl-esterproduktion. So wirken also die Märkte auf der einen Seite entlastend und auf der anderen Seite preisstabilisierend für die Landwirte. Jetzt müssen unsere landwirtschaftlichen Unternehmen endlich die Chance erkennen und die vorgenannten Instrumente zur Erschließung dieser neuen Produktionspotentiale nutzen.

(Präsidentin Sylvia Bretschneider  
übernimmt den Vorsitz.)

In Gesprächen mit landwirtschaftlichen Unternehmen und an geeigneten Stellen werbe ich darum – und ich bitte Sie ausdrücklich darum, auch dabei mitzuhelfen –, zusätzliche Einkommensmöglichkeiten zu erschließen und damit dieses Feld der Entwicklung zu eröffnen. Diese Zukunftschancen waren es auch, die mich gemeinsam mit dem Bauernverband dazu bewogen haben, den Fachkongress auf der MeLa abzuhalten. Ich glaube, das war eine richtige Entscheidung.

(Ute Schildt, SPD: Das stimmt.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich denke, die Ausführungen, die ich hier jetzt gemacht habe, zeigen, wie die Landesregierung konkrete Aktivitäten zur Umsetzung des Innovationsprogramms gestartet hat. Ein Antrag des Landtages zur Fortführung des Innovationsprogramms deckt sich insofern mit den Auffassungen und Aktivitäten der Landesregierung. Natürlich kann ich mir vorstellen, dass wir in dem neuen operationellen Programm, mit dessen Erarbeitung wir in den nächsten Monaten beginnen, auch dieses Thema aufgreifen. Ich bitte insofern um Unterstützung. Ich denke, wir werden auch Gelegenheit

haben, dieses Thema der erneuerbaren Energien im Rahmen der Ausschussberatungen weiter zu diskutieren. Insofern, glaube ich, sollten wir gemeinsam innerhalb des Landes diesem Thema und damit unserem Namen gerecht werden, um die Natur zum Wohle des Menschen zu nutzen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Landwirtschaftsminister.

Das Wort hat jetzt die Vizepräsidentin Frau Holznagel von der CDU.

**Renate Holznagel, CDU:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Am 28.06.2001 befasste sich dieses Hohe Haus mit einem ähnlichen Antrag der Koalitionsfraktionen. Frau Schwebs hat darauf aufmerksam gemacht, ich habe das Datum des letzten Antrages in dieser Art und Weise hier nur noch einmal vorgetragen. Schon damals hat meine Fraktion deutlich gemacht, wo sie die Schwerpunkte hinsichtlich des Einsatzes nachwachsender Rohstoffe und erneuerbarer Energien in Mecklenburg-Vorpommern sieht. Es ist hier auch schon durch meine Vorredner deutlich gemacht worden, dass wir uns in vielen Dingen grundsätzlich einig sind. Deswegen werde ich die Zitate aus den Protokollen nicht mehr hervorholen.

Gleichzeitig haben wir zu diesem Thema aber darauf verwiesen, dass aufgrund der Förderrichtlinien des Landes – Gewährung von Zuwendungen des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur verstärkten Nutzung zukunfts-trächtiger Energietechniken vom 15. August 2001 und Richtlinie für die Gewährung von Zuwendungen des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes – gerade die Landwirte und auch andere Berufsgruppen von der Förderung ausgeschlossen wurden. Und hier, denke ich, ist ein Ansatzpunkt, der noch einmal betrachtet werden muss.

Dieser Ausschluss macht deutlich, dass das Wort der Landesregierung an diesem Punkt nicht mehr mit der Tat, wie wir es eben gehört haben, übereinstimmt.

(Ute Schildt, SPD: Das stimmt nicht.)

Ich denke, wir brauchen hier neue und weitere Lösungen. Dies muss sich ändern durch einfache klare Lösungen, ohne dass die Landwirte von einem Ministerium zum anderen Ministerium laufen, um die richtige Förderung beziehungsweise Möglichkeit zu erhalten.

Aber lassen Sie mich im Einzelnen auf Ihren Antrag eingehen. Unter Punkt 1 fordern Sie, „das Innovationsprogramm Nachwachsende Rohstoffe und Erneuerbare Energien ... in Mecklenburg-Vorpommern aus dem Jahr 2001 auf der Grundlage der bisherigen Ergebnisse und Entwicklungen auf diesem Gebiet fortzuführen“. Klar ist meines Erachtens, dass es einer solchen Aufforderung nicht bedarf. Die Landesregierung ist ständig gehalten, Programme, Förderrichtlinien et cetera den entsprechenden Rahmenbedingungen anzupassen und fortzuschreiben. Der Minister hat eben sehr deutlich gemacht, dass er dieses auch tut.

Sie, meine Damen und Herren von der Koalition, haben zum Beispiel im letzten Landtag – der mir immer noch etwas in den Knochen steckt, das gebe ich zu – zum Thema Haushaltsbegleitgesetz sehr deutlich gesagt, dass diese Regierung mit diesem Landwirtschaftsminister nicht

zum Handeln aufgefordert werden muss. In Richtung Haushaltsbegleitgesetz würde er sich enorm für die Landwirte einsetzen. Wir brauchen keinen Antrag. Ich glaube, viele erinnern sich noch daran. Ich bin aber immer noch überzeugt davon, dass genau hier das Votum des Landtages im Bundesrat den Minister hätte bestärken können, die Landesforderungen einzubringen und Mehrheiten dafür zu erreichen.

Aber nun zurück zum Antrag. Mit der unter Punkt 1 von Ihnen formulierten Aufforderung bestärken Sie, meine Damen und Herren der Koalition, den Eindruck, dass Ihre Regierung doch zum Jagen getragen werden muss.

(Zuruf von Gerd Walther, PDS)

Mal nicht, mal doch, nicht doch, so, wie es passt. Meine Damen und Herren, hier in diesem Hohen Hause passt es so nicht!

Deswegen zu dem Antrag unter Punkt 2. Dort fordern Sie, das Innovationsprogramm „um Bausteine zu ergänzen, die explizit“ die Fördermittel und „Fördermöglichkeiten für Investitionen landwirtschaftlicher Betriebe auf Energiegewinnung aus nachwachsenden Rohstoffen und landwirtschaftlichen Nebenprodukten enthalten.“ Sehr richtig, meine Damen und Herren! Das ist notwendig, um das Problem zu klären, dass gerade die landeseigenen Richtlinien die Landwirtschaftsbetriebe als Zuwendungsempfänger ausschließen.

Meine Damen und Herren, es gibt folgenden Hintergrund: Immer knappere Haushaltsmittel und eine drastische Kürzung der Landesmittel für den Einsatz von Zukunftstechnologien und den Schutz des Klimas haben zur Folge gehabt, dass die Landesmittel seitens der Landesregierung mit Strukturfondsmitteln der Europäischen Union kofinanziert wurden. Diese Kofinanzierung allerdings, meine Damen und Herren, schließt die Förderung von Landwirtschaftsbetrieben aus. Gleichzeitig fehlen die Mittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung an anderer Stelle. Dies muss geklärt werden. Aber kann Ihr Antrag dabei helfen? Diese Frage möchte ich hier einmal stellen.

Wenn Sie ehrlich sind, meine Damen und Herren, dann haben Sie die Landesmittel für den Klimaschutz seit dem Jahr 2002 mehr als halbiert und für die Förderung zukunfts-trächtiger Energien um ein Fünftel gekürzt. Das sind die realen Zahlen aus dem Haushalt. Dies, meine Damen und Herren, ist umso bedauerlicher, da der Landwirtschaftsminister und auch Sie mit dem vorliegenden Antrag in der Öffentlichkeit immer wieder den Anschein erwecken wollen, dass Landwirte die drastischen Einkommensverluste durch Einnahmen im Bereich erneuerbarer Energien kompensieren können. Das, meine Damen und Herren, ist leider so eindeutig nicht der Fall. Wirtschaftlichkeitsprüfungen innerhalb der einzelnen Betriebe sind hier notwendig. Und ich denke, das muss eine wichtige Grundlage sein.

Wenn auch der Einsatz nachwachsender Rohstoffe und erneuerbarer Energieträger natürliche Ressourcen schont, was wir alle wollen, und gleichzeitig kohlendioxidneutral ist, so wird der Erhalt der landwirtschaftlichen Betriebe in unserem Land nur mit der Energiegewinnung aus nachwachsenden Rohstoffen und anderen landwirtschaftlichen Produkten in Zukunft aber nicht möglich sein. Energiewirt zu sein ist sicher eine gute Sache, eine gute Lösung, aber es kann nur ein Teil sein für Betriebe, und auch nur für Betriebe, die ökonomisch gesund sind. Bei den

heutigen Problemen der Betriebe ist eine weitere Diversifizierung der Einnahmemöglichkeiten in der Landwirtschaft notwendig. Aber auch hier sehe ich zurzeit Grenzen. Deshalb ist es meines Erachtens mehr denn je notwendig, den Landwirten aufgrund ihrer ureigensten Tätigkeit auskömmliche Einnahmen zu ermöglichen. Gerade hier sollten Sie oder wir, meine Damen und Herren, dem Landwirtschaftsminister die entsprechende Unterstützung geben. Denn obwohl der Landwirtschaftsminister vor Ort den Landwirten immer wieder zugesagt hat, dass er sich gegen wettbewerbsverzerrende Alleingänge der Bundesregierung, wie zum Beispiel beim Agrardiesel, der grünen Gentechnik oder der Schweinehalteverordnung, einsetzen wird, so fehlt ihm im Bundesrat immer wieder die Kraft, sich entsprechend zu äußern.

(Minister Dr. Till Backhaus:  
Nee, die fehlt eben nicht.)

Zitat des Landwirtschaftsministers aus der „BauernZeitung“: „Wir sind mit unseren Anträgen gescheitert.“ Aber, Herr Minister, so, wie ich weiß, haben Sie diese Anträge in der letzten Abstimmungsrunde im Bundesrat überhaupt nicht mehr gestellt. Ich denke, hier wäre doch vielleicht das Votum des Landtages wichtig gewesen. Meine Damen und Herren, Lippenbekenntnisse und Schaufensteranträge seitens der Koalition und der Landesregierung nützen uns hier in diesem Hohen Hause und auch den Landwirten unseres Landes wenig. So ist nicht nachvollziehbar, weshalb der Landtag anerkennen soll im letzten Absatz Ihres Antrages, „dass die Bundesregierung zwischenzeitlich ein breites Spektrum an Fördermöglichkeiten im Bereich Erneuerbare Energien und Nachwachsende Rohstoffe geschaffen hat“. Landwirte und Freiberufler können sich nicht in allen Fällen beteiligen. Hier brauchen wir unbürokratische, klare Förderbedingungen, um das Innovationsprogramm nicht nur auf dem Papier zu haben, sondern in der Praxis umzusetzen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch eins ansprechen. So, wie auf allen anderen Märkten müssen die regenerativen Energieformen auch auf dem liberalisierten Energiemarkt ihre Chance erhalten. Dafür müssten allerdings die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen werden. Und Sie, meine Damen und Herren der Koalitionsfraktionen, müssen endlich bereit sein, die Bundesregierung aufzufordern, die so genannte Ökosteuer so zu gestalten, dass regenerative Energien ihren Platz im Wettbewerb mit anderen Energieträgern einnehmen können, und dies, meine Damen und Herren, europaweit. Das ist ganz wichtig, denn gerade Energiekosten sind mitentscheidend für Wirtschaftswachstum und Wettbewerbsfähigkeit.

Ein weiterer Meilenstein der Unterstützung für unsere Landwirte wäre die Erleichterung und Beschleunigung von Genehmigungsverfahren. Gerade die Errichtung von Windenergieanlagen zur Eigenversorgung oder von Biogasanlagen wird unnötig in die Länge gezogen. Aus diesem Grunde fordern wir Sie hier und heute auf: Setzen Sie sich dort für die Interessen der Landwirte und der regenerativen Energieträger ein, wo es sinnvoll ist, nämlich in Berlin und bei der Landesregierung, um klare Bedingungen herzustellen und überschaubare und kurzfristige Genehmigungsverfahren durchzuführen! Der vorliegende Antrag trägt dazu leider nicht bei. Aus diesem Grunde werden wir ihn ablehnen. Dies heißt aber nicht, dass wir das Innovationsprogramm ablehnen, meine Damen und Herren. Viel wichtiger ist, die Grundlage für die Weiter-

führung des Innovationsprogramms für Nachwachsende Rohstoffe und Erneuerbare Energien in Mecklenburg-Vorpommern aus finanzieller Sicht zu betrachten und für die kurzfristige Umsetzung der Schwerpunkte in der Praxis zu sorgen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Frau Holznagel.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete der SPD-Fraktion Frau Monegel.

**Hannelore Monegel, SPD:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit der Drucksache 4/1408 liegt ein Antrag zur „Fortführung des Innovationsprogramms Nachwachsende Rohstoffe und Erneuerbare Energien in Mecklenburg-Vorpommern“ vor. Mit der Einbringung wurde bereits die Notwendigkeit der Fortführung dargestellt. Die gestiegenen Erdölpreise auf dem Weltmarkt, auch wenn sie wegen des aktuellen Dollarkurses leicht gefallen sind, führen uns drastisch vor, wie abhängig unsere Wirtschaft und somit auch die Gesellschaft von dieser Ressource sind. Seit geraumer Zeit wissen wir, dass diese Ressource endlich ist. Es gilt, diese einseitige Abhängigkeit von einem Grundstoff zu beenden und natürlich intelligentere Lösungen zu finden.

Die verstärkte Nutzung von Wind- und Sonnenenergie und auch Biomasse zur Energiegewinnung ist eine erste Reaktion darauf und die Novellierung des Energieeinspeisegesetzes war eine weitere folgerichtige Entscheidung. Man muss aber immer wieder betonen, dass wir weit davon entfernt sind, von diesem Rohstoff unabhängig zu sein. Gerade deshalb ist eine Konzentration unserer Anstrengungen notwendig, die stoffliche Nutzung zur Energiegewinnung und Wertstoffproduktion in regionalen Kreisläufen zu optimieren. Und da betone ich auch noch einmal, dass es nicht nur um die Energiegewinnung geht, sondern auch um die Wertstoffproduktion. Das Innovationsprogramm stellt hierfür die notwendigen Mittel bereit.

Welche Entwicklungen verdienen nun unser besonderes Interesse? Eine Vision, denke ich, könnte und sollte dabei folgende sein: Nachwachsende Rohstoffe lassen sich sowohl zur Produktion von Treib- und Kraftstoffen verwenden als auch von Grundchemikalien, ähnlich wie bei der Aufarbeitung von Erdöl. Das geschieht im Rahmen von Bioraffinerien. Es lassen sich Produkte herstellen, die aus langfristig zur Verfügung stehenden nachwachsenden Rohstoffen produziert werden, die Arbeitsplätze und Exportpotentiale freisetzen. Aber dazu ist eine entsprechende Technologieentwicklung erforderlich. Wir befinden uns in Deutschland und in Europa am Beginn dieser Entwicklung. Viele spezielle Einzelprojekte laufen bereits, jedoch werden sie noch nicht konzentriert und auch nicht vernetzt. Es besteht also die Chance, auf diesem Gebiet die Technologieführerschaft zu erreichen. Wie könnte uns so etwas gelingen? Zunächst muss die industriennahe Demonstrationsanwendung der entsprechenden Technologie vorhanden sein, auf deren Grundlagen Firmen ihre Produkte in diesem Umfeld entwickeln, erproben und vermarkten können. Gleichzeitig ist dieser Prozess mit Wertschöpfung in der Region verbunden und ermöglicht entsprechende berufliche Qualifikationen. Dabei bieten zum Beispiel Biogasanlagen die Grundlagen zur Bereitstellung von methanhaltigen Gasen, die Basis für die Herstellung von Grundchemikalien und Kraftstoffen werden können.

Die Erfahrung zeigt, solche Entwicklungen laufen dort günstig, wo – wie es die Medizintechnik beweist – Netzwerke vorhanden sind und Kompetenzen gebündelt werden. Mecklenburg-Vorpommern, also unser Land, eignet sich als Standort dafür. Unser Land bietet die besten Voraussetzungen für die Bereitstellung dieser Rohstoffe. Ich beziehe mich hier auf die Ausführungen von Frau Holznagel. Natürlich ist es aber auch wichtig, dass unsere Landwirte entsprechende Preise für diese Rohstoffe erzielen. Erst dann wird eine wirtschaftliche Nutzung möglich werden, aber dazu brauchen wir diese Technologien. Von großer Bedeutung sind auf diesem Weg eine effektive und nachhaltige Landwirtschaft, die Technologie zur Rohstoffaufbereitung sowie die verarbeitenden Technologieschritte in Anpassung an die Rohstoffe. Ich denke, auch darüber sind wir uns einig.

Die Nutzung von Biomasse in diesem Sinne kann jedoch kaum von einer Firma allein vorangetrieben und optimal genutzt werden. Nur durch die Zusammenarbeit verschiedenster Vertreter, verschiedenster Fachrichtungen und Wissenschaftsbereiche ist eine effektive Nutzung dieses Rohstoffes möglich. Was bedeutet das? Das bedeutet, Wirtschaft und Wissenschaft müssen zwingend enger kooperieren. In unserem Land geht es insbesondere um die Zusammenarbeit der Institute, Hochschulen und Universitäten, der Landes- und Bundesforschungseinrichtungen, der Landwirte, des Anlagenbaues, aber auch der Politik, denn diese Vorhaben müssen unterstützt werden. Und dazu brauchen wir die Fortführung des Innovationsprogramms. Deswegen bitte ich Sie, diesen Antrag zu unterstützen. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Frau Monegel.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Wien von der PDS-Fraktion.

**Alexa Wien, PDS:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich war gerade über einen Austausch der Parlamentarier für 14 Tage in den USA, wie das vielleicht einige von Ihnen wissen.

(Dr. Gerd Zielenkiewitz, SPD: Und?!)

Ich habe natürlich sehr, sehr viele Erfahrungen mitgebracht und über zwei würde ich heute hier reden wollen, zur ersten aus aktuellem Anlass und zur zweiten, weil sie hier genau in dieses Thema gehört.

Die erste aus aktuellem Anlass: Es gab dort überall in öffentlichen Gebäuden, in Restaurants und so weiter Rauchverbot. Als Nichtraucher

(Heiterkeit bei Dr. Margret Seemann, SPD, und Torsten Koplín, PDS: Nichtraucherin.)

habe ich mich wirklich beschützt gefühlt. Das war eine sehr subjektive, aber sehr angenehme Erfahrung.

(Peter Ritter, PDS: Tabak ist ein nachwachsender Rohstoff.)

Die zweite für mich sehr erschreckende Erkenntnis: Amerika ist wahrscheinlich Weltmeister im Umweltverbrauch. Mir ist letztendlich das Herz in die Hose gerutscht, als mir im täglichen Leben bewusst wurde, wie wir uns dort als Gäste und wie sich die amerikanischen Menschen selbst an der Umwelt bedienen, ohne wirklich auch nur einen Tag weiter zu denken. Es war so hemmungslos,

dass ich wirklich heute noch erschüttert bin, wie Sie das jetzt vielleicht hören. Der Weg, ich sage es einmal so, vom Umweltverbrauch zum Krieg um Öl ist immer sehr, sehr kurz. Das wissen wir auch aus leidvoller Erfahrung, dazu brauchen wir nur in den Irak und nach Russland zu gucken.

Insofern, Frau Holznagel, ist das Thema „Nachwachsende Rohstoffe“ natürlich, zumindest für uns als Fachpolitiker, aber ich hoffe, auch für die anderen Politiker, ein so wichtiges, dass wir letztendlich jede Landtagssitzung darüber sprechen könnten, weil erst das, was immer wieder genannt wird, das wissen wir auch aus der Werbung, in den Köpfen ankommt. Solange zum Beispiel immer noch ein Kohlepfeffig gezahlt wird oder solange immer wieder über Kernspaltung als Energiegewinnung gesprochen wird, über Atomenergie, solange wir immer noch diese Energien als mögliche Energiegewinnung hochkochen, die wirklich Umweltverbrauch in Größenordnungen sind, gerade Kohle- und Erdölverbrennung, solange müssen wir immer wieder über erneuerbare Energien sprechen. In Deutschland, meine Damen und Herren, sind es letztendlich circa 25 Jahre, in denen wir überhaupt über dieses Thema nachdenken. Ich denke, da sind wir sehr, sehr weit gekommen. Das ist nicht nur ein Thema des Landwirtschaftsministers, sondern das ist auch ein Thema des Umweltministers.

Und nun wieder hier in Deutschland angekommen, hatte ich relativ schnell auch einen Zeitungsartikel – es war ein gutes Beispiel, was wir hier schon alles können in Deutschland – über Choren in der Hand. Choren befindet sich in Freiberg, in Sachsen. Das ist eine Unternehmensgruppe, die seit 1994 16 Millionen Euro in die Hand genommen hat. Es ist ihnen inzwischen gelungen, aus Biokompost Öl herzustellen. Das heißt, aus Waldreststoffen, also aus Holz, was man so aus dem Wald als Reste sammelt, aus Spänen, aus Stroh, aus Mais, aus Energiehölzern, aber auch aus allem, was eben auf dem Acker wächst, kann diese Firma inzwischen Energie herstellen. Und das, finde ich, ist schon sehr erstaunlich. Darüber denkt, wie gesagt, im größten Land der Welt oder in dem industriell am weitesten entwickelten Land der Welt noch kaum jemand nach, aber hier Deutschland geht es schon. Das beruhigt mich nicht, aber das macht mich letztendlich wieder optimistisch. Ich denke, genau auf diesem Wege müssen wir weitermachen.

Dieses von Choren entwickelte Synthesegas ist CO<sub>2</sub>-neutral. Das ist, finde ich, eine sehr wichtige Sache. Die allerbeste Nachricht an dieser Botschaft, die ich jetzt auch hier überbringen möchte, weil es einfach ein so konkretes Beispiel ist, ist, dass Choren sich gerade bemüht, in Lubmin anzusiedeln. Das würde für Mecklenburg-Vorpommern natürlich bedeuten, dass hier auf unseren Feldern das wachsen kann, was dort zur Energiegewinnung benutzt werden könnte. Somit ist auch in Lubmin, als ja immer sehr brisantes Gewerbegrundstück, so möchte ich es einmal bezeichnen, wieder Energiegewinnung möglich, nachdem das Kernkraftwerk dort Anfang der 90er Jahre abgeschaltet wurde. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS  
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Frau Wien.

Ich bitte jetzt Frau Lilly Kühnel von der SPD-Fraktion, ihren Redebeitrag zu halten.

**Lilly Kühnel, SPD:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich hatte eben so das Gefühl, dass alle gehofft haben, es spricht niemand mehr.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD, CDU  
und PDS – Zurufe aus dem Plenum: Nein, nein!)

Ich muss Sie enttäuschen. Ich werde mich aber bemühen, mich kurz zu fassen. Sie hatten bereits gehört, dass das Programm über das Innovationsprogramm der Landesregierung im Jahr 2001 verabschiedet wurde. Ich war zu diesem Zeitpunkt noch nicht in diesem Gremium und musste mich dort hineinlesen. So stellte ich fest, es grenzt erneuerbare Energien durch Biomasse und nachwachsende Rohstoffe ein und es umfasst nicht die Windenergie, die Photovoltaik oder die Solarenergie.

Mit der Produktion von erneuerbaren Energien leistet die Land- und Forstwirtschaft einen wesentlichen Beitrag zur Lösung von wirtschaftlichen und gesellschaftsrelevanten Problemen. Das wurde hier bereits mehrfach dargelegt. Aufgrund von Erfahrungen aus der Forschung und aus der Praxis halten wir es, die Antragsteller, für dringend erforderlich, dieses Programm fortzuschreiben. Aufbauend auf die bereits vorliegende Analyse und den aktuellen Erkenntnissen erwarten wir das Herausarbeiten von Schwerpunkten bei der Produktion und Verarbeitung von Biomasse. Interessenten und Investoren sollen Hinweise und Anregungen erhalten, um unternehmerisch richtige Entscheidungen zu treffen und um rechtzeitig Fehlentscheidungen im Management zu vermeiden.

Vor dem Hintergrund der veränderten Rahmenbedingungen ab dem kommenden Jahr 2005 in den Bereichen Klima, Energie und insbesondere der neuen Agrarreform sind nicht nur neue Ideen, sondern besonders Taten gefragt.

(Heike Polzin, SPD: Richtig.)

Es geht darum, die Produktion, die Verarbeitung und besonders die Vermarktung oder besser gesagt die Veredelung nachwachsender Rohstoffe und anfallender Biomasse weiterzuentwickeln. Dabei sollte sich die Landesregierung auf solche Möglichkeiten orientieren, die zur Wertschöpfung in unseren landwirtschaftlichen Unternehmen führen und zur Entwicklung des ländlichen Raumes beitragen.

Wo stehen wir? Auch wenn wir noch nicht alle Hürden genommen haben, haben wir bei der stofflichen Nutzung die Firma Strohbau in Güstrow, die bereits 23.000 Tonnen Stroh zu Strohfasernplatten für die Möbelindustrie herstellt. Wir haben weiterhin die Firma in Teterow, von der wir schon hörten, dass sie Verpackungen für Spielzeuge und Einweggeschirr aus Maisstärke herstellt. Hier ist das Problem die biologische Abbaubarkeit und die Verarbeitung – und davon haben wir sicherlich schon am meisten gehört – von Non-Food-Raps durch Kaltpressen zu reinem Pflanzenöl beziehungsweise zur Verarbeitung zu Rapsmethylester, also dem Biodiesel. Hier haben wir in der Praxis zwei Ölmühlen, nicht nur die großen, sondern auch kleine, und zwar in Neuensund und Varchentin. Wir haben auch eine kleine Ölmühle ganz in der Nähe meines ehemaligen Betriebes in Luisenhof bei Neubrandenburg, die Salatöl als Direktvermarkter herstellt. Und wer vielleicht einmal mit offenen Augen durch die Welt geht, der wird feststellen, dass sie wahrscheinlich auch bei der Grünen Woche wieder anwesend sein werden.

Malchin wurde bereits genannt, hier wird es in Größenordnungen getan. Es wurde auch schon, ich denke, das

haben die meisten vorhin gehört, das 100-Traktoren-Programm angesprochen. Dieser Versuch läuft noch bis September 2005. Von insgesamt sechs laufen noch fünf Umrüstungskonzepte, die noch in der Erprobung sind. Nicht alle sind erfolgreich, auch das wurde schon gesagt. In diesem Bereich sind wir aber auch an unsere Grenzen gestoßen. Die Anbaufläche für Raps ist in unserem Land nahezu ausgereizt. Auch hier müssen wir nach neuen Möglichkeiten suchen.

Bei der Nutzung von schnell wachsenden Hölzern für die Energienutzung hat sich die optimistische Erfolgsvoreinschätzung nicht bestätigt. Wir haben in unserem Land nur noch kleine Versuchsflächen. Unter dem Titel „Der Landwirt als Energiewirt“, das wurde besonders auf dem MeLa-Kongress herausgearbeitet, verbirgt sich dieses brisante Thema. Im Zuge der EU-Agrarreform gilt dieser Bereich als ein Bereich mit Zukunftschancen. Er ist verbunden mit einem hohen Investitionsbedarf und anspruchsvollem Know-how für die Betreiber. Hier fand der Kongress besonderes Interesse bei den Landwirten, denn es ging besonders um die eigene Biogasversorgung und den Verkauf der Produkte Biostrom und Biowärme. Die Landwirte sehen sich als Rohstofflieferant für die Äthanolherstellung aus Getreide, Stroh, Verbrennung von Ganzpflanzen und natürlich auch nach wie vor Verbrennung von schnell wachsenden Hölzern. Alleine bei dieser Aufzählung stellen wir fest, dass wir teilweise bei vielen Sachen auch umdenken müssen, die uns bis heute lieb waren.

In Mecklenburg-Vorpommern gibt es zurzeit, ich kenne den genauen Stand nicht ganz, circa 40 Biogasanlagen, die entweder schon in der Produktion beziehungsweise genehmigt sind, und in Bayern gibt es 530. Dieser Vergleich zeigt eigentlich schon, wo wir stehen. Die Rahmenbedingungen für die Förderung dieser Maßnahmen in Deutschland und auch in unserem Land waren noch nie so günstig wie jetzt.

(Wolfgang Riemann, CDU: Genau.)

Der Landwirt kann und muss zukünftig mit der Energieerzeugung aus Biomasse und erneuerbaren Energien Geld verdienen. Wir können nachlesen, welche Förderungsmöglichkeiten es dazu in unserem Land gibt, die

teilweise auf Bundesebene verankert sind, aber auch auf Landesebene.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wie wichtig dieses Thema ist, zeigt auch der von der Deutschen Kreditbank erstmalig bundesweit ausgeschriebene Landwirtschaftspreis für innovative Ideen. 130 landwirtschaftliche Betriebe bewarben sich darum. Neben der Müritz-Biomasse GbR Varchentin, die den Hauptpreis gewann, belegte auch noch ein zweiter Betrieb aus unserem Land, und zwar die ADAP Rinderzucht GmbH Ahrenshagen aus dem Kreis Nordvorpommern, den sechsten Platz. Ich bin mir sicher, dass da, wo die Banken einsteigen, wir als politisch Verantwortliche schon längst sein müssten. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Frau Kühnel.

Ich schließe die Aussprache.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 4/1408 zur federführenden Beratung an den Landwirtschaftsausschuss sowie zur Mitberatung an den Finanzausschuss, an den Wirtschaftsausschuss sowie an den Umweltausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist dem Überweisungsvorschlag mit den Stimmen von SPD, PDS und CDU bei einer Gegenstimme aus der Fraktion der PDS gefolgt worden.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages auf Mittwoch, den 15. Dezember 2004, 10.00 Uhr ein. Ich verweise noch einmal auf die Veranstaltung zum Föderalismus heute um 16.00 Uhr hier im Hause, zu der Sie herzlich eingeladen sind, und schließe damit die Sitzung.

**Schluss: 13.18 Uhr**

Es fehlten die Abgeordneten Rudolf Borchert, Kerstin Fiedler-Wilhelm, Harry Glawe, Jörg Heydorn, Sigrid Keler, Wolf-Dieter Ringguth, Volker Schlotmann und Jörg Vierkant.